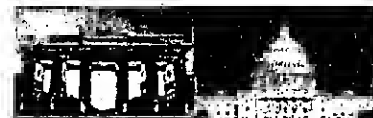


RG REPRESENTATIVE
IT of German Industry + Trade



DIHK



Washington News

Nr. 30 vom 6. September 2018

Informationen des
Representative of German
Industry and Trade (RGIT) in
Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777
Fax: (001) 202-659-4779
<http://www.rgit-usa.com>
publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News erscheinen
wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handels-
politische Entwicklungen
in den USA.

Wenn Sie die Washington News
nicht mehr erhalten wollen,
senden Sie bitte eine E-Mail
an publications@rgit-usa.com.
Betreff: Abmeldung

Weitergabe nur mit ausdrücklicher
Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

Kurzmeldungen

GLOBAL: KORUS- Anpassungen ab 1.1.2019

Der US-Handelsbeauftragte hat
am 3.9. die Modifizierungen des
Korea-US-Freihandelsabkommen
(KORUS) veröffentlicht. Diese
beziehen sich u.a. auf
Transparenz, die Zollabwicklung,
Investitionsschutz und
Ursprungsregeln. Die Änderungen
werden nun in Korea zur
Konsultation veröffentlicht und
sollen ab Januar 2019 in Kraft
treten. (ff)

GLOBAL: Russlandpolitik
Thema im Senat

Inhalt

- Diese Woche in Washington
- SPOTLIGHT NAFTA
- US-Kongress muss Haushalt 2019 verabschieden
- Bestätigungsanhörung für den Kandidaten für den Obersten Gerichtshof der USA
- Mittel für FAA müssen bewilligt werden
- Industrie 4.0 zieht in US-Konzern ein
- GLOBAL: KORUS-Anpassungen ab 1.1.2019
- GLOBAL: Russlandpolitik Thema im Senat
- Nominierungen für American Workforce Policy Advisory Board

Diese Woche in Washington

Nach Labor Day ist die Sommerpause vorbei und die Mitglieder beide Kammern des Kongresses sind zurück in Washington. Bevor die Abgeordneten des Repräsentantenhauses und ein Drittel der Senatoren Washington bald wieder verlassen, um sich auf ihre Wahlkämpfe zu den *midterm elections* Anfang November zu konzentrieren, müssen wesentliche Punkte der legislativen Agenda abgearbeitet werden. Am 1. Oktober beginnt das neue Haushaltsjahr und ein Budget muss verabschiedet werden. Der Senat ist derzeit mit den Anhörungen um *Brett Kavanaugh* beschäftigt. Zudem will sich der US-Kongress der wachsenden Problematik der Opioid-Abhängigkeit im Land annehmen.

Im Juli ist das Handelsdefizit der USA um 9,5 Prozent im Vergleich zum Vormonat angestiegen, berichtet das US-Handelsministerium. Insbesondere das Defizit mit China habe hierzu beigetragen. In einer Senatsanhörung im Juli hatte der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer betont, dass deutliche Maßnahmen zur Reduzierung des Handelsdefizits mit China notwendig seien. Seit Amtsantritt von Präsident Trump ist das Handelsdefizit der USA um fast zehn Prozent auf 552 Milliarden US\$ angestiegen.

Jon Kyl ist von US-Vize-Präsident Mike Pence als Senator eingeschworen worden. Damit übernimmt Kyle den mit dem Tod von John McCain für Arizona freigewordenen Senatsposten temporär. Die Republikaner haben nun wieder eine Mehrheit von 51 Stimmen im Senat. (cs)

SPOTLIGHT NAFTA

Am 27. August hat sich die US-Administration mit Mexiko darauf geeinigt, wie ein modernisiertes Freihandelsabkommen zwischen den beiden Ländern aussehen könnte. Die Einigung mit Mexiko enthält unter anderem neue Ursprungsregeln für Autos, die einen erhöhten lokalen Wertschöpfungsanteil von 75% vorsehen. Darüber hinaus sollen Quoten statt *Section 232*-Zöllen für Stahl und Aluminium aus Mexiko eingeführt werden. US-Präsident Trump sagte, Kanada könne dem Abkommen ebenfalls beitreten, und drohte, NAFTA aufzukündigen und ohne Kanada vorzugehen, wenn der Kongress sich in die Verhandlungen einmische.

Ab dem 5. September fanden in Washington Gespräche kanadischer und amerikanischer Unterhändler statt, um auszuloten, wie ein trilateraler Deal aussehen könnte. Konfliktpunkte sind u.a. Milchprodukte, kulturelle Ausnahmen sowie Patentschutz für Pharmaprodukte und *Section 232*-Zölle auf Stahl und Aluminium. Mexikos Chefunterhändler Ramos sagte, man könne bis zum Wochenende eine Einigung erreichen. Kanadas Premierminister Justin Trudeau betonte angesichts des Drucks aus dem Weißen Haus, kein Abkommen sei seiner Meinung nach besser als ein schlechtes Abkommen. Es bleibt weiterhin fraglich, ob die US-Administration ein bilaterales Handelsabkommen mit Mexiko statt eines trilateralen Abkommens durch den Kongress bringen könnte. Im US-Kongress gibt es überparteiliche Unterstützung für ein Abkommen zwischen allen drei NAFTA-Ländern. Gleiches gilt für Stimmen aus dem Unternehmens- und Gewerkschaftslager. (kw)

US-Kongress muss Haushalt 2019 verabschieden

Die Senatsausschüsse für Auswärtiges und Banken führen mehrere Anhörungen zur US-Politik gegenüber Russland durch. Am 5. und 6. September lagen die Schwerpunkte auf der Bedeutung der NATO, der Wirksamkeit bestehender Sanktionen sowie dem Potenzial für zusätzliche Sanktionen. Senatoren beider Parteien betonten ihre starke Unterstützung für das transatlantische Bündnis und äußerten sich diesbezüglich besorgt über die kritischen Aussagen des US-Präsidenten.

In Bezug auf Sanktionen debattierten die Senatoren und eingeladenen Experten, ob das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 sanktioniert werden sollte. Obwohl ein Gesetzentwurf von Senator John Barrasso (R-WY) diese Möglichkeit vorsieht, warnten einige Experten davor, diesen Ansatz zu verfolgen. (ch)

Nominierungen für American Workforce Policy Advisory Board

Das US Department of Commerce hat die Gründung des American Workforce Policy Advisory Board verkündet und um Nominierungen gebeten. Das Beratergremium soll Empfehlungen aussprechen, wie die Privatwirtschaft und Bildungseinrichtungen den Fachkräftemangel bekämpfen können. Nominierungen können bis zum 1.10. eingereicht werden. (fl)

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Das neue Haushaltsjahr beginnt am 1. Oktober. Eine der Hauptaufgaben beider Kammern des US-Kongresses wird es sein, vor Ende September den neuen Haushalt für 2019 zu verabschieden. Der Senat konnte sich bereits auf neun der insgesamt zwölf Mittelbewilligungsgesetze (*appropriation bills*) einigen. Die Mittelbewilligungen für die folgenden drei Bereiche sind noch streitig: *Department of Homeland Security*, Handel, Wissenschaft und Justiz sowie Auswärtiges. Selbst wenn es dem Senat gelingen sollte alle zwölf Gesetzesentwürfe zu verabschieden, müssen diese noch die Zustimmung aus dem Repräsentantenhaus finden bzw. mit den Entwürfen des Repräsentantenhauses verschmolzen werden.

Die größten Streitpunkte zeichnen sich nach wie vor beim Thema Zuwanderung ab, insbesondere der damit von Präsident Trump verbundenen Forderung an den Kongress, Mittel für den Bau einer Mauer entlang der Grenze zu Mexiko bereitzustellen. Die Republikaner im Senat sehen hierfür 1,6 Milliarden US\$ vor, die Republikaner im Repräsentantenhaus 5 Milliarden. Um Endlosdebatten (*filibuster*) zu vermeiden, sind die Republikaner im Senat auf die Stimmen der Demokraten angewiesen. Letztere lehnen den Bau einer Mauer ab. Strittige Themen sind ferner der unter dem früheren Präsidenten Obama verabschiedete *Affordable Care Act* („Obamacare“) und Einrichtungen zur Familienplanung.

Um einen *government shutdown* kurz vor den Zwischenwahlen im November zu vermeiden, wird der Kongress versuchen, möglichst viele der zwölf Bewilligungsgesetze zu verabschieden und die verbleibenden Finanzierungsbereiche als *continuing resolution* (CR) bis Dezember zu sichern. Unklar bleibt, ob Präsident Trump seine Ankündigung wahr macht, sein Veto beim Haushalt einzulegen, sollte dieser keine Mittel für den Mauerbau vorsehen. (cs)

Bestätigungsanhörung für den Kandidaten für den Obersten Gerichtshof der USA

Im Justizausschuss des Senats hat am 4. September die Anhörung des von Präsident Trump nominierten Brett Kavanaugh für einen der neun Richterposten am Obersten Gerichtshof der USA begonnen. In seiner Eröffnungserklärung artikulierte Kavanaugh seine Rechtsphilosophie. Ein Richter müsse unabhängig sein. Die Verfassung müsse er strikt nach deren Wortlaut befolgen. Die Auslegung von Gesetzen müsse anhand ihrer Historie und angesichts von Präzedenzfällen erfolgen. Ein guter Richter sei neutral, unparteiisch und favorisiere keine Parteipolitik, so Kavanaugh.

Kavanaugh arbeitet seit zwölf Jahren als Richter am Bundesberufungsgericht für Washington, D.C., das zweitwichtigste Gericht der USA. Während dieser Zeit hat er mehr als 2.000 Fälle verhandelt und zirka 300 Urteile verfasst. Die amerikanische Anwaltsvereinigung (*American Bar Association*) gibt Kavanaugh ihre höchst mögliche Bewertung „gut qualifiziert“. Neben den 21 Mitgliedern des Justizausschusses wurden fast 30 Experten eingeladen, um ihre Meinung für oder gegen den Kandidaten auszusprechen. Vor allem die Republikaner lobten die Qualifikationen Kavanaughs. Die Demokraten äußerten Bedenken hinsichtlich seiner Positionen bei sozialen Fragen, wie z.B. Schwangerschaftsabbrüchen.

Die Anhörungen Kavanaugh sollen am 7. September abgeschlossen sein. Der Termin für die Bestätigungsabstimmung wird voraussichtlich Ende September stattfinden. Eine erfolgreiche Bestätigung benötigt eine Mehrheit im Senat. Die Republikaner halten 51 von 100 Sitzen. (ch)

Mittel für FAA müssen bewilligt werden

Die Bewilligung für die laufende Finanzierung der *Federal Aviation Administration* (FAA) läuft am 30. September aus. Das Repräsentantenhaus hatte bereits im April dieses Jahres einer mehrjährigen Verlängerung zugestimmt. Der Senat hat den Gesetzentwurf bislang nicht aufgenommen. Der Vorsitzende des Handelsausschusses im Senat, John Thune (R-SD), zeigt sich dennoch optimistisch, dass die *FAA Bill* rechtzeitig verabschiedet werden kann. Allerdings bänden andere Prioritäten Zeitressourcen des Kongresses, wie z.B. die Anhörung von Brett Kavanaugh zum Richter des *Supreme Court*.

Für Bundesstaaten und Landkreise spielt die *FAA Bill* eine wichtige Rolle, da hierin wesentliche Förderprogramme des Bundes enthalten sind, zum Beispiel das *Airport Improvement Program* (AIP) für die Planung und den Bau von Flughäfen. Mit Mitteln aus den so genannten *Passenger Facility Charges* (PFCs) können flughafenspezifische Projekte finanziert werden, z.B. Sicherheit oder Lärmschutz. Das *Essential Air Service* (EAS)-Programm stellt sicher, dass kommerzielle Fluggesellschaften auch kleinere Gemeinden anfliegen und diese mit größeren Drehkreuzen des Flugverkehrs verbinden. Das *Small Community Air Service Development Program* (SCASDP) unterstützt Kleinstädte, ihre Flughäfen zu unterhalten.

Die letzte FAA-Finanzierung wurde 2012 vom Kongress verabschiedet, nachdem sie 23-mal kurzfristig verlängert wurde. (cs)

Industrie 4.0 zieht in US-Konzerne ein

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die Informations- und Telekommunikationstechnologie (ITK) zieht in den USA in automatisierte Fertigungsprozesse ein. Das Schlagwort lautet dabei *Industrial Internet of Things*. Dies fängt bei der Forschung und Entwicklung an, geht weiter über das Produktdesign, die verschiedenen Verarbeitungs- und Fertigungsstufen, die Lagerhaltung und Logistik, bis hin zum Vertrieb und zur Produktauslieferung beim Endkunden. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

Anzeigen



Audi



Lufthansa

A Publication of The Representative of German Industry and Trade
Washington, DC (Delegierter der Deutschen Wirtschaft)

1130 Connecticut Ave, NW, Suite 1200
Washington, D.C. 20036
www.rgit-usa.com

Delegierter der Deutschen Wirtschaft: Daniel Andrich

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.



REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 31 vom 13. September 2018

- Diese Woche in Washington
- SPOTLIGHT Steuern: Gesetzentwürfe zur Steuerreform 2.0
- AHKs und duale Ausbildung weltweit – Diskussion mit Weltbank
- GLOBAL: China
- SPOTLIGHT NAFTA
- Handelsdeal mit den USA hat Folgen für Automobilfirmen in Mexiko
- RGIT empfängt Vertreter aus dem Kanzleramt, BMWi und BMF
- GLOBAL: Dekret zu neuen Sanktionsmöglichkeiten bei Einmischung in US-Wahlen
- GLOBAL: Neue Verfahren für Section 232-Ausnahmeanträge

Diese Woche Washington

Zu Beginn ein Hinweis in eigener Sache: Ab heute erhalten Sie die Washington News im neuen Design und einem auch für mobile Endgeräte geeigneten Format.

Am 10. September reiste der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer nach Brüssel, um mit der EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström über den Abbau von Handelsbarrieren zwischen den USA und der EU zu diskutieren. Das im Anschluss veröffentlichte Statement kündigt ein weiteres Treffen auf Ministerebene Ende September und ein technisches Treffen im Oktober zu Zöllen und nichttarifäre Handelshemmnisse an. Man hoffe insbesondere auf schnelle Ergebnisse im Bereich technische Handelshemmnisse. Der US-Handelsbeauftragte (USTR) werde sich auch mit dem Kongress in Verbindung setzen bezüglich des Prozesses für weitergehende Verhandlungen mit der EU. Laut den Auflagen der *US-trade promotion authority* muss der USTR den Kongress 90 Tage vor Beginn von Freihandelsverhandlungen benachrichtigen.

Am 13. September führte der Auswärtige Ausschuss des Repräsentantenhauses eine übergreifende Anhörung zu US-Sanktionen durch. Der Vorsitzende des Ausschusses Ed Royce (R-CA) stellte die einleitende Frage, ob die US-Administration die Sanktionsinstrumente, die der Kongress geschaffen habe, stringent nutzen und somit genug tun würde, um Bedrohungen von feindlichen Regimen zu begegnen. Er unterstrich weiterhin, der Kongress erwarte weitere Sanktionen gegen Russland wegen des Nervengifteinsatzes in Großbritannien.

Ebenfalls am 13. September wurde die Anhörungsserie zu Wettbewerb und Datenschutz der *Federal Trade Commission* (FTC) (WN#25/2018) vom FTC-Vorsitzenden Joe Simons mit

Kurzmeldungen

**RGIT empfängt
Vertreter aus dem
Kanzleramt, BMWi
und BMF**

Am 13. September empfing der Representative of German Industry and Trade (RGIT) eine Delegation der deutschen Bundesregierung unter der Leitung von Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller, Leiter der Wirtschafts- und Finanzabteilung im Bundeskanzleramt, Staatssekretär Dr. Ulrich Nussbaum (Bundeswirtschaftsministerium) und Staatssekretär Wolfgang Schmidt (Bundesfinanzministerium) zu einem Austausch mit deutschen Unternehmen und deutschen Organisationen in Washington. Im Fokus standen

Received by NSD/FAR Registration Unit 02/28/2019 11:46:52 AM
den Themen der Kick-off-Anhörung ist bis zum 14.10. unter diesem Link möglich. Ein weiterer Teil der Anhörungsreihe ist für den 21.9. angekündigt, bei dem Wettbewerbsfragen im Vordergrund stehen sollen. Vor Kurzem hatte auch die US Chamber of Commerce ein Positionspapier zu Prinzipien des Datenschutzes veröffentlicht. (fl)

SPOTLIGHT STEUERN: Gesetzentwürfe zur Steuerreform 2.0

Am Montag brachten die Republikaner im Rahmen der zweiten Phase der Steuerreform drei Gesetzesentwürfe in das Repräsentantenhaus ein. Aufgrund der Haushaltsregeln des Kongresses werden die Steuersenkungen für Einzelpersonen und Familien aus der jüngsten Steuerreform nach 2025 auslaufen, während die Steuersenkung des Körperschaftsteuersatzes von 35 auf 21% dauerhaft ist. Daher ist das größte Ziel der nächsten Steuerreform die Steuersenkungen für Einzelpersonen und Familien zu verlängern. Des Weiteren enthält die Steuerreform 2.0 neue Vorschriften zur Förderung von Innovationen bei Unternehmen sowie Einsparungen für Familien und die Altersvorsorge.

Das Repräsentantenhaus möchte die Steuerreform 2.0 vor den anstehenden Zwischenwahlen am 6. November verabschieden. Die erste Anhörung fand bereits am 13. September im Ways and Means-Ausschuss des Repräsentantenhauses statt, bei der die Initiative grünes Licht für eine Abstimmung im Plenum erhielt. Allerdings gibt es bisher im Senat noch keine Pläne für eine Steuerreform 2.0, da die legislativen Prioritäten dort anders sind und für eine Verabschiedung die Unterstützung von einigen Demokraten notwendig wäre. (ch)

AHKs und duale Ausbildung weltweit – Diskussion mit Weltbank

Am 12. September organisierte RGIT in Zusammenarbeit mit den Auslandshandelskammern (AHKs) in den USA und Mexiko ein Briefing zur dualen Berufsbildung in der Weltbank. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem deutschen Exekutivdirektorbüro und der Direktorin der Global Practice Education der Weltbank, Keiko Miwa, durchgeführt.

Unter dem Titel „Introducing German-style Apprenticeships Around the World: Best Practices and Factors for Success“ gaben Andreas Müller, Stellvertretender Geschäftsführer der AHK Mexiko, Nicole Heimann, Director Skills Initiative an der AHK USA Süd, und Freya Lemcke, Vice President RGIT, stellvertretend für das weltweite AHK-Netz einen Überblick über die Kernelemente der deutschen Berufsbildung und erfolgreiche Projekte zur Förderung der dualen Ausbildung nach deutschem Vorbild im Ausland. Rund 50 Teilnehmer aus der Weltbankgruppe informierten sich über bestehende Projekte, Herausforderungen und Lösungsansätze in

aktuellen handels- und wirtschaftspolitische Themen. Die Delegation der Bundesregierung war für den ersten US-Germany Structured Economic Dialogue nach Washington, D.C., gereist. (fl)

GLOBAL: Dekret zu neuen Sanktionsmöglichkeiten bei Einmischung in US-Wahlen

Am 12. September erließ US-Präsident Trump eine executive order, die die Einführung von Sanktionen gegen ausländische Personen ermöglicht, wenn diese US-Wahlen beeinflussen. Nach jeder US-Wahl soll eine Untersuchung durchgeführt werden, in wie weit die Wahl durch ausländische Regierungen oder Personen beeinflusst wurde. Auf Basis der Ergebnisse könnten dann Sanktionen vom US-Außen- und Finanzministerium vorgeschlagen und vom Präsidenten eingeführt werden. Abgeordnete aus beiden Parteien kritisierten, das Dekret käme spät und ginge nicht weit genug. Viele Abgeordnete im Kongress halten auch insbesondere die bereits eingeführten US-Russlandsanktionen für nicht ausreichend. (fl/kw)

GLOBAL: Neue Verfahren für Section 232-Ausnahmeanträge

Die deutschen Auslandshandelskammern unterstützen Unternehmen in mehr als 50 Ländern bei der Schaffung von Ausbildungsstrukturen nach dem deutschen Modell. Eine Übersicht an gute Praktiken bietet die Broschüre des VETnet-Projektes „Weltweit erfolgreich mit dualer Berufsausbildung – Best Practices aus elf Ländern“. (fl)

Das US Department of Commerce hat am 11. September neue, vereinfachte Verfahren für Ausnahmenanträge für Section 232-Zölle auf Stahl und Aluminium eingeführt. Diese sollen u.a. Firmen erlauben, Einspruch gegen Ablehnungen einzulegen und auch das gesamte Antragsverfahren beschleunigen. Bis zum 20. August hat der US Department of Commerce rund 38.000 Ausnahmenanträge und 17.000 Einsprüche gegen die Stahl- und Aluminiumzölle erhalten. Das Department of Commerce gab an, die Zahl der Anträge sei höher als erwartet. (kw)

GLOBAL: China

Am Dienstag teilte die Welthandelsorganisation WTO mit, China wolle am 21. September Sanktionen gegen die USA in Höhe von 7 Milliarden US\$ als Vergeltung für die Nichteinhaltung von Auflagen einer WTO-Entscheidung zur strittigen US-Berechnungsmethode für Antidumping-Zölle verhängen. In ihrem Genehmigungsantrag an die WTO stellt demnach die chinesische Regierung jährliche Schäden in Höhe von über 7 Milliarden US-Dollar aufgrund von US-Antidumping-Maßnahmen dar. Die den Maßnahmen zugrundeliegende, als *zeroing* bekannte US-amerikanische Berechnungsmethode ist umstritten, da sie tendenziell die US-Antidumpingzölle auf ausländische Produkte erhöht und wurde von der WTO für nicht WTO-konform erklärt. Bereits im Jahr 2016 klagte China gegen die USA und bekam Recht. Das Urteil wurde im darauffolgenden Jahr im Rahmen eines Berufungsverfahrens nochmals bestätigt. Die US-Regierung hatte in der vergangenen Woche eingeräumt, dem Urteil bisher nicht vollumfänglich nachgekommen zu sein.

In einem Gespräch mit Journalisten am 7. September blieb President Trump seiner harten Linie gegenüber China treu. Trump kündigte an, er sei bereit, Zölle auf zusätzliche chinesische Waren im Wert von 267 Milliarden US\$ zu erheben - zusätzlich zu den Zöllen auf Importe von 200 Milliarden US\$, die die USA bereits in Betracht ziehen. Laut den jüngsten Daten der US-Administration würden dann so gut wie alle Waren, die die USA aus China beziehen, mit neuen Zusatzzöllen belegt sein. (ab)

SPOTLIGHT NAFTA

Diese Woche fanden in Washington erneut intensive Treffen zwischen US- und kanadischen Unterhändlern statt. Am 12. September haben sich die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland und der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer getroffen, um ausstehende Themen in den NAFTA-Verhandlungen zu besprechen. Handelsbarrieren und Unterstützungsmaßnahmen für die kanadische Milchindustrie bleiben neben der Streitbeilegung und Kulturschutz zwei der Hauptdiskussionspunkte zwischen den zwei Ländern.

Unterhändler beider Seiten führten den Dialog am heutigen Donnerstag fort, allerdings ohne Ministerin Freeland. Für den morgigen Freitag ist ein Briefing von USTR Lighthizer für den Ways and Means-Ausschuss im Repräsentantenhaus über den Fortschritt und kritische Punkte geplant, das allerdings noch kurzfristig aufgrund des Hurrikans Florence, der voraussichtlich bereits heute Nacht die US-Ostküste erreichen

Handelsdeal mit den USA hat Folgen für Automobilfirmen in Mexiko

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Weniger Investitionen ausländischer Kfz-Zulieferer: Das könnte für Mexiko eine Folge der vorläufigen Handelseinigung mit den USA sein. Deutsche OEM werden Sourcing-Alternativen prüfen. Die zwischen den USA und Mexiko Ende August erzielte Einigung im Handelsstreit bringt Herausforderungen für Autohersteller und Zulieferer mit sich. Beide Länder könnten - die Zustimmung des US-Kongresses vorausgesetzt - im November ein Abkommen unterzeichnen. Ob der bisherige Nafta-Partner Kanada bis dahin einen Kompromiss mit der US-Regierung erreichen und ebenfalls unterzeichnen wird, ist bislang unklar. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>
publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Freya Lemcke

Die Washington News
erscheinen wöchentlich

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com**

Washington News

Nr. 32 vom 20. September 2018

- Diese Woche in Washington
- SPOTLIGHT NAFTA: US-Interessenverbände fordern trilaterales Abkommen
- SPOTLIGHT STEUERN: Repatriierung bleibt hinter Erwartungen zurück
- GLOBAL/ENERGIE: Russlandsanktionen
- GLOBAL: Neue Zölle auf Importe aus China
- Großstädte in den USA sollen smarter werden
- GLOBAL: USA und Indien intensivieren Handelsgespräche
- Infrastrukturpaket nach Zwischenwahlen?
- Überparteiliche Unterstützung gegen Opiode-Krise

Diese Woche in Washington

Der Finanzausschuss im Senat hat für kommende Woche (26. September) Anhörungen zu möglichen Auswirkungen von Zöllen auf die US-Autoindustrie anberaunt, sollte die US-Regierung solche einführen. Der Ausschussvorsitzende Orrin Hatch (R-UT) sagte, Experten sollten dem Ausschuss erklären, was Autözölle für US-amerikanische Familien, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum bedeuten würden.

Der US-Sonderbeauftragte für den Iran, Brian Hook, erläuterte die US-Politik gegenüber dem Iran in einer Rede bei der Denkfabrik *Hudson Institute*. Nach dem US-Ausstieg aus dem *Joint Comprehensive Plan of Action* (JCPOA) plane die Trump-Administration nun ein umfassendes Abkommen, das alle Handlungen des iranischen Regimes im Nahen Osten berücksichtigen solle. Bisher habe die iranische Führung noch kein Interesse an Verhandlungen gezeigt, obwohl US-Präsident Trump und US-Außenminister Mike Pompeo mehrfach ihre Bereitschaft für ein Treffen signalisiert hätten. Nächste Woche wird Präsident Trump während der UN-Generalversammlung in New York eine Sitzung zum Iran leiten.

US-Präsident Trump hat die von Hurricane *Florence* stark beschädigten Gebiete in North Carolina besucht. Den betroffenen Anwohnern versicherte er, dass Washington die Lage im Griff hätte und viel Geld zur Verfügung stellen werde. (cs/ch)

Kurzmeldungen

GLOBAL: USA und Indien intensivieren Handelsgespräche

Zwischen den USA und Indien zeichnet sich laut Tom Donohue, Präsident und Geschäftsführer der *U.S. Chamber of Commerce*, eine Einigung in wesentlichen Punkten im Handelsbereich ab. Die derzeit strittigsten Themen zwischen beiden Ländern sind die Preiskontrolle für Medizinprodukte in Indien, der Marktzugang für US-Agrarprodukte sowie US-Zölle auf Stahl und Aluminium (*Section 232*). Indien wurde nicht von den Stahl- und Aluminiumzöllen ausgenommen. Das Handelsvolumen zwischen beiden

SPOTLIGHT NAFTA: US-Interessenverbände fordern trilaterales Abkommen

In einem gemeinsamen Brief an den US-Handelsbeauftragten

Während die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland erneut in Washington ist, um die NAFTA-Verhandlungen fortzuführen, versucht der Vize-Mehrheitsführer (majority whip) Steve Scalise (R-LA) Unterstützung für die Idee zu gewinnen, ein bilaterales USA-Mexiko-Abkommen zu verabschieden. (cs)

SPOTLIGHT STEUERN: Repatriierung bleibt hinter Erwartungen zurück

Die Ende vergangenen Jahres verabschiedete Steuerreform sieht vor, dass Unternehmen im Rahmen der Repatriierung eine einmalige Steuer auf ihre zwischen 1987 und 2017 im Ausland akkumulierten Profite zahlen sollen: 15,5% auf Kassenbestände und 8% auf alle anderen Wirtschaftsgüter. Eine aktuelle Analyse des Wall Street Journals (WSJ) kommt jedoch zu dem Schluss, dass sich Unternehmen dabei zurückhalten, im Ausland geparkte Gewinne in die USA zurückzuführen. Präsident Trump hatte im August geäußert, dass im Rahmen der jüngsten Steuerreform zwischen vier bis fünf Billionen US\$ in die USA repatriiert und damit Investitionen und Wirtschaftswachstum in den USA generiert würden. Laut WSJ wurden bislang aber lediglich 143 Milliarden US\$ repatriiert. Das US-Handelsministerium schätzt hingegen, dass sich die Summe für die ersten beiden Quartale 2018 auf 464,4 Milliarden US\$ beläuft. Des Weiteren zeigt eine Studie der US-Notenbank (Federal Reserve), dass die Unternehmen mit den größten im Ausland geparkten Gewinnen einen Anstieg bei Aktienrückkäufen verzeichneten. (ch)

GLOBAL/ENERGIE: Russlandsanktionen

Infrastrukturpaket nach Zwischenwahlen?

Der ehemalige Wirtschaftsberater von Präsident Trump, Gary Cohn, geht in einem Presseinterview davon aus, dass nach den Zwischenwahlen im November ein Infrastrukturpaket verabschiedet werden wird. Sollten die Demokraten im Repräsentantenhaus die Mehrheit erlangen, würden diese als Erstes die Verabschiedung eines 1 Billion US\$ umfassenden Gesetzentwurfs in Angriff nehmen. Die Kosten würden über Neuverschuldung finanziert. Da Infrastruktur eine Top-Priorität des Präsidenten sei, werde Trump ein solches Gesetz trotz neuer Schulden unterzeichnen, so Cohn. (cs)

Überparteiliche Unterstützung gegen Opioid-Krise

Mit 99 zu 1 Stimmen hat der Senat den *Opioid Crisis Response Act* verabschiedet. Das Gesetz sieht unter anderem vor, den Drogenhandel an der Grenze zu bekämpfen, Rehabilitationszentren einzurichten und Kinder drogenabhängiger Eltern zu unterstützen. Das Congressional Budget Office beziffert die Kosten der in dem Gesetz vorgesehenen Maßnahmen auf 7,9 Milliarden US\$. Der

Am 20. September hat die Trump Administration eine neue executive order zur Umsetzung des Gesetzes zu den Russlandsanktionen (CAATSA) erlassen. In einer neuen FAQ (*frequently asked question*) erklärt das Office of Foreign Assets Control (OFAC), welche Maßnahmen das US-Finanzministerium ergreifen kann, um die vollständige Umsetzung dieser Sanktionen sicherzustellen. Weitere Regulierungen zu dem Thema sind zu erwarten.

Außerdem hat OFAC neue FAQs zu den General Licenses 14, 15 und 16 veröffentlicht. Diese FAQs erläutern, welche Geschäfte mit Rusal gemäß dem Begriff „*maintenance*“ zulässig sind. Bestehende Kunden dürfen mit Rusal neue Verträge aushandeln, solange diese im Einklang mit der bisherigen Transaktionshistorie stehen. OFAC hatte Geschäftspartnern von Rusal eine Frist bis zum 23. Oktober gegeben, um ihre Geschäfte mit Rusal abzuwickeln. Es ist momentan unklar, ob OFAC diese Frist verlängern wird. Mit einer baldigen Entscheidung wird gerechnet.

Auch die möglichen Sanktionen im Energiebereich wurden thematisiert. US-Energieminister Rick Perry hat sich mit dem russischen Energieminister Alexander Novak getroffen. Beide besprachen, wie ihre Länder zusammenarbeiten können, um Stabilität, Transparenz und Nachhaltigkeit des weltweiten Energiemarktes sicherzustellen. Perry unterstrich aber auch die offizielle Position der Trump-Administration gegen die *Nord Stream 2-Pipeline* und ließ die Tür offen für Sanktionen gegen das Projekt. Präsident Trump hingegen sagte während seines Treffens mit dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda, seine Administration beabsichtige nicht, *Nord Stream 2* mit Sanktionen zu belegen. Während einer Anhörung im Senat betonte Senator John Barrasso (R-WY) die Notwendigkeit einer Verabschiedung seines Gesetzentwurfs (ESCAPE Act), der die Energiesicherheit Europas durch mehr US-Flüssigerdgas-Exporte (LNG) verbessern sowie Sanktionen auf *Nord Stream 2* verhängen würde. (ch)

Vorsitzendes Gesundheitsausschuss es im Senat, Lamar Alexander (R-TN), lobte die überparteiliche Initiative als geeignete Antwort auf die schwerste öffentliche Epidemie des Landes. Das Repräsentantenhaus hatte bereits im Juni einen entsprechenden Gesetzentwurf verabschiedet. (cs)

GLOBAL: Neue Zölle auf Importe aus China

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) hat am Montag weitere Zölle auf chinesische Waren in Höhe von 200 Milliarden US\$ angekündigt. Ab dem 24. September werden eine Vielzahl an Produkten – von Koffern bis zu Meeresfrüchten – mit 10-prozentigen Zöllen belegt. Der Gesamtwert von US-Zöllen auf chinesische Produkte liegt nun bei 250 Milliarden US\$. Sollte China den USA insbesondere bei den Themen Diebstahl geistigen Eigentums und erzwungenen Technologietransfers nicht entgegenkommen, würden die jetzt eingeführten Zölle ab Januar 2019 auf 25 Prozent angehoben. Ausgenommen von den neuen Zöllen sind verschiedene elektronische Produkte, wie zum Beispiel Geräte des Unternehmens *Apple*.

US-Präsident Trump hat zudem angekündigt, weitere Zölle in Höhe von 267 Milliarden US\$ einzuführen, sollte China mit Gegenmaßnahmen reagieren. Unmittelbar nach der Ankündigung des USTR hat China US-Produkte mit neuen Zöllen in Höhe von 60 Milliarden US\$ belegt. US-Interessenverbände, wie z.B. die *US Chamber of Commerce*, kritisieren nach wie vor die neu eingeführten Zölle. (kw)

Großstädte in den USA sollen smarter werden

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die USA wollen ihre Städte sauberer, effizienter und zukunftsfähiger machen - kurzum: smarter. Schon heute gelten die USA als weltweit größter Markt für Smart Cities. Die Chancen für deutsche Unternehmen stehen gut. Rund zwei Drittel aller US-Städte investierten 2017 in intelligente Technologien und das Internet der Dinge (*Internet of Things*, IoT). Das hat eine Studie der *National League of Cities* ergeben. Den vollständigen Beitrag können Sie [hier](#) herunterladen. (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com**



Washington News

Nr. 33 vom 27. September 2018

- Diese Woche in Washington
- GLOBAL: Die Trump-Administration bei der 73. Sitzung der UN-Generalversammlung
- DIGITAL: Nationale Cybersicherheitsstrategie
- GLOBAL: Senatsanhörung zu Auswirkungen der Zölle auf die US-Autoindustrie
- Spotlight NAFTA
- Branche kompakt: Kfz-Branche in den USA entwickelt sich uneinheitlich
- GLOBAL: Leichter Rückgang bei ausländischen Direktinvestitionen in den USA
- USA blockieren Wiederernennung von WTO-Richter
- GLOBAL: Verlängerung der *General Licenses* bezüglich Rusal
- GLOBAL: WTO-Mitglieder fordern Details zu US-Landwirtschaftshilfe

Diese Woche in Washington

Das mediale Interesse wurde diese Woche von der Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie der Anhörung von Brett Kavanaugh als Kandidat für den freien Richterposten beim *US Supreme Court* bestimmt, die am heutigen Donnerstag stattfand. Die Abstimmung zu seiner Ernennung wurde für den morgigen Freitag geplant. Neue Vorwürfe zu angeblichen sexuellen Übergriffen seinerseits könnten nun den Prozess jedoch verzögern.

Im Rahmen der UN-Versammlung in New York unterzeichneten US-Präsident Trump und der südkoreanische Präsident Moon wie angekündigt das aktualisierte Korea-US-FTA. Bei reibungsloser Ratifizierung soll es ab dem 1.1.19 in Kraft treten. Präsident Trump betonte, das Abkommen sei ein komplett neues Abkommen, während Präsident Moon von einer Überarbeitung sprach. Sowohl der US-Handelsbeauftragte als auch das Weißer Haus veröffentlichten *fact sheets* zu der Aktualisierung des Abkommens.

Der Kongress arbeitete mit Hochdruck an einem Haushaltsgesetz für 2019. Das aktuelle Fiskaljahr endet am 30.9., bisher hat der Präsident am 21.9. lediglich ein Ausgabengesetz für Veteranen, Bauprojekte im Militärbereich sowie Energie- und Wasserprojekte unterzeichnet. Ob er Ende der Woche auch einen Übergangshaushalt, der die Finanzierung der Regierung bis Dezember sichern würde, unterzeichnen wird oder ob es zu einer Schließung der Regierung kommt, ist noch nicht abzusehen. Trump hatte im Vorfeld gedroht, eine Schließung der Regierung zu erzwingen, um mehr Finanzmittel für eine Grenzmauer mit Mexiko durchzusetzen. (fl)

Kurzmeldungen

GLOBAL: Leichter Rückgang bei ausländischen Direktinvestitionen in den USA

Einer jüngsten Analyse der *Organization for International Investment* (OFII) zufolge haben sich die ausländischen Direktinvestitionen in den USA im 2. Quartal 2018 negativ entwickelt. Insgesamt seien 8,2 Milliarden US\$ aus den USA abgezogen worden. Nach den in den Vorjahren gestiegenen ausländischen Direktinvestitionen geht OFII davon aus, dass der jetzige Einbruch zum Teil als Ergebnis der Importzölle der Trump-Administration interpretiert werden kann. Internationale

GLOBAL: Die Trump-Administration bei der 73. Sitzung der UN-Generalversammlung

Nach seiner Rede vor der UN-Vollversammlung, in der er unter anderem die Energieabhängigkeit Deutschlands von Russland kritisierte, leitete US-Präsident Trump eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihre Trägersysteme. Während der Sitzung hat er verschiedene außenpolitische Themen angesprochen, wie z.B. die Nutzung chemischer Waffen in Syrien, die laufenden Verhandlungen mit Nordkorea und die angebliche Einmischung Chinas in die bevorstehenden US-Zwischenwahlen. Hinsichtlich Iran verteidigte er seine Entscheidung, dass sich die USA aus dem Iran-Atomabkommen (JCPOA) zurückgezogen haben. Seit der Implementierung des JCPOA habe der Iran sein destruktives Verhalten nicht eingestellt. Zu diesem Punkt hat das US-Außenministerium einen umfassenden Bericht veröffentlicht.

Im Rahmen der Versammlung trafen sich auch Unterhändler aus den US-, EU- und japanischen Handelsministerien und einigten sich darauf, tiefere Diskussionen zu „nicht-marktorientierten“ Handelspraktiken, insbesondere erzwungenem Technologietransfer von dritten Länder, voranzutreiben ohne jedoch konkrete Maßnahmen zu nennen.

Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer und Japans Wirtschaftsminister Toshimitsu Motegi erzielten am Mittwoch eine grundsätzliche Einigung darüber, ein Handelsabkommen zu Industriegütern und Dienstleistungen zwischen den beiden Ländern zu verhandeln. Japan würde im Gegenzug von eventuellen neuen Autozöllen und einer Öffnung des Agrarmarktes ausgenommen. (ch/kw)

DIGITAL: Nationale Cybersicherheitsstrategie

Nachdem das US-Verteidigungsministerium vergangene Woche eine Zusammenfassung seiner Cyberstrategie 2018 veröffentlicht hatte, hat nun auch das Weiße Haus eine Nationale Cybersicherheitsstrategie bekannt gegeben. Letztere bekräftigt die Zielsetzung der US-Administration, föderale Netzwerke und kritische Infrastruktur in den USA verstärkt zu schützen, Cybersicherheitsfachkräfte aus- und weiterzubilden sowie böswillige Akteure abzuschrecken. Weite Teile der Strategie beschreiben bereits laufende Aktivitäten. In Bezug auf Digitalwirtschaft geht es insbesondere um folgende Punkte: Innovationsförderung, Investitionen in die Infrastruktur, Sicherung der Vorreiterschaft bei Zukunftstechnologien, freier grenzüberschreitender Datenfluss, Unterstützung von Cybersicherheit über den gesamten Produktlebenszyklus, Schutz geistigen Eigentums, Update der Mechanismen zur Prüfung ausländischer Investitionen und Förderung der Entwicklung von Cybersicherheitsfachkräften.

Das Papier enthält zudem die Ankündigung einer International Cyber Deterrence Initiative, die dazu dienen soll, sich

Unternehmen verhielten sich abwartend bezüglich neuer Investitionen. (cs)

USA blockieren Wiederernennung von WTO-Richter

Bei der Sitzung des WTO Dispute Settlement Body am 26.9. blockierten die USA erneut den Versuch, einen der vier verbleibenden Richter des WTO Berufungsgremiums wieder zu ernennen. Die Amtszeit von Shree Baboo Chekita Servansing endet am 30.9., somit war das Treffen am Mittwoch die letzte Gelegenheit, sein Amt zu erneuern. Das Berufungsgremium besteht grundsätzlich aus 7 Richtern; 3 Richter sind notwendig, um Entscheidungen zu treffen. Damit operiert das Gremium ab dem 1.10. mit der Minimalbesetzung, was zu einer weiteren Verzögerung in der Bearbeitung von Fällen führen kann. Die Amtszeit von zwei weiteren Richtern endet im Dezember 2019. Finden bis dahin keine Ernennungen statt, wäre das Berufungsgremium handlungsunfähig. (fl)

GLOBAL: Verlängerung der General Licenses bezüglich Rusal

Am 21. September hat das Office of Foreign Assets Control (OFAC) im US-Finanzministerium die Frist für die Abwicklung aller Geschäfte mit dem

GLOBAL: Senatsanhörung zu Auswirkungen der Zölle auf die US-Autoindustrie

Am 26. September fand eine Anhörung zu den Auswirkungen der Zölle auf die US-Autoindustrie im Finanzausschuss des Senats statt. Sowohl Republikaner als auch Demokraten zeigten sich einstimmig besorgt über die zunehmende Verwendung von Zöllen durch die Trump-Administration. Senator Ron Wyden (D-OR) erinnerte die Mitglieder des Ausschusses daran, dass die Regulierung des Handels die verfassungsmäßige Kompetenz des Kongresses sei. Der Kongress habe einige dieser Befugnisse an den Präsidenten delegiert, aber der Kongress sollte seine Zuständigkeit im Bereich Handel verstärken, falls der Präsident keine konkrete Handelsstrategie implementiere oder keine greifbaren Erfolge erziele, so Wyden. Senator Rob Portman (R-OH) wies darauf hin, dass es große Unterstützung für eine Gesetzinitiative bezüglich Zölle gäbe.

Das Panel bestand aus Vertretern der gesamten Autoindustrie: einem Zulieferer, einem Autohändler, einem ausländischen Autohersteller mit Produktionsstätte in den USA, einer Gewerkschaft und einem lokalen Regierungsbeamten, dessen Landkreis („County“) durch die Investitionen eines ausländischen Autoherstellers revitalisiert wurde. Die Teilnehmer unterstrichen die negativen Auswirkungen der Zölle für Unternehmen, Arbeitnehmer sowie Verbraucher. Dies beinhaltet insbesondere geringere Investitionen, Arbeitsplatzverluste und höhere Preise für amerikanische Familien beim Kauf- und Unterhalt von Autos.
(ch)

Spotlight NAFTA

Die Verhandlungen zwischen den USA und Kanada waren diese Woche erneut intensiv, doch konnte bisher keine Einigung fuer einen trilateralen Deal erzielt werden. Laut den Bestimmungen der *trade promotion authority* (TPA) ist die US-Administration verpflichtet, den Text des neuen NAFTA-Abkommens 60 Tage vor der geplanten Unterzeichnung an den Kongress zu schicken. Soll der scheidende mexikanische Präsident Peña Nieto das Abkommen an seinem letzten Amtstag, den 30.11.2018, unterzeichnen, müsste der Text am 1.10. übermittelt werden. Die USA wollen eine spätere Unterzeichnung vermeiden, weil sie davon ausgehen, dass der neue mexikanische Präsident López Obrador das mit Peña Nieto gefundene Abkommen wieder aufrollen und Aspekte ändern wollen würde, sofern er es nach seinem Amtsantritt am 1.12. unterzeichnen müsste.

Kanadische Verhandler gaben zu Protokoll, sie rechneten nicht mit einer Einigung vor Ende des Monats; der kanadische Premier Justin Trudeau betonte, man wolle ein gutes NAFTA, das sei wichtiger als ein schnelles NAFTA. Übermittelt der US-Handelsbeauftragte Ende der Woche nur den Text für einen

Aluminiumkonzern Rusal bis zum 12. November verlängert. Rusal könnte von der US-Sanktionsliste entfernt werden, wenn Oleg Deripaska seine Kontrolle des Unternehmens aufgäbe. OFAC teilte in einer Pressemittlung mit, dass EN+ und Rusal einen Vorschlag unterbreitet hätten, der zu signifikanten Änderungen der Corporate-Governance-Struktur führen könnte. OFAC werde diesen Vorschlag in den nächsten Wochen prüfen. (ch)

GLOBAL: WTO-Mitglieder fordern Details zu US-Landwirtschaftshilfe

Die WTO-Mitglieder Australien, Kanada, die EU, Indien und Neuseeland haben im Rahmen eines am 25.09. stattfindenden Agrarausschusstreffens Anfragen bzgl. des US-Hilfspakets für die von China-Zöllen betroffenen Agrarproduzenten eingereicht. Die Trump-Administration hatte im Juli Entlastungshilfe in Höhe von 12 Mrd. US\$ für Agrarprodukte angekündigt, die von chinesischen Gegenmaßnahmen betroffen sind. Die WTO-Mitglieder wollen sicherstellen, dass die Methodik des Hilfspakets im Einklang mit WTO-Regeln stehen. (kw)

Kongress verabschiedet wurde: Eine Änderung im Text zur Einigung mit Kanada aufzunehmen, würde vermutlich als so signifikant angesehen, dass die 60-Tagesfrist erneut beginnen müsste; einen bilateralen Deal nur mit Mexiko lehnen viele Kongressabgeordnete ab. (fl)

Branche kompakt: Kfz-Branche in den USA entwickelt sich uneinheitlich

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Der US-Fahrzeugmarkt verändert sich. Dazu trägt zum einen der Technologiewandel hin zu neuen Antrieben bei. Zum anderen werden in einigen US-Bundesstaaten die Emissionsbestimmungen verschärft. Angedrohte, eingeführte oder auch eventuell zeitlich nur verschobene Strafzölle auf Importe von Kfz und -Teilen aus bestimmten Lieferländern verunsichern die Hersteller zusätzlich. In diesem Zusammenhang sind die Neuverhandlungen des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA zu nennen, insbesondere im Kapitel Ursprungsregeln für Kfz und Kfz-Teile. Den vollständigen Beitrag können Sie nach kurzer, kostenlosen Registrierung [hier](#) herunterladen. (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Freya Lemcke

Die Washington News

erscheinen wöchentlich

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com**

Washington News

Nr. 34 vom 4. Oktober 2018

- Diese Woche in Washington
- Spotlight NAFTA
- Wunderbar Together: Offizieller Beginn des Deutschlandjahres USA
- SPOTLIGHT STEUERN: Verabschiedung der Steuerreform 2.0 im Repräsentantenhaus
- Neue Sitzungsperiode des Obersten Gerichtshofs
- Werkzeugmaschinenmarkt USA bleibt attraktiv
- GLOBAL: Verarbeitendes Gewerbe zieht meiste FDIs an
- Studie zum Image der USA
- DIGITAL: Klage gegen kalifornisches Netzneutralitätsgesetz

Diese Woche in Washington

Unter Ausschluss der Presse hat Präsident Trump vergangenen Freitag ein Gesetz zur temporären Finanzierung der Regierung bis zum 7. Dezember unterzeichnet. Ein *government shutdown* - wie von ihm zuvor angedroht - ist somit ausgeblieben. Die Regierungsgeschäfte können nun über die Zwischenwahlen hinaus weiterlaufen. Danach wird sich zeigen, ob Präsident Trump ein weiteres Finanzierungsgesetz unterzeichnet, sollte der Kongress erneut keine Mittel für eine Grenzmauer zu Mexiko bereitstellen.

Die potenzielle Bestätigung von Brett Kavanaugh für einen der neun Richterposten am *Supreme Court* beschäftigt weiter den Senat und bestimmt das mediale Interesse weit über Washington hinaus. Die Abgeordneten des Repräsentantenhauses sind unterdessen in ihren Wahlkreisen, um für ihre Wiederwahl während der anstehenden *mid-term elections* am 6. November zu kämpfen. Das *House* kommt voraussichtlich erst wieder nach den Zwischenwahlen in Washington zusammen.

Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat am 3. Oktober beschlossen, dass die USA ein Teil der Sanktionen gegen den Iran vorläufig aufheben müssten. Dem Gericht zufolge verstoßen diese Sanktionen gegen ein Freundschaftsabkommen von 1955 zwischen den zwei Ländern. Als Reaktion auf die Entscheidung hat US-Außenminister Mike Pompeo das Freundschaftsabkommen in einer Pressekonferenz beendet. Die Entscheidung des IGH ist bindend, aber das Gericht kann diese nicht durchsetzen. (cs/ch)

SPOTLIGHT NAFTA

Kurzmeldungen

GLOBAL:
Verarbeitendes Gewerbe zieht meiste FDIs an

Laut eines Berichts des US-Wirtschaftsministeriums war das verarbeitende Gewerbe im Jahr 2017 der größte Empfänger von ausländischen Direktinvestitionen (FDIs) in den USA. Von den insgesamt 1,6 Billionen US\$ an FDIs entfielen fast 40% auf den Industriesektor. Innerhalb des Sektors war die Chemiebranche der größte Empfänger mit rund 44%. Die Top 5-Länder aus denen Investitionen kommen sind Großbritannien, Irland, Deutschland, Japan und Frankreich. Der Bericht betont zudem, dass die Direktinvestitionen eine wichtige Rolle bei der Schaffung von

Einigung auf ein trilaterales Nachfolgeabkommen für NAFTA. Das Abkommen, das USMCA (*US-Mexico-Canada Agreement*) heißen soll, enthält neue Vorschriften zu Themen wie digitalem Handel, kleinen und mittelständischen Unternehmen, Arbeit und Umwelt. Andere Regeln wurden angepasst; so wurden z.B. die Ursprungsregeln für verschiedene Produkte verschärft, der Marktzugang für US-Milchprodukte in Kanada erweitert, der *de minimis* erhöht und Vorschriften zur Währungsmanipulation und zu zukünftigen Abkommen mit Nicht-Marktwirtschaften eingeführt. Sechs Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens soll eine Bestandsaufnahme zu seinen Auswirkungen stattfinden; nach 16 Jahren ließe es aus, wenn nicht alle drei Parteien einen Antrag auf Verlängerung stellen. Kanada und Mexiko haben auch Quoten für Autos und Autoteile verhandelt, die von eventuellen neuen 232-Zöllen ausgenommen würden. In Bezug auf die US-Zölle auf Stahl und Aluminium wurde hingegen keine Einigung erzielt. Das Abkommen soll am 30. November von den amtierenden Staatsoberhäuptern der drei Länder unterzeichnet werden, bevor der mexikanische Präsident Peña Nieto sein Amt am 1. Dezember abgibt. Daraufhin kann in den drei Ländern der Ratifizierungsprozess starten. In den USA ist mit einer Abstimmung im US-Kongress nicht vor Juni 2019 zu rechnen. (fl)

Arbeitsplätze, Forschung und Entwicklung (R&D) sowie für US-Exporte spielen. (kw)

Studie zum Image der USA

Das PEW Research Center hat eine Studie zum Image der USA im Ausland veröffentlicht. Für die Studie wurde eine repräsentative Befragung in 25 Ländern durchgeführt. Demnach ist das internationale Image der USA insgesamt weiterhin positiv, ist aber bei verbündeten Ländern zurückgegangen. Die vollständige Studie finden Sie hier. (cs)



Wunderbar Together: Offizieller Beginn des Deutschlandjahres USA

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 3. Oktober haben der deutsche Außenminister Heiko Maas, der Präsident des Goethe Instituts Klaus-Dieter Lehmann und BDI-Präsident Dieter Kempf in der deutschen Botschaft Washington das Deutschlandjahr USA eröffnet. Unter dem Motto Wunderbar Together werden bis Ende nächsten Jahres mehr als 1000 Veranstaltungen in allen US-Bundesstaaten stattfinden. Die Initiative soll die gewachsene Partnerschaft beider Länder sichtbar machen und ein facettenreiches und aktuelles Deutschlandbild in den USA vermitteln. Insbesondere wird darauf abgezielt, Menschen außerhalb der großen Metropolen zu erreichen, die bislang wenig Berührungspunkte mit Deutschland hatten. Wirtschaftsrelevante Themen der Initiative sind Digitalisierung, Innovationen und die Zukunft der Arbeit. Die Deutsch-Amerikanischen Auslandshandelskammern (GACCs) beteiligen sich an Wunderbar Together unter anderem mit einem Projekt zur dualen Berufsbildung. Auch das U.S. Department of State bestätigt, dass beide Länder Wunderbar Together sind. Zudem wird geplant, mit einer Pop-up Tour im kommenden Jahr durch die USA zu reisen und mit Ausstellungen, Workshops und Kulturprogrammen Deutschland und die USA zu präsentieren. (fl)

DIGITAL: Klage gegen kalifornisches Netzneutralitätsgesetz

Am 30. September unterzeichnete der Gouverneur Kaliforniens Jerry Brown ein Gesetz (Senate Bill 822), das die Netzneutralität in Kalifornien wiederherstellen soll. Bereits am selben Tag reichte das US-Justizministerium (DOJ) eine Klage gegen das Gesetz ein, um das für Januar 2019 geplante Inkrafttreten zu verhindern. Die US-Verfassung legt fest, dass Bundesrecht das oberste Recht des Landes ist. In dem jetzigen Rechtsstreit mit Kalifornien argumentiert das DOJ, dass das Internet ein Beispiel zwischenstaatlichen Handels sei. Da nur die Bundesregierung den Internetmarkt regulieren darf, ist das Gesetz verfassungswidrig. (fl)

Received by NSD/PARA Registration Unit 02/28/2019 11:46:52 AM
Projekt engagieren sich Unternehmen wie BASF, BMW, SAP, Schaeffler und Siemens, um die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen zu unterstreichen. Alle aktuellen Informationen finden sich auch auf [Twitter](https://wunderbarttogether.org/) und <https://wunderbarttogether.org/>. (cs)

Handelsgesetz könne, dürften die Bundesstaaten die von der *Federal Communications Commission* (FCC) erlassenen Vorschriften nicht untergraben. (ch)



Photo © Anne Kienerschmidt

SPOTLIGHT STEUERN: Verabschiedung der Steuerreform 2.0 im Repräsentantenhaus

Kurz bevor die Abgeordneten des Repräsentantenhauses Washington verlassen haben, wurden drei Gesetzentwürfe verabschiedet, die zusammengefasst als „Steuerreform 2.0“ bezeichnet werden. Dieses Gesetzespaket sieht unter anderem vor, die Steuersenkungen für Einzelpersonen und Familien aus der jüngsten Steuerreform dauerhaft zu machen. Befürworter gehen davon aus, dass eine zweite Runde von Steuersenkungen zu weiterem Wirtschaftswachstum führen wird. Eine Analyse des Joint Committee on Taxation (JCT) schätzt, dass diese Vorschriften 627 Milliarden US\$ über 10 Jahre kosten würden.

Das Weiße Haus hat sich offiziell für alle drei Gesetzentwürfe ausgesprochen. Jedoch hat der Senat derzeit keine konkreten Pläne, die „Steuerreform 2.0“ aufzunehmen. Allerdings könnten bestimmte Teile überparteiliche Unterstützung im Senat erhalten, wie z.B. Änderungen bei der Altersvorsorge.

Die US-Steuerbehörde (*Internal Revenue Service – IRS*) spielt eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Steuergesetze. Der nächste Zeitraum für die Einreichung der Steuererklärungen beginnt in etwa 4 Monaten und ist der erste seit dem Inkrafttreten der Steuerreform. Am 1. Oktober wurde zudem der Steueranwalt Chuck Rettig als 49. Steuerkommissär (Leiter der IRS) vereidigt. Seine Amtszeit dauert bis November 2022. (ch)

Neue Sitzungsperiode des Obersten Gerichtshofs

Diese Woche hat die neue Sitzungsperiode des Obersten Gerichtshof der USA (*Supreme Court of the United States – SCOTUS*) offiziell begonnen. Sie dauert bis Ende Juni 2019.

Obwohl hochkarätige Richterposten besetzt sind, werden die Richter in den kommenden Monaten einige interessante rechtliche Fragen prüfen. Diese Fälle umfassen unterschiedliche Themen, wie z.B. Schiedsverfahren, Sammelklagen, Produkthaftung sowie Wettbewerbs-, Umwelt- und Arbeitsrecht.

Die neue Sitzungsperiode ist auch deshalb signifikant, weil derzeit nur acht der insgesamt neun Richterposten besetzt sind. Die Republikaner im Senat wollten den vakanten Sitz vor dem Beginn der neuen Sitzungsperiode besetzen, aber die Bestätigung ihres Kandidaten Brett Kavanaugh verzögert sich aufgrund des Vorwurfs der sexuellen Nötigung. Nach einer ganztägigen Anhörung am vergangenen Donnerstag hat das *Federal Bureau of Investigation* (FBI) eine Untersuchung in dieser Sache eingeleitet. Der Mehrheitsführer im Senat Mitch McConnell (R-KY) unterstrich, dass die Untersuchung auf eine Woche begrenzt sei. Vor diesem Hintergrund könnte der Senat mit der Abstimmungsprozedur am Freitag oder am Wochenende beginnen. Allerdings gilt die Bestätigung Kavanaughs als unsicher. Bisher haben keine demokratischen Senatoren ihre Unterstützung angekündigt und mindestens zwei republikanische Senatorinnen bleiben unentschieden. (ch)

Werkzeugmaschinenmarkt USA bleibt attraktiv

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die USA bleiben ein wichtiger Zielmarkt für deutsche Werkzeugmaschinenhersteller. Doch nicht in jeder Zielbranche steigt die Nachfrage, wie die Branchenmesse IMTS zeigte. Der deutsche Werkzeugmaschinenbau trifft in den USA auf eine solide Nachfrage. Neben dem hohen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von prognostizierten 2,9 Prozent werden 2018 voraussichtlich um 7,0 Prozent mehr Investitionen als im Vorjahr getätigt. Den vollständigen Beitrag können Sie [hier](#) kostenfrei herunterladen. (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Freya Lemcke

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com**

Washington News

Nr. 35 vom 11. Oktober 2018

- Diese Woche in Washington
- Pentagon-Bericht identifiziert Schwächen in der industriellen Basis der USA
- DIGITAL: Anhörung zu geplantem US-Datenschutzgesetz
- GLOBAL: Pence übt scharfe Kritik an China
- Neue Richtlinien zu automatisierten Fahrzeugen
- US-Nahrungsmittelbranche investiert trotz Absatzsorgen
- GLOBAL: World Economic Outlook des IWF
- Zweiter Rechtsstreit zwischen den USA und Iran vor UN-Gericht
- ENERGIE: Ganzjährig E15 an Tankstellen

Diese Woche in Washington

Nachdem die Ernennung von Brett Kavanaugh zum Richter am Obersten Gerichtshof der USA von kontroversen Diskussionen und Anhörungen begleitet war, verliefen seine ersten Arbeitstage nach seiner Vereidigung am Wochenende ohne größeres Aufsehen.

Die Abgeordneten im US-Kongress bereiten sich derzeit auf die heiße Phase des Wahlkampfes für die Zwischenwahlen am 6.11.2018 vor: Das Repräsentantenhaus hatte bereits diese Woche sitzungsfrei und wird erst nach der Wahl wieder zusammenkommen, während der Senat noch voraussichtlich bis Mitte Oktober tagen wird.

Am 10. Oktober veröffentlichte das *US Treasury Department* die vorläufigen Regeln zum neuen, erweiterten US-Investitionsscreening. Der US-Kongress hatte hierzu im August ein neues Gesetz (FIRRMA) verabschiedet. Die darin vorgesehenen Änderungen sollen vollumfänglich bis Februar 2020 umgesetzt werden. Die vorläufigen Regelungen treten ab dem heutigen 11.10.2018 in Kraft. Ab dem 10.11.2018 werden darüber hinaus Elemente des neuen Gesetzes im Rahmen eines Pilotprogramms angewandt, z.B. die Ausweitung der zu screenenden Transaktionen. Details zu beidem gibt es [hier](#).

US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross wird voraussichtlich vom 16. bis 18. Oktober nach Brüssel reisen und dort Termine mit der EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, Jyrki Katainen, führen. Die Gespräche seien jenseits der hochrangigen Arbeitsgruppe EU-USA, bei denen der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer die Federführung auf US-Seite habe, betonte die EU-Seite. Ebenfalls auf der Agenda steht ein Treffen mit dem Vizepräsidenten der Kommission Andrus

Kurzmeldungen

GLOBAL: World Economic Outlook des IWF

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Voraussage für das weltweite Wachstum angepasst. Demnach sei für 2018 und 2019 nur noch mit 3,7% und nicht mehr – wie noch im April veröffentlicht – mit 3,9% zu rechnen. Als Gründe werden im *World Economic Outlook* der Institution die Unsicherheiten im Handelsbereich insbesondere durch neue US-Zölle, aber auch Großbritanniens Austritt aus der Europäischen Union genannt. (cs)

Zweiter Rechtsstreit zwischen den USA und Iran vor UN-

Pentagon-Bericht identifiziert Schwächen in der industriellen Basis der USA

In einem am 4.10. veröffentlichten Bericht wies das US-Verteidigungsministerium auf eine Reihe von Schwächen in militärrelevanten Industrien hin. Der 107-seitige Bericht wurde im Rahmen eines im Juli 2017 angekündigten Dekrets vorbereitet, um den Stand der Rüstungsindustriebasis zu bewerten. Die komplette Liste von rund 300 Angriffspunkten bleibt geheim, es wurden aber einzelne Beispiele erwähnt, wie z.B. begrenzte Bezugsquellen von Stoffen für Uniformen und Seltene Erden, die größtenteils aus China bezogen werden. Laut des Berichts resultieren die Schwächen aus der abnehmenden industriellen Kapazität in den USA und einer aggressiven Industriepolitik anderer Länder. Das Pentagon sieht die Zulieferketten für die Rüstungsindustrie hierdurch als potenziell gefährdet. China wurde zudem mehrere Male im Bericht als ein unzuverlässiger und riskanter Zulieferer bezeichnet.

US-Präsident Donald Trump kündigte letzten Freitag zwei Maßnahmen an, durch die weitere 30 Millionen US\$ für Brennstoffzellen- und Batterieproduzenten bereitgestellt werden sollen, da diese Produkte kritische Komponenten seien. Branchen wie zum Beispiel Automobil und Stahl stehen nicht im Fokus des Berichts bzw. entsprechender Hilfsmaßnahmen. (kw)

DIGITAL: Anhörung zu geplantem US-Datenschutzgesetz

Der Senatsausschuss für Handel, Wissenschaft und Verkehr veranstaltete am 10. Oktober eine Anhörung mit Datenschützern, um die Erkenntnisse aus den Datenschutzgesetzen in Europa (DSGVO) und Kalifornien (CCPA) zu diskutieren. Die Unterstützung für ein nationales Datenschutzgesetz wächst in den USA. Letzten Monat fand eine Anhörung in diesem Ausschuss mit Vertretern der Technologieunternehmen und der Internetanbietern statt, wie z.B. Apple, Amazon, AT&T, Charter Communications, Google und Twitter. Der Vorsitzende des Ausschusses, John Thune (R-SD), plant, einen Gesetzentwurf zum Datenschutz in den Senat einzubringen. Die Frage sei nicht mehr, ob die USA ein nationales Gesetz zum Datenschutz brauchen, sondern wie dieses Gesetz aussehen solle.

Andrea Jelinek, die Vorsitzende des Europäischen Datenschutzausschusses (EDSA) und Alastair Mactaggart, der Vorsitzende der Interessengruppe *Californians for Consumer Privacy*, erörterten die Grundprinzipien der DSGVO und des CCPA. Beide Gesetze priorisieren das Recht der Einzelperson zu wissen, welche Informationen gesammelt werden und wie diese verwendet werden. Außerdem müssen die Datensammler die Informationen verantwortungsvoll und sicher nutzen. (ch)

Die Anhörungen im Fall Certain Iranian Assets begannen am Montag vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag und werden bis Freitag laufen. Der Oberste Gerichtshof der USA hatte im Jahr 2016 geurteilt, dass eingefrorene Vermögenswerte der iranischen Nationalbank in Höhe von 1,75 Mrd. US\$ als Entschädigung an Familienangehörige der Opfer von Terroranschlägen gezahlt werden sollten. Im aktuellen Rechtsstreit fordert der Iran, seine Vermögenswerte zurückerstattet zu bekommen. Seinen Anspruch gründet er auf das Freundschaftsabkommen von 1955, das US-Außenminister Mike Pompeo jedoch letzte Woche beendet hat. Richard Visek, der Anwalt der US-Regierung, argumentiert, dass dem IGH die rechtliche Zuständigkeit fehle. Deswegen solle der IGH nicht in der Hauptsache verfahren. (ch)

ENERGIE: Ganzjährig E15 an Tankstellen

Präsident Trump hat angekündigt, die *Environmental Protection Agency* (EPA) werde den Weg dafür frei machen, dass Tankstellen zukünftig ganzjährig Benzin mit einem 15-prozentigen Ethanol-Anteil anbieten können. Dies kommt insbesondere landwirtschaftlich geprägten Bundesstaaten

US-Vizepräsident Michael Pence hat China am 04.10 in einer Rede beim Hudson Institute deutlich kritisiert. Kommentatoren merkten an, die Rede hebe die Kritik der Administration gegenüber China auf ein neues Niveau. Pence warf China u.a. vor, eine weitgreifende und neuartige Kampagne gegen die US-Administration und das nationale Interesse voranzutreiben. Die Kritik erwähnt eine Reihe von mutmaßlich aggressivem Verhalten seitens China, inklusive einer deutlichen und koordinierten Einmischung in die US-Zwischenwahlen im November 2018.

Pence sagte auch, dass China derzeit versuche, die US-Volksmeinung gegenüber China durch Werbungen und zeitschriftliche Kommentare zu verändern. Unfaire Handels- und Geschäftspraktiken, vor allem im Hinblick auf geistiges Eigentum, sowie aggressive militärischen Manöver im südchinesischen Meer wurden ebenfalls in der Rede erwähnt. Pences Kommentare weiten die kritische Position der US-Administration in Bezug auf China von der Handelspolitik auf die geopolitische Ebene aus. (kw)

entgegen der
wiederum von der
Handelspolitik der
Administration negativ
betroffen sind. Um der
Kritik der Ölindustrie
entgegenzuwirken,
beabsichtigt die EPA,
den Handel von
Biokraftstoffkrediten
einzuschränken. Die
neue E15-Regulierung
soll vor der Fahrsaison
im kommenden
Sommer in Kraft treten.
(cs)



Neue Richtlinien zu automatisierten Fahrzeugen

Das US-Verkehrsministerium (DOT) hat die Version 3.0 seiner Richtlinien zu automatisierten Fahrzeugen veröffentlicht. Die neuen Richtlinien ersetzen nicht die vorherige Version 2.0, sondern bauen darauf auf. Der Ansatz der US-Regierung umfasst sechs Prinzipien: Die US-Regierung sollte Sicherheit priorisieren, technologieneutral bleiben, Regelungen modernisieren, einheitliche regulatorische und betriebliche Rahmenbedingungen fördern, proaktiv auf die Automatisierung vorbereiten und die Freiheiten der Amerikaner schützen und verstärken.

Das DOT betrachtet die Version 3.0 als den Beginn einer nationalen Diskussion und will das Dokument weiterentwickeln. Deswegen bittet das DOT um Feedback von den relevanten Stakeholdern. Interessierte könnten auch ihre schriftlichen Kommentare zu zwei weiteren Themen einreichen: Die Auswirkungen der automatisierten Fahrzeuge auf die Arbeitskräfte und die kurz- und langfristigen Herausforderungen der Erprobung, der Entwicklung und des Einsatzes der automatisierten Fahrzeuge. Weitere Details sind hier, hier und hier zu finden. (ch)

US-Nahrungsmittelbranche investiert trotz Absatzsorgen

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

US-Nahrungsmittelhersteller weiten Produktion aus und investieren in neue Maschinen. Der Trend zu Bio-Lebensmitteln und höherwertigen Produkten besteht fort. Die USA verfügen nach China und vor Brasilien weltweit über eine der leistungsstärksten Nahrungsmittelindustrien. Diesem Industriezweig sind 27.000 Unternehmen beziehungsweise Firmenniederlassungen mit ausländischen Kapitalanteilen zugeordnet. Der Wettbewerb auf dem Inlandsmarkt für Lebensmittel ist massiv. Den vollständigen Beitrag können Sie hier kostenfreier heruntergeladen (gta)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Freya Lemcke

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com**

Received by NSD/FARA Registration Unit 02/28/2019 11:46:52 AM

Received by NSD/FARA Registration Unit 02/28/2019 11:46:52 AM

Washington News

Nr. 36 vom 18. Oktober 2018

- Diese Woche in Washington
- GLOBAL: Weltweiter Rückgang ausländischer Direktinvestitionen
- GLOBAL: USTR will Abkommen mit EU, Japan und Großbritannien verhandeln
- US-Haushaltsdefizit steigt deutlich
- GLOBAL: USA wollen sich in WTO stärker positionieren
- US-Pharmabranche weitet Produktion aus
- GLOBAL: Kanadische Safeguards auf Stahlprodukte
- ENERGIE: Militärbasen als Exporthafen für Brennstoffe
- Verlängerung der Rusal General Licenses
- GLOBAL: FTA zwischen Mexiko und China?

Diese Woche in Washington

Das US-Finanzministerium hat seinen jüngsten Währungsbericht veröffentlicht. Trotz der derzeitigen wirtschaftspolitischen Spannungen zwischen den USA und China, wird China erneut nicht bezichtigt, seine Währung zu manipulieren. Wie im letzten Jahr finden sich China, Japan, Korea, Deutschland und die Schweiz auf der Überwachungsliste. Neu hinzugekommen ist in diesem Jahr Indien.

Unterdessen plant das Weiße Haus, ein seit 1874 bestehendes Post-Abkommen mit China zu beenden. Das Abkommen ermöglicht es China, kleinere Pakete mit einem günstigeren Porto in die USA zu senden. Es sei ein weiteres Beispiel für die unfairen Handelspraktiken Chinas, heißt es aus dem Weißen Haus.

Die drei demokratischen Senatoren Sherrod Brown (OH), Chris Murphy (CT) und Tammy Baldwin (WI) haben in einem Brief an die *Federal Trade Commission* (FTC) gefordert, die Nutzung des Labels „Made in the USA“ strikter zu überwachen und Verstöße zu ahnden. Zu viele ausländische Firmen nutzten das Label, ohne Konsequenzen wie Strafzahlungen zu fürchten. US-amerikanische Hersteller hätten das Nachsehen.

Der Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell (R-KY), hat sich optimistisch geäußert, dass das kürzlich zwischen den USA, Kanada und Mexiko abgeschlossene Handelsabkommen die Unterstützung des Kongresses erhalten werde. Allerdings werde das Abkommen erst im nächsten Jahr im Kongress zur Debatte gestellt. (cs)

Kurzmeldungen

GLOBAL: Kanadische Safeguards auf Stahlprodukte

Kanada erhebt ab dem 25.10. 25% Safeguard-Zölle auf sieben verschiedene Stahl-Produkte, sofern Importe die historischen Importvolumina übersteigen. Damit soll vermieden werden, dass Produkte, die nicht mehr in die USA exportiert werden können, den kanadischen Markt unter Druck setzen. Dies gilt auch für EU-Exporte. Mexiko ist nur teilweise von den Maßnahmen ausgenommen. (fl)

ENERGIE: Militärbasen als Exporthafen für Brennstoffe

GLOBAL: Weltweiter Rückgang ausländischer Direktinvestitionen

Laut der UN Conference on Trade and Development (UNCTAD) sind die globalen ausländischen Direktinvestitionen (FDIs) im ersten Halbjahr 2018 um 41 Prozent von 794 auf 470 Milliarden US\$ zurückgegangen. Ein Hauptgrund für diese Entwicklung wird in der US-Steuerreform und der damit verbundenen Vermögensrepatriierung durch US-amerikanische Mutterkonzerne gesehen. Diese haben bis Ende 2025 Zeit, eine einmalige Steuer auf ihre zwischen 1987 und 2017 im Ausland akkumulierten Profite zu zahlen: 15,5% auf Kassenbestände und 8% auf alle anderen Wirtschaftsgüter. In Europa hätten US-Unternehmen deswegen bereits 49 Milliarden US\$ desinvestiert. Hiervon seien die Niederlande, Irland und die Schweiz am stärksten betroffen. Aber auch die Karibik und grundsätzlich Länder, die Zweckgesellschaften beherbergten, spürten die Desinvestitionen durch US-Unternehmen. Der Abwärtstrend globaler FDIs mache aber auch vor den USA nicht Halt, wo die ausländischen Direktinvestitionen um 75 Prozent auf 46 Milliarden US\$ gefallen sind, heißt es bei UNCTAD. Die US-Steuerreform habe bislang nicht den erwarteten Effekt gehabt, dass ausländische Unternehmen stärker in den USA investierten. Unklarheiten bei der Ausgestaltung der Reform, zunehmende Unsicherheiten im Handelsbereich und stringenter Überprüfungen geplanter FDIs spielten derzeit bei Standortentscheidungen eine größere Rolle als die Vorteile der Steuerreform. (cs)

GLOBAL: USTR will Abkommen mit EU, Japan und Großbritannien verhandeln

Das Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) hat den Kongress benachrichtigt, Verhandlungen zu Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union, Japan und Großbritannien aufzunehmen. Die Benachrichtigung wird im Rahmen der *Trade Promotion Authority* (TPA) vorgeschrieben, um dem Kongress einen 90-tägigen Beratungszeitraum zu gewähren. Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer betonte, die Verhandlungen zügig zum Wohl amerikanischer Arbeiter, Landwirte und Unternehmen abschließen zu wollen. Im formellen Benachrichtigungsschreiben an den Kongress heißt es ferner, das Hauptziel der Verhandlungen sei es, tarifäre und nicht-tarifäre Barrieren anzugehen und fairere, ausgewogene Handelsbeziehungen zu erreichen. Besonders hervorgehoben werden die Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union, die mit einem Handelsvolumen von 1,1 Billionen US\$ die größten und komplexesten weltweit seien. US-Exporte sähen sich aber mit Handelshemmnissen konfrontiert und so gäbe es ein chronisches Handelsungleichgewicht mit der EU. Mit Japan bestünden die größten Barrieren im Landwirtschafts-, Automobil- und Dienstleistungssektor. Die Pläne der Administration wurden im Kongress positiv aufgenommen. Der Vorsitzende des *Ways and Means Committee* im Repräsentantenhaus, Kevin Brady (R-TX), bestätigte die aus seiner Sicht bestehenden Handelsbarrieren für US-Landwirte, Hersteller und Dienstleister, die es

Der US-Handelsminister Ryan Zinke hat in einem Pressegespräch mitgeteilt, die US-Administration erwäge, Militärbasen an der westlichen Küste des Landes zu nutzen, um von hier Flüssiggas und Kohle an alliierte Länder in Asien zu exportieren. Grundlage für diese Überlegungen sei das Thema der nationalen Sicherheit. Kritik an diesem Vorstoß kommt insbesondere von den Demokarten. Der Gouverneur von Washington Jay Inslee (D) forderte, die Administration solle sich stattdessen stärker auf das Thema Umweltschutz fokussieren. (kw)

Verlängerung der Rusal General Licenses

Am vergangenen Freitag hat das zuständige US-Amt für Sanktionen (*Office of Foreign Assets Control*, OFAC) die Frist für die Abwicklung laufender Geschäfte mit Rusal und EN+ um einen Monat auf den 12. Dezember erneut verlängert. Ein Pressesprecher teilte mit, dass OFAC die von den beiden Unternehmen vorgeschlagenen Änderungen ihrer Corporate Governance-Struktur noch überprüft. Ein Delisting wäre möglich, wenn Oleg Deripaska seine Kontrolle aufgäbe. Allerdings gibt es derzeit keine Verlängerungen für das Automobilsektor-Unternehmen Deripaskas der GAZ

am 23. Oktober
auslaufen. (ch)**US-Haushaltsdefizit steigt deutlich**

Laut der aktuellsten Daten des US-Finanzministeriums ist das US-Defizit um 17% von 666 Milliarden US\$ im vergangenen Haushaltsjahr 2017 auf 779 Milliarden US\$ im Haushaltsjahr 2018 gestiegen. Dies ist das größte Defizit seit dem Höhepunkt der Rezession im Haushaltsjahr 2012. Das Defizit entspricht derzeit 3,9% des BIP.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung machen der Leiter des *Office of Management and Budget* Mick Mulvaney und Finanzminister Steven Mnuchin den Kongress für das wachsende Defizit verantwortlich. Sie argumentieren, dass Präsident Trump weitreichende Ausgabenkürzungen in seinen Haushaltsvorschlägen gefordert habe. Beide Kammern des Kongresses haben eine republikanische Mehrheit.

Nach Angaben der Minderheitenführerin im Repräsentantenhaus, Nancy Pelosi (D-CA), verursache die jüngste Steuerreform das steigende Defizit. Laut der Daten fielen die Körperschaftssteuereinnahmen um 31% im Vergleich zum vergangenen Haushaltsjahr. (ch)

GLOBAL: USA wollen sich in WTO stärker positionieren

Der US-Botschafter bei der Welthandelsorganisation (WTO), Dennis Shea, hat vergangenen Freitag auf einer Paneldiskussion beim *Center for Strategic and International Studies* betont, sich für strengere Regeln und eine stärkere Rolle der USA bei der WTO einzusetzen. Shea sagte, dass er als Botschafter auch die schwierigen aber letztlich notwendigen Positionen der US-Administration gegenüber der Welthandelsorganisation vertrete.

Schwerpunkte seien insbesondere das WTO-Berufungsgremium, das Thema der Streitschlichtung und die Frage nach dem marktwirtschaftlichen Status Chinas. Ohne eine starke Rolle der USA könne die WTO bei diesen Themen keine Lösung herbeiführen, so Shea.

Die USA haben sich klar gegen den Antrag von sechs WTO-Mitgliedsländern zu Konsultationen über die US-Zölle auf Stahl und Aluminium im Rahmen nationaler Sicherheitsbedenken (Sec. 232) gestellt. Laut der USA dürfe die WTO Entscheidungen ihrer Mitgliedsländer bezüglich Fragen der nationalen Sicherheit aufgrund von GATT (Article XXI) nicht bewerten. (kw)

GLOBAL: FTA zwischen Mexiko und China?

Der mexikanische NAFTA-Chefverhandler Jesús Seade hat in einem Pressegespräch mitgeteilt, dass Mexiko mittelfristig ein Freihandelsabkommen mit China anstrebe. Vorstellbar sei dies in den kommenden vier Jahren unter dem designierten Präsidenten Mexikos Andrés Manuel López Obrador. Bei einer Verhandlung mit China müsse aber Artikel 32.10 des USMCA beachtet werden, der festlegt, dass die beiden anderen USMCA-Partnerländer informiert werden müssen, wenn ein dritter Partner Verhandlungen mit einem nicht-marktwirtschaftlichen Land aufnimmt. Die Partnerländer können sich dann gegebenenfalls zum Austritt aus USMCA entscheiden und ein bilaterales Abkommen anstreben. (cs)

A hundred years together | Germany and the U.S.

US-Pharmabranche weitet Produktion aus**Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTI)**

Der US-Pharmabranche geht es finanziell bestens. Dabei wächst der Verkauf rezeptfreier Medikamente überproportional und die Konzentration unter den Pharmaherstellern setzt sich fort. Der wertmäßige Produktionsausstoß der 1.700 inländischen Hersteller zog 2017 laut U.S. Census Bureau um 8,8 Prozent auf 268,5 Milliarden US\$ an und im ersten Halbjahr um 9,5 Prozent auf

Wirkstoffe, Dosierungsstärken und Indikationen von Rx
(verschreibungspflichtig) auf OTC umgestellt werden. Den
vollständigen Beitrag können Sie kostenfrei hier
herunterladen. (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the
Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and
Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

Received by NSD/FARA Registration Unit 02/28/2019 11:46:52 AM
For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com



Received by NSD/FARA Registration Unit 02/28/2019 11:46:52 AM

Washington News

Nr. 37 vom 25. Oktober 2018

- Diese Woche in Washington
- Weißes Haus treibt Deregulierung weiter an
- GLOBAL: USA und EU beginnen Handelsgespräche
- GLOBAL: Sanktionen gegen den Iran und Saudi-Arabien im Fokus
- GLOBAL: US-Handelspolitik betrifft Autoindustrie
- US-Kosmetikindustrie wächst dynamisch
- SPOTLIGHT STEUERN: Kritik an geplanter EU-Digitalsteuer
- DIGITAL: FCC ändert Regel zu Parzellgrößen für Lizenzen
- GLOBAL: Treffen zur Zukunft der WTO

Diese Woche in Washington

Das politische Geschehen ist stark durch den Wahlkampf zu den US-Zwischenwahlen am 6.11. geprägt. Im ganzen Land finden zahlreiche Wahlkampfveranstaltungen statt, zu denen auch Präsident Trump reist, um republikanische Kandidaten in umkämpften Bundesstaaten zu unterstützen.

Die *Tax Foundation*, die größte steuerpolitische Denkfabrik in Washington, DC, hat ihren jährlichen International Tax Competitiveness Index veröffentlicht. Aufgrund der US-Steuerreform im Jahr 2017 konnten die USA ihren Platz in dem Ranking, das die OECD-Mitgliedstaaten umfasst, von 28 auf 24 verbessern. Allerdings liegen sie nach wie vor hinter Deutschland, das auf Platz 16 gelistet wird.

Im Rahmen der Verhandlungen zum massiven Datenleck von Yahoo hat das Unternehmen mit den Geschädigten am Montag eine neue Einigung erreicht, im Rahmen derer es bis zu 85 Million US\$ an Kosten übernehmen würde – 50 Millionen für einen Erstattungsfonds und 35 Millionen für Anwaltskosten. Die Einigung muss noch von dem zuständigen Gericht in Kalifornien genehmigt werden.

Das zuständige US-Amt für Sanktionen (OFAC) gab zudem bekannt, dass es die Frist bis zum 12. Dezember für Investoren verlängert, um bestimmte Geschäfte, Schulden und Eigenkapital mit dem russischen Automobilsektor-Unternehmen Gaz Group zu veräußern. OFAC hatte im April dieses Jahres Sanktionen gegen den Oligarchen Oleg Deripaska und die Unternehmen wie z.B. Gaz verhängt, bei denen er ein Großaktionär ist. (fl/ch)

Weißes Haus treibt Deregulierung weiter an

Präsident Trump hat die Erfolge seiner Deregulierungsagenda vorgestellt. Im Haushaltsjahr 2018

Kurzmeldungen

SPOTLIGHT STEUERN: Kritik an geplanter EU- Digitalsteuer

Die führenden Republikaner und Demokraten im Finanzausschuss des Senats, Orrin Hatch (R-UT) und Ron Wyden (D-OR), haben einen Brief zur geplanten EU-Digitalsteuer an den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und den Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, geschickt. Darin fordern die Senatoren die EU auf, die vorgeschlagene Digitalsteuer aufzugeben. Stattdessen sollte die EU einen klaren Konsens mit anderen führenden Wirtschaftsnationen der

Milliarden US\$ für amerikanische Familien und Unternehmen eingespart, so die Übersicht. Nach Angaben des *Office of Information and Regulatory Affairs* (OIRA) habe die Administration für jede neue erlassene Vorschrift zwölf bestehende Vorschriften gestrichen. Interessengruppen wie *Public Citizen* oder *American Action Forum* merken an, dass sich die eingesparten 23 Milliarden US\$ auf einen unbefristeten Zeitraum beziehen. Eine realistischere Angabe der erzielten Einsparungen läge bei einem Jahreswert von rund 1,6 Milliarden US\$ für 2018. Kritisiert wird zudem, dass die von der Administration genannten Berechnungen den wirtschaftlichen Nutzen von Regularien ignorierten. Die Administration will mit ihrer Deregulierungsagenda zügig voranschreiten. In ihrer jetzt vorgestellten gemeinsamen Herbst-Agenda aller Ressorts heißt es, dass bis Frühjahr insgesamt 3534 regulatorische Maßnahmen ergriffen werden sollen. Nach Angaben des *George Washington University Regulatory Studies Center* hätten hiervon 174 wirtschaftliche Bedeutung. 257 Maßnahmen klassifiziere die Administration als regulatorisch, 671 als deregulatorisch und alle anderen als „sonstige“. (cs)

GLOBAL: USA und EU beginnen Handelsgespräche

Diese Woche treffen sich in Washington Unterhändler aus der EU und den USA, unter der Leitung des Generaldirektors für Handel Jean-Luc Demarty und des US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer, um Ziele eines möglichen transatlantischen Handelsabkommens zu besprechen. Die Gespräche begannen am Dienstag und laufen bis Freitag. Schwerpunktthemen der Diskussionen sind Regulierungszusammenarbeit sowie die Verbesserung des Marktzugangs durch die Abschaffung und Reduzierung von Zöllen und Handelshemmnissen. Eine Einigung zum Umfang der geplanten Handelsgespräche ist notwendig, damit die EU ein Verhandlungsmandat von den EU-Mitgliedstaaten beantragen kann. Auch der US-Handelsbeauftragte ist verpflichtet, seine detaillierteren Verhandlungsziele 30 Tage vor Beginn der Verhandlungen an den US-Kongress zu übermitteln. (kw)

GLOBAL: Sanktionen gegen den Iran und Saudi-Arabien im Fokus

Zwei Wochen vor der Wiedereinführung der Öl- und Finanzsanktionen gegen den Iran kündigte US-Finanzminister Steven Mnuchin an, dass es für Länder wesentlich schwieriger sein wird als zuvor, eine Ausnahme von den Öl-Sanktionen zu erhalten. Zwischen 2013 und 2015 mussten Länder ihre iranischen Ölimporte um rund 20 Prozent reduzieren, um eine Ausnahme zu erhalten. Des Weiteren erwähnte Mnuchin, dass das US-Finanzministerium mit dem in Belgien ansässigen Zahlungssystem SWIFT verhandele, um den Iran von SWIFT auszuschließen.

OIRA über neue digitale Besteuerungsmodelle erreichen. Laut der Senatoren diskriminiere der aktuelle Vorschlag US-Unternehmen und unterminierte das System der internationalen Steuerabkommen. Des Weiteren würde die Digitalsteuer ein wesentliches transatlantisches Handelshemmnis errichten, was im Widerspruch zu den neu gestarteten Verhandlungen zwischen den USA und der EU stünde. (ch)

DIGITAL: FCC ändert Regel zu Parzellgrößen für Lizenzen

Am 23.10. stimmte die FCC für eine neue Regelung zur Größe von Parzellen für Lizenzen zur Einrichtung von Wifi-Netzwerken. Während die Obama-Administration kleine Lizenzgebiete auf Basis von den Gebieten für die US Census-Befragung erlaubt hatte, die häufig nur wenige Häuserblocks umfassten, sollen zukünftig die Landkreise (*counties*) jeweils ein Lizenzgebiet darstellen. Dies solle mehr Äther für schnelle 5G-Netzwerke zur Verfügung stellen, so die FCC. (fl)

GLOBAL: Treffen zur Zukunft der WTO

Am 24. und 25.10. trafen sich die Handelsminister von 13 WTO-Mitgliedern in Ottawa, Kanada, um

Hierzu hat das US-Außenministerium Pompeo mit, dass die USA die Visa von einigen der Saudis widerrufen würden, die angeblich für den Tod des Journalisten Jamal Khashoggi verantwortlich gewesen seien. Er warnte, dass diese Strafmaßnahmen nicht die Letzten sind. Das US-Außenministerium arbeite mit dem US-Finanzministerium zusammen, um zu entscheiden, ob Sanktionen gegen Personen nach dem *Global Magnitsky Act* verhängt werden. Die Magnitsky-Untersuchung in diesem Fall wurde offiziell eingeleitet, nachdem eine parteiübergreifende Gruppe von Senatoren einen Brief an das Weiße Haus geschickt hatte. Ferner erwägt der Kongress, andere legislative Optionen, wie z.B. zusätzliche Sanktionsgesetze oder die Blockierung künftiger Waffenverkäufe an Saudi-Arabien. (ch)

Reformmöglichkeiten der WTO zu diskutieren. Der Fokus lag dabei auf dem Streitbeilegungsmechanismus und der Berufungsinstanz, die insbesondere von den USA wiederholt kritisiert wurde, aber auch die Aktualisierung von Handelsregeln stand auf der Tagesordnung. Die kanadische Regierung hatte zu dem Treffen weder die USA noch China eingeladen. (fl)

GLOBAL: US-Handelspolitik betrifft Autoindustrie

Bei einer Veranstaltung der konservativen Denkfabrik *Heritage Foundation* betonte der Senator und ehemalige US-Handelsbeauftragte Rob Portman (R-OH), dass es ein Fehler der Trump-Administration wäre, Zölle auf ausländische Autos und Autoteile aufgrund von nationalen Sicherheitsbedenken (Section 232) zu verhängen. Er warnte, dass solche Zölle den Preis eines Autos um 2000 US\$ erhöhen und zum Verlust von 624.000 amerikanischen Arbeitsplätzen führen könnten. Er hatte im Sommer einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Verwendung von Section 232 einschränken würde. Das Expertenpanel aus Interessenvertretern und Rechtsanwälten war sich einig, dass sich die derzeitige Handelspolitik bereits negativ auf Unternehmen, die Wirtschaft und Arbeitsplätze auswirke. In Bezug auf das aktualisierte NAFTA (USMCA) betonten Vertreter der Verbände, dass sie immer noch das gesamte Freihandelsabkommen evaluierten. Allerdings seien sie der Ansicht, dass einige Regeln im USMCA komplexer und schwerer zu erreichen sind als unter NAFTA, wie z.B. die verschärften Ursprungsregeln. Die US-Autoindustrie strebe an, weltweit wettbewerbsfähig zu sein. Zusätzliche Kosten aufgrund von Zöllen, dem Handelsstreit mit China oder USMCA würden das Gegenteil bewirken. (ch)



US-Kosmetikindustrie wächst dynamisch

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Der US-Kosmetikmarkt soll 2018 um rund 6 Prozent zulegen. Höhere Einkommen der Privathaushalte sowie ein steigendes Durchschnittsalter fördern diese Entwicklung. Der Kosmetikindustrie werden 850 Unternehmen mit zusammen knapp 64.000 Beschäftigten und einem Gesamtumsatz von 48 Milliarden US\$ zugeordnet. Knapp 18 Milliarden US\$ davon entfallen auf hochpreisige Kosmetika. Hoovers gehen für 2018 im Branchendurchschnitt von einem wertmäßigen Marktwachstum von 5,9 Prozent und für 2019 von 5,5 Prozent aus. Den vollständigen Beitrag können Sie hier kostenfrei herunterladen. (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com**

Washington News

Nr. 38 vom 1. November 2018

- Diese Woche in Washington
- Infrastruktur als Wahlkampfthema der Mid-terms
- GLOBAL: Präsidenten Trump und Xi diskutieren über Handel
- GLOBAL: USA sehen WTO nicht als Forum für Stahl- und Aluminiumzölle
- Autohersteller in den USA kritisieren Änderungen von Emissionsvorschriften
- Deutsche Maschineneexporte in die USA steigen an
- SPOTLIGHT STEUERN: Wachsender US-Widerstand gegen geplante EU-Digitalsteuer
- GLOBAL: USA schränken zollfreien Marktzugang unter GSP ein
- Autohersteller fordert Programm für Elektrofahrzeuge

Diese Woche in Washington

Mit Blick auf die Zwischenwahlen am 6. November konzentrieren sich die Republikaner und Demokraten intensiv auf den Wahlkampf. Den jüngsten Umfragen zufolge bleibt es weiterhin unklar, welche Partei die Mehrheit im Repräsentantenhaus und Senat gewinnen wird. In den letzten Tagen sind führende Politiker – wie z.B. Präsident Trump und der ehemalige Präsident Obama – durch das ganze Land gereist, um sich für die Kandidaten in den Wahlkreisen und Bundesstaaten einzusetzen. Bei dieser Wahl wird eine Rekordzahl von 5,2 Milliarden US\$ für den Wahlkampf ausgegeben.

Nach Angaben des US-Handelsministeriums verlangsamte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 4,2% im zweiten Quartal auf 3,5% im dritten Quartal. Allerdings sind die letzten zwei Quartale die schnellsten sechs Monate des Wirtschaftswachstums seit vier Jahren. Ferner zeigen aktuelle Daten des US-Arbeitsministeriums, dass der durchschnittliche US-Arbeitnehmer eine Lohnerhöhung von 2,9% zwischen September 2017 und September 2018 erhielt, was den größten Anstieg seit 10 Jahren darstellt.

Die in Washington, DC, ansässige Nichtregierungsorganisation *Freedom House* veröffentlichte am 1.11. ihren jährlichen *Freedom on the Net-Bericht*. Dabei kritisierte sie, die Freiheit im Internet habe ab-, falsche Informationen, die Speicherung von persönlichen Daten und Propaganda dagegen zugenommen.

Ebenfalls am 1.11. veröffentlichte der *US Attorney General* eine China-Initiative zur Bekämpfung der Bedrohungen für die nationale Sicherheit der USA durch China. Ziel sei unter anderem, den Diebstahl von Betriebsgeheimnissen und Beeinträchtigungen der akademischen Freiheit zu bekämpfen und andere Maßnahmen der US-Administration, wie das verschärfte Investitionsscreening, angemessen umzusetzen. (ch/fl)

Kurzmeldungen

SPOTLIGHT STEUERN: Wachsender US- Widerstand gegen geplante EU- Digitalsteuer

Der aktuelle Vorschlag für eine EU-Digitalsteuer wird in Washington weiterhin kritisch gesehen. Ende letzter Woche warnte US-Finanzminister Steven Mnuchin vor unfairen und einseitigen Maßnahmen. Laut der US Chamber of Commerce würde den Plan große amerikanische Technologieunternehmen diskriminieren und die multilateralen Bemühungen um ein breites internationales Abkommen unterminieren. Außerdem bezeichnete der Vorsitzende des *Ways and*

Infrastruktur als Wahlkampfthema der Mid-terms

Kurz vor den Zwischenwahlen am 6. November wird die Notwendigkeit, die Infrastruktur des Landes zu modernisieren, im Wahlkampf erneut thematisiert. Infrastruktur werde bedauerlicherweise zu stark von den gesetzten Themen wie Zuwanderung, Gesundheitsreform und Handel überschattet, so der Abgeordnete im US-Repräsentantenhaus Dan David (R-PA). In Gesprächen mit Wählern und Unternehmen sei Infrastruktur aber immer wieder ein konkretes Anliegen. Der Abgeordnete Earl Blumenauer (D-OR, Mitglied des Ways and Means- Ausschusses) zeigte sich auf Wahlkampfveranstaltungen optimistisch, dass ein mehrheitlich republikanischer Senat einen Gesetzentwurf der Demokraten aus dem Repräsentantenhaus zur Infrastrukturfinanzierung unterstützen würde. Der Abgeordnete Mike Kelly (R-PA) betonte, auch die Republikaner würden sich 2019 für ein umfassendes Infrastrukturpaket einsetzen. Nach wie vor bleibt unklar, wie die Erneuerung der Infrastruktur finanziert werden soll. Vorschläge Blumenauers umfassen unter anderem Nutzungsgebühren für Bundesstraßen (*highways*), die Einrichtung einer nationalen Infrastrukturbank oder ein Kapitalbudget des Bundes. Eine Erhöhung der Benzinsteuern, die seit 1993 bei 18,4 US-Cent pro Gallone liegt (dies entspricht zirka 4 Euro-Cent pro Liter), sei nur bedingt hilfreich. Hierfür seien die meisten Fahrzeuge heutzutage zu kraftstoffsparend, so Blumenauer. Zielführender sei es, die zurückgelegten Meilen eines Fahrzeuges zu besteuern (*vehicle miles traveled – VMT*). (cs)

GLOBAL: Präsidenten Trump und Xi diskutieren über Handel

Am 1. November tauschte sich Präsident Trump mit dem chinesischen Präsident Xi telefonisch zu verschiedenen Themen aus; sie bestätigten ihre Absicht, im Rahmen des G-20-Treffens in Buenos Aires auch persönliche bilaterale Gespräche zu führen. Präsident Trump lobte den Austausch per Telefon als umfassend und sehr gut und bestätigte, dass der Schwerpunkt auf Handelspolitik gelegen habe. Zuvor hatten beide Seiten bekräftigt, dass konkrete Verhandlungen zwischen den USA und China nicht stattfinden bis China konkrete Vorschläge unterbreite, wie der US-Kritik zu verschiedenen chinesischen Praktiken, wie z.B. erzwungenem Technologietransfer, Rechnung getragen werden könne. Am Dienstag ist darüber hinaus die Frist für Anträge auf Produktausnahmen von den sog. Section 301-Zöllen in Höhe von 25% auf chinesische Produkte im Wert von 34 Mrd. US\$ abgelaufen (2. Runde an Section 301-Zöllen). US-Wirtschaftsbeteiligte haben knapp 7.000 Anträge auf Ausnahmen eingereicht. Wann die ersten Bescheide zu den Anträgen versandt werden, ist noch unklar. Für die 3. Runde an Section 301-Zöllen auf Produkte im Wert von 200 Mrd. US\$ sollen die Unternehmen bis zum 1. Dezember 2019

Maßnahmen im Repräsentantenhaus Kevin Brady (R-TX) sowohl die EU- als auch die britischen Vorschläge als beunruhigend. Falls solche Pläne voranschreiten, würden die USA zeitnah ihren eigenen steuerlichen und regulatorischen Ansatz überprüfen. (ch)

GLOBAL: USA schränken zollfreien Marktzugang unter GSP ein

Am 30. Oktober veröffentlichte das Weiße Haus eine Proklamation, durch die der zollfreie Marktzugang für Entwicklungsländer unter dem Allgemeinen Präferenzsystem (*generalized system of preferences, GSP*), eingeschränkt wird. Die Liste der betroffenen Produkte wurde hier veröffentlicht.

Autohersteller fordert Programm für Elektrofahrzeuge

Der US-amerikanische Autohersteller General Motors hat der Administration vorgeschlagen, ein *National Zero Emission Vehicle*-Programm zu initiieren. Das Programm sollte nach den Bemühungen Kaliforniens in diesem Bereich modelliert werden und einen bestimmten Prozentsatz abgasfreier Autos vorschreiben. Bis 2030 könnten so sieben Millionen Elektrofahrzeuge in den USA unterwegs sein.

GLOBAL: USA sehen WTO nicht als Forum für Stahl- und Aluminiumzölle



Die USA haben diese Woche bekräftigt, dass die von China, der EU, Kanada, Mexiko, Norwegen, Russland, und der Türkei bei der WTO vorgebrachten Beschwerden zu den US-Zöllen auf Stahl und Aluminium ihrer Meinung nach nicht in der Zuständigkeit der WTO lägen. Es wäre ein Eingriff in die Souveränität der WTO-Mitglieder, wenn die WTO bestimme, welche Maßnahmen im Interesse der nationalen Sicherheit eines Mitglieds seien oder nicht. Die USA hatten die neuen Zölle damit begründet, die Importe gefährdeten die nationale Sicherheit und sich dabei auf die einschlägige Ausnahme im WTO-Recht gestützt. Die anderen WTO-Mitglieder dagegen argumentieren, die Zölle seien de facto Schutzmaßnahmen und fechten sie daher auf Basis des *WTO Safeguard Agreements* an.

Die EU, Kanada, China, und Mexiko haben wiederum vorläufig von den USA beantragte Streitbeilegungen blockiert, die die Vergeltungszölle auf US-Produkte betreffen. Die USA kritisierten, dass die WTO-Mitglieder einerseits das Verhalten der USA als nicht WTO-konform darstellen, andererseits aber selbst nicht WTO-konforme Gegenmaßnahmen einführen und den regulären Streitbeilegungsprozess behinderten. (KW)

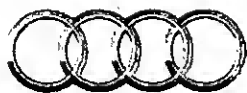
Autohersteller in den USA kritisieren Änderungen von Emissionsvorschriften

Autohersteller haben eine Reihe von Kommentaren bei der US-Umweltschutzbehörde (EPA) und dem Verkehrsministerium (DOT) zu vorgeschlagenen Änderungen von Emissionsvorschriften eingereicht. EPA und DOT hatten im Juli angekündigt, die unter dem ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama eingeführten Autoemissionsregeln ändern zu wollen. Ziel dieses Vorschlags (*Safer Affordable Fuel Efficient Vehicles Rule*) sei es, die Abgasgrenzwerte konstant zu halten (anstatt sie wie geplant zu verschärfen) sowie andere Effizienz- und Umweltregeln abzuschwächen.

Während Autohersteller die Anforderungen der Obamas-Administration kritisiert hatten, bewerten sie die nun vorgeschlagene Rücknahme dieser Regeln in ihren Kommentaren als unnötig. Bedenken zum neuen Vorschlag liegen vor allem im Elektrofahrzeugbereich. Schwächere Regelungen zu Abgasgrenzwerten und die Abschaffungen von Anreizen für Forschung und Entwicklung in der Elektrotechnologie gefährdeten zukünftige Pläne für den Einsatz von Elektrofahrzeugen. Auch deutsche Autounternehmen und die *Association of Global Automakers* haben sich an der Konsultation beteiligt. Die EPA und DOT müssen die Kommentare prüfen, bevor sie neue Regelungen einführen. (KW)

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die USA bleiben der bedeutendste Auslandsmarkt für den deutschen Maschinenbau. Wichtige Abnehmer investieren 2018 dank guter Konjunkturlage kräftig. Deutsche Maschinenhersteller finden in den USA einen großen Absatzmarkt mit zahlungskräftigen Industriekunden vor. Daran wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Zumal Maschinenbauerzeugnisse in der laufenden Diskussion um US-Strafzölle komplett außen vorgelassen wurden. Bei einem prognostizierten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von knapp 3 Prozent und einem Anstieg der Investitionen von 7 Prozent im Jahr 2018 befindet sich die Kapitalgüternachfrage auf einem hohen Niveau. Den vollständigen Beitrag können Sie [hier](#) kostenfrei herunterladen. (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Freyä Lemcke

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

Washington News

Nr. 39 vom 8. November 2018

- Diese Woche in Washington
- Demokraten gewinnen Mehrheit im Repräsentantenhaus
- Spotlight NAFTA
- GLOBAL: Lateinamerika auf dem Radar der Trump-Administration
- GLOBAL: Iran-Sanktionen treten wieder in Kraft
- Deutsche Autobauer holen bei E-Fahrzeugen in den USA rasch auf
- GLOBAL: ITC: Ausländische Aluminiumdrähte und Edelstahlfässer schädigen US-Industrie
- Zölle treiben Versicherungsprämien in die Höhe
- GLOBAL: Negative Auswirkungen auf Schwellenländer durch Handelskonflikte

Diese Woche in Washington

Die Zwischenwahlen haben landesweit das mediale Interesse bestimmt. Im Nachgang zu den *midterms* ist es für amtierende US-Präsident nicht unüblich, ihr Kabinett umzugestalten und Posten führender Mitarbeiter (*senior staff*) neu zu besetzen. So ist US-Justizminister Jeff Session seit Mittwoch schon nicht mehr im Amt. Bis seine Nachfolge geregelt ist, wird Sessions bisheriger Stabschef Matthew Whitaker das Amt ausüben. Vermehrt hört man, dass auch Wechsel bei den Posten von Innenminister Ryan Zinke und eventuell Wirtschaftsminister Wilbur Ross anstehen könnten.

Die Interessengruppe *Tariffs Hurt the Heartland* hat errechnet, dass amerikanische Unternehmen allein im September 4,4 Milliarden US\$ an Zöllen bezahlt hätten. Dies bedeute eine 50-prozentige Steigerung im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres. Für die Erhöhung seien insbesondere die neuen Zölle in Höhe von 1,4 Milliarden US\$ auf importierte Güter aus China sowie auf ausländischen Stahl und ausländisches Aluminium verantwortlich. Allein die Stahl- und Aluminiumzölle hätten US-amerikanischen Unternehmen in diesem September 545 Millionen US\$ gekostet. Der Wortführer der Interessengruppe ist Charles Boustany, der von 2005 bis Januar 2017 als republikanischer Abgeordneter im US-Repräsentantenhaus Louisiana vertreten hat.

Die Administration hat angekündigt, dass Russland in den vergangenen 90 Tagen die gesetzlichen Voraussetzungen des Gesetzes zur Kontrolle chemischer und biologischer Waffen nicht erfüllt hat. Nun muss Präsident Trump nach Konsultationen mit dem Kongress entscheiden, welche Sanktionsmaßnahmen verhängt werden sollen. Es ist derzeit unklar, wann er diese Entscheidung treffen wird. (cs/ch)

Kurzmeldungen

GLOBAL: ITC:
Ausländische
Aluminiumdrähte und
Edelstahlfässer
schädigen US-
Industrie

Die *US International Trade Commission* (ITC) hat am Freitag festgestellt, dass die Importe von Aluminiumdrähten und -kabeln aus China die US-Industrie materiell schädigen. Diese Importe seien von der chinesischen Regierung subventioniert und somit unfair. Die ITC hat weiterhin bestimmt, dass auch Importe von Edelstahlfässern aus China, Deutschland und Mexiko die US-Industrie gefährdeten. Als nächstes wird nun das US-Wirtschaftsministerium (DOC) Untersuchungen zu *Antidumping* und

Demokraten gewinnen Mehrheit im Repräsentantenhaus

Bei den Zwischenwahlen am Dienstag, 6. November, haben sich die Demokraten eine knappe Mehrheit im US-Repräsentantenhaus gesichert. Der US-Senat bleibt weiter in republikanischer Hand. Eine von den Demokraten erhoffte *blue wave* ist ausgeblieben. Mit den endgültigen Ergebnissen ist aufgrund verschiedener lokaler Auszählungsprozedere und Stichwahlen erst in einigen Wochen zu rechnen. Mit unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen in beiden Kammern des US-Kongresses besteht die Hoffnung, dass sich Washington in den kommenden zwei Jahren stärker auf überparteiliche Themen konzentrieren wird, zum Beispiel auf ein Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen. Mit ihrer Mehrheit im Repräsentantenhaus stehen den Demokraten die Vorseitze aller Ausschüsse zu. Dies gäbe ihnen die Möglichkeit, Untersuchungen gegen Präsident Trump einzuleiten, z.B. zur Einsichtnahme und Veröffentlichung seiner bislang unter Verschluss gehaltenen Steuererklärungen.

Die Wahlkämpfe im Vorfeld der *midterms* waren weniger von den für die deutsche Industrie wichtigen wirtschaftspolitischen Themen wie Sanktionen oder Handelspolitik bestimmt, als vielmehr von den die Wähler direkt betreffenden Themen Gesundheitsreform, Jobs und Zuwanderung.

Nach den Zwischenwahlen kommt der weiterhin bestehende 115. Kongress am 13. November in Washington wieder zusammen, um die gesetzten Prioritäten der legislativen Agenda abzuarbeiten. Der neue, 116. Kongress wird voraussichtlich am 3. Januar 2019 erstmals zusammenkommen. (cs/ch)

Spotlight NAFTA

Bei fortlaufenden Prüfungen des Vertragstextes für ein aktualisiertes Handelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko (USMCA) melden sich immer mehr Stakeholder mit ihren Einschätzungen zu Wort. Die offiziellen Beratergremien der US-Administration haben ihre ursprünglichen Einschätzungen zum bilateralen US-Mexiko-Deal nun durch Addenda zum trilateralen USMCA-Texts ergänzt. Darin bekräftigen sie ihre grundsätzliche Unterstützung für eine trilaterale Aktualisierung des Abkommens, kritisieren aber auch einige Vorschriften. Das Industrieberatergremium für Fahrzeugteile und Anlagegüter unterstrich zum Beispiel seine Bedenken zu US-Zöllen auf Stahl und Aluminium sowie potenziellen Autozöllen, wies auf Mehrkosten durch striktere Ursprungsregeln bei Automobilen hin und kritisiert die Zurücknahme von Verpflichtungen im Bereich Investitionsschutz und öffentlicher Beschaffung.

Ähnlich äußert sich die *US Chamber of Commerce* in ihrem schriftlichen Beitrag im Vorfeld der Anhörung der *US International Trade Commission (ITC)* zum Abkommen, die am

fortsetzen. Mit betreffenden Bestimmungen des DOC wird frühestens am 14. Dezember dieses Jahres gerechnet. (kw)

Zölle treiben Versicherungsprämien in die Höhe

Seitens der US-Versicherungsindustrie heißt es, dass die eingeführten Zölle auf Stahl, Aluminium und Waren aus China die Kosten für Kfz-Versicherungen in den USA deutlich erhöhen könnten. Zunehmende Kosten für Autohersteller durch höhere Importzölle machten das Endprodukt in seinem zu versichernden Wert teurer. Diese Kosten müsste an die Kunden weitergegeben werden. Eine potenzielle Einführung von Section 232-Zöllen auf Autoimporte von 25% könnte zu noch höheren Prämien führen. (kw)

GLOBAL: Negative Auswirkungen auf Schwellenländer durch Handelskonflikte

Die Chefs der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderer globaler Finanzinstitutionen haben vor den negativen Auswirkungen gewarnt, sollte sich der Handelskonflikt zwischen den USA und China weiter verstärken.

Punkten kritisiert sie auch die Einführung einer Befristung des Abkommens sowie mögliche Änderungen am *de minimis*-Level. Der Gewerkschaftsverband AFL-CIO wollte keine abschließende Bewertung abgeben und betonte, die Arbeitsbestimmungen müssten auch durchsetzbar sein und die ITC solle die Verlagerung von Arbeitsplätzen stärker in den Folgenabschätzungen berücksichtigen. (fi)

GLOBAL: Lateinamerika auf dem Radar der Trump-Administration

Im Rahmen eines Fernsehinterviews gab Präsident Trump nach einem Telefonat mit dem zukünftigen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro an, er könne sich ein Handelsabkommen mit Brasilien vorstellen. Brasilien sei eher hart zu den USA gewesen und habe hohe Zölle, dies könne man ausgleichen.

Derweil wollen die USA und Ecuador ihren bilateralen Trade and Investment Council (TIC) wiederbeleben, der letztmals 2009 zusammenkam. Laut des US-Handelsbeauftragten (USTR) befinde man sich hierzu mit Ecuador in entsprechenden Vorbereitungen. Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern beträgt 11,2 Milliarden US\$, wovon 4,8 Milliarden US\$ auf US-Exporte nach Ecuador entfallen. Für die USA ist Ecuador der 42-größte Handelspartner. In ihrem Jahresbericht 2018 hat die *Economic Commission for Latin America and the Caribbean* (ECLAC) Ecuador an zweiter Stelle direkt hinter China bei IP-Restriktionen eingestuft. Der USTR hat Ecuador in seinem jüngsten *Special 301*-Bericht bei Fragen zum geistigen Eigentum auf die Beobachtungsliste gesetzt. (cs/ fi)

GLOBAL: Iran-Sanktionen treten wieder in Kraft

Wie erwartet hat die Trump-Administration die nächste Runde der Sanktionen gegen den Iran im Finanz-, Transport- und Energiesektor wieder in Kraft gesetzt. Am Montag hat das US-Finanzministerium mehr als 700 Einzelpersonen, Unternehmen (einschließlich Banken) sowie Flug- und Schifffahrtsgesellschaften der Sanktionsliste hinzugefügt. In einer gemeinsamen Pressekonferenz betonten Außenminister Mike Pompeo und Finanzminister Steven Mnuchin, dass die US-Administration den Iran stark unter Druck setzen wolle, um die iranische Regierung zum Umdenken hinsichtlich ihrer böswilligen Aktivitäten zu bewegen. Die Minister drohten jeder Person, jedem Unternehmen und jedem Land mit harten Konsequenzen, sollten sie weiterhin Geschäfte mit dem Iran betreiben.

Kurz danach teilte die *Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication* (SWIFT) mit, dass sie die Sanktionen im Interesse der Stabilität und Integrität des globalen Finanzsystems einhalten werde. Daher würde SWIFT den Zugang bestimmter iranischer Banken auf ihr Zahlungsverkehrssystem sperren. Bisher hatte SWIFT die Banken nicht genannt.

In Bezug auf den Energiesektor erhielten acht Länder befristete Ausnahmen von den Ölsanktionen (China,

Indonesien und Schweden) und seien vom Trend zum Protektionismus betroffen und sähen sich in Folge dessen mit höherer Arbeitslosigkeit konfrontiert. Die Welthandelsorganisation (WTO) müsse ihre Bemühungen intensivieren. Gleichzeitig hat die Weltbankgruppe ihren jüngsten Doing Business Report vorgestellt. (cs)



Gleichzeitig sind die USA, Japan, Südkorea, Taiwan und die Türkei). Präsident Trump habe diese Ausnahmen genehmigt, um eine Erhöhung der globalen Ölpreise zu vermeiden. Außenminister Pompeo zufolge haben bisher mehr als 20 Länder ihre iranischen Ölimporte eingestellt. Der Iran habe so bereits mehr als 2,5 Milliarden US\$ an Umsätzen im Ölgeschäft verloren. (ch)

Deutsche Autobauer holen bei E-Fahrzeugen in den USA rasch auf

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Volkswagen und Mercedes investieren in den USA in die Fertigung von Fahrzeugen mit Elektroantrieben. So wird VW im Montagewerk am Standort Chattanooga (Tennessee) die beiden Elektromodelle ID Crozz (ab 2020) und ID Buzz (ab 2022) vom Band laufen lassen. Jedoch wird spekuliert, dass beide Modelle, wie in früheren Modellreihen auch, für den US-Markt speziell angepasst, sprich verlängert oder verbreitert werden. Spätestens ab 2025 sollen sogar Porsches mit Elektroantrieben aus Chattanooga lieferbar sein. Den vollständigen Beitrag können Sie hier kostenfrei herunterladen. (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News

und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

Washington News

Nr. 40 vom 15. November 2018

- Diese Woche in Washington
- Ausbildungspreis 2018 der AHK USA geht an Brose und Wittenstein
- GLOBAL: EU-Handelskommissarin in Washington
- ENERGIE: US-Energieminister wirbt in Europa für Energiesicherheit
- Ballots auf einzelstaatlicher Ebene
- Branche kompakt: Chemieindustrie boomt in den USA
- In eigener Sache: Thanksgiving
- Wirtschaftliche Sicherheit als nationale Sicherheit
- GLOBAL: Honda verlagert Teil seiner US-Produktion nach China

Diese Woche in Washington

Nach den Zwischenwahlen ist der noch bis Anfang Januar bestehende 115. US-Kongress erneut in Washington zusammengekommen. Die Republikaner werden im Repräsentantenhaus ab Januar nicht mehr die Mehrheit stellen. Schon jetzt haben sie Kevin McCarthy (R-CA) zu ihrem Minderheitenführer gewählt, der den jetzigen Mehrheitsführer Paul Ryan (R-WI) ablöst. Jim Jordan (R-OH) konnte sich gegen McCarthy nicht durchsetzen. Im Senat bleiben Mitch McConnell (R-KY) und Chuck Schumer (D-NY) Mehrheits- bzw. Minderheitenführer. Die Wahl zum Sprecher und Mehrheitsführer des Repräsentantenhauses wollen die Demokraten Ende des Monats abhalten.

US-Präsident Donald Trump hat unterdessen angekündigt, die Republikanerin Neomi Rao für den Richterposten am *D.C. Circuit Court of Appeals* zu nominieren. Den Posten hatte zuvor Brett Kavanaugh inne, der zum Obersten Gerichtshof gewechselt ist. Rao leitet derzeit das *Office of Information and Regulatory Affairs* im Weißen Haus.

Die *EV Drive Coalition* setzt sich beim Kongress dafür ein, nicht nur den Steuerfreibetrag von 7500 US\$ für Käufer eines Elektrofahrzeugs beizubehalten, sondern auch die Obergrenze für den Freibetrag von 200.000 verkauften E-Fahrzeugen pro Hersteller aufzuheben. Während der Senator Dean Heller (R-NV) die Initiative unterstützt, spricht sich eine Gruppe um den Senator John Barrasso (R-WY) aus Kostengründen dagegen aus. (cs)

Ausbildungspreis 2018 der AHK USA geht an Brose und Wittenstein

Am 14. November richteten die AHK USA und RGIT in Washington, DC die Verleihung des diesjährigen

Kurzmeldungen

In eigener Sache: Thanksgiving

Liebe Leserinnen und Leser!

Die nächste Ausgabe der *Washington News* (Nr. 41) erscheint am 29. November 2018. Unser Büro bleibt am kommenden Donnerstag (22.11.) anlässlich des amerikanischen Feiertags *Thanksgiving* geschlossen. (cs)



Wirtschaftliche Sicherheit als nationale Sicherheit

Peter Navarro, Leiter des *Office of Trade and Manufacturing Policy* im Weißen Haus, erläuterte in einer Rede bei der Washingtoner

North America, Inc. und WITTENSTEIN Holding Corp. für ihr Engagement bei der Implementierung hochwertiger und erfolgreicher Ausbildungsprogramme nach deutschem Vorbild in den USA. Mit ihren Programmen tragen sie zur Ausbildung qualifizierter Fachkräfte bei und bieten somit jenseits der klassischen *College*-Ausbildung berufliche Perspektiven. Beide Programme wurden von den AHK USA unterstützt und zertifiziert. Im Rahmen der WunderbarTogether-Initiative, die bis Ende nächsten Jahres die deutsch-amerikanische Freundschaft zelebriert, bauen die AHK-USA ihre Ausbildungsprogramme weiter aus.

Hauptrednerin bei der Preisverleihung war Dr. Emily Haber, die deutsche Botschafterin in den USA; während einer Podiumsdiskussion tauschten sich Dr. Achim Dercks, stellvertretender DIHK-Hauptgeschäftsführer, James Foti, *U.S. Department of Labor*, und Nicole Heimann, *Director Skills Initiative* der AHK USA Süd, mit Auszubildenden der ausgezeichneten Unternehmen zu den Vorteilen von dualen Berufsbildungsprogrammen und zur deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit in diesem Kontext aus. Die Veranstaltung war Teil der National Apprenticeship Week in den USA. Während dieser Woche werben Stakeholder im ganzen Land für alternative Ausbildungswege und insbesondere für konkrete duale Berufsbildungsprogramme. (fl)



© WunderbarTogether

GLOBAL: EU-Handelskommissarin in Washington

Im Rahmen ihres Besuchs in Washington, D.C., legte EU-Handelskommissarin Malmström beim *German Marshall Fund* (GMF) ihre Prioritäten für eine Rettung der WTO dar. Das Welthandelssystem sei in Gefahr, weil sich die Welt grundlegend verändert habe. Man müsse das Streitbeilegungssystem retten, da Regeln ohne Durchsetzungsmöglichkeiten nichts bewirken könnten. Auch seien die Regeln von 1995 nicht immer zeitgemäß und müssten angepasst werden. Außerdem sei es an der Zeit, die Prozesse der WTO zu ändern. Sie appellierte zudem an alle Partner, sich gemeinsam für das System einzusetzen.

Insgesondere die EU und die USA sollten zusammenarbeiten.

Derksfabrik CSIS das Leitprinzip der Trump-Administration, wonach sich wirtschaftliche Sicherheit und nationale Sicherheit bedingen. Steigenden Investitionen im US-Markt und die Schaffung gut bezahlter Arbeitsplätze seien die direkte Folge der Steuerreform, der Deregulierungsagenda sowie der Energie- und Handelspolitik. Mit der Stärkung der US-Wirtschaft gehe so automatisch die Stärkung der nationalen Sicherheit des Landes einher. Da dieser wirtschaftspolitische Ansatz bisher nur positive Ergebnisse hervorgebracht hätte, werde die Administration ihre Taktik auch zukünftig nicht ändern. Verhandlungsstil und -rhetorik der Administration – insbesondere in der Handelspolitik – täten der Sache keinen Abbruch. (ch)

GLOBAL: Honda verlagert Teil seiner US-Produktion nach China

Der japanische Autohersteller Honda hat damit begonnen, sein bislang in den USA hergestelltes Midsize-SUV Acura RDX in China zu produzieren und nicht mehr aus den USA zu exportieren. Laut Honda habe man sich hierzu entschieden, um in China die dortige Nachfrage besser bedienen zu können. Ferner sei das Argument der Kostenwettbewerbsfähigkeit

Ferner traf sich Malmström mit dem US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer, um die Fortschritte der *US-EU Executive Working Group* zu besprechen. Die Arbeitsgruppe hat zum Ziel, die Rahmenbedingungen und Bereiche für Kooperationen im Handelsbereich zu definieren. Laut Medien sprachen Malmström und Lighthizer nicht über mögliche *Section 232*-Zölle auf Autoimporte. Malmström äußerte jedoch im Rahmen ihres Besuchs, dass sie davon ausginge, dass die EU im Sinne der Absprache zwischen den Präsidenten Trump und Juncker von den Zöllen ausgenommen sei, sollten die USA sie einführen. Andernfalls sei die EU bereit, US-Produkte mit Vergeltungszöllen zu belegen.

Unterdessen hat US-Präsident Donald Trump am Dienstag die vorläufigen Bewertungen der noch laufenden *Section 232*-Untersuchung bezüglich Autoimporten mit Beratern besprochen, aber noch keine Entscheidung getroffen. Das US-Wirtschaftsministerium hat noch bis Februar Zeit, dem Präsidenten seinen Bericht zu dem Thema sowie eine offizielle Handlungsempfehlung vorzulegen. (fl/kw)

1946-52 schon gewesen. Die Produktionsverlagerung des Modells habe man bereits vor Juli dieses Jahres in Erwägung gezogen, bevor Washington und Peking Importzölle auf Güter des jeweils anderen Landes erhoben haben. Aus den USA nach China exportierte Fahrzeuge werden derzeit mit 40-prozentigen Zöllen belegt. (cs)

ENERGIE: US-Energieminister wirbt in Europa für Energiesicherheit

US-Energieminister Rick Perry ist nach Polen, Ungarn, in die Ukraine und die Tschechische Republik gereist, um in Mittel- und Osteuropa die strategischen Partnerschaften der USA im Energiebereich auszubauen. Während seiner Besuche standen eine Vielzahl an energierelevanten Themen auf der Tagesordnung, unter anderem Kernenergie, Cybersicherheit sowie Export von Kohle und Flüssigerdgas (LNG).

Perry betonte die Sichtweise der USA, dass Energiesicherheit ein wesentlicher Bestandteil der nationalen Sicherheit sei. Er warnte davor, dass Europa für seinen Energiebedarf von einem einzigen Lieferanten – hauptsächlich Russland – abhängig sei. Er forderte Europa auf, seine Energiequellen, seine Lieferländer und Transportwege zu diversifizieren. Die Trump-Administration stelle sich daher gegen die Nord Stream 2 und TurkStream Pipelines, mit denen Russland Erdgas nach Europa liefern wird. Ob die US-Regierung Sanktionen gegen die beteiligten Unternehmen verhängen wird, ließ er offen. Perry warb für die USA als Energielieferant und Alternative zu Russland. Er nahm an der Unterzeichnung eines Vertrags zwischen dem US-Unternehmen *Cheniere Energy* und dem polnischen Unternehmen *PGNiG* zur Lieferung von LNG aus den USA nach Polen teil. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 24 Jahren. (ch)



Ballots auf einzelstaatlicher Ebene

Mit den Zwischenwahlen 2018 wurde nicht nur das US-Repräsentantenhaus und ein Drittel des US-Senats neu gewählt. In 37 Bundesstaaten wurde auch über 155 Initiativen abgestimmt (*ballots*). Hiervon wurden 115 von den Wählern mehrheitlich angenommen.

Thematisch befassten sich mehrere dieser *ballots* mit Fragen zum Wahlwesen auf einzelstaatlicher Ebene, zum Beispiel Zugang zu Wahlbüros, Aufteilung der Wahlbezirke, Wahlvoraussetzungen und Wahlkampfspenden. Weitere bestimmende Themen waren die Legalisierung von

Marktwahl und die Begrenzung der Gesundheitskosten. Auch das Gesundheitswesen stand im Fokus, insbesondere ob und wie der Zugang zu Gesundheitsleistungen erweitert werden kann und ob Schwangerschaftsabbrüche mit öffentlichen Mitteln gefördert werden sollen. Auch die *ballots* auf einzelstaatlicher Ebene werden oft mit Millionenbeträgen von Befürwortern und Gegnern unterstützt. In Kalifornien konnten die Befürworter der *Proposition 8: Limits on Dialysis Clinics' Revenue and Requirement Refunds* 18,9 Millionen US\$ einsammeln. Gegner der Initiative brachten es auf 111 Millionen US\$. Somit wurde diese *ballot* hinsichtlich aufgebracht Wahlkampfmittel zur teuersten des Jahres 2018. (cs)

Branche kompakt: Chemieindustrie boomt in den USA

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

In der US-Chemieindustrie wird die Petrochemie 2018 die noch führende Agrarchemie als Wachstumstreiber ablösen. Die Steuerreform Ende 2017 hat der Chemiebranche starke finanzielle Impulse verliehen. Den vollständigen Beitrag können Sie nach kurzer Registrierung [hier](#) kostenfrei herunterladen. (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

ausgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com



Washington News

Nr. 41 vom 29. November 2018

- Diese Woche in Washington
- GLOBAL: Trump kritisiert China und EU
- SPOTLIGHT STEUERN: Neues Gesetzespaket im Repräsentantenhaus
- US-Administration veröffentlicht das Fourth National Climate Assessment
- Befragung zu deutsch-amerikanischen Beziehungen
- US-Markt für Batterien und Akkus tankt Energie
- Weitere Guideline zur US-Steuerreform veröffentlicht
- ENERGIE: Parteiübergreifender Gesetzentwurf zu CO2-Steuer
- GLOBAL: US-Wirtschaft gegen Stahl- und Aluminiumzölle für NAFTA-Partner
- GLOBAL: Multilaterale Initiativen sollen USA nutzen

Diese Woche in Washington

Am 28.11. stimmte eine große Mehrheit (203 zu 32 Stimmen) der Demokraten im Repräsentantenhaus für Nancy Pelosi (D-CA) als neue Sprecherin des Repräsentantenhauses. Es gab keine Gegenkandidatur, doch einige der neuen demokratischen Abgeordneten hatten sich gegen Pelosi ausgesprochen, die im Januar bereits ihre 17.

Legislaturperiode im Kongress antritt und von 2007 bis 2011 schon einmal Sprecherin war. Es sei Zeit für einen Wechsel in der Parteiführung, so die Kritiker. Im Januar muss das gesamte Haus über ihre Wahl zur Sprecherin abstimmen und sie braucht mindestens 218 Stimmen für eine Ernennung. Mit Unterstützung von den Republikanern ist nicht zu rechnen; somit ist es notwendig, dass sie bis dahin noch einen Großteil der bisher skeptischen Demokraten von sich überzeugt.

Am 27.11. veröffentlichte US-Außenminister Pompeo im Wall Street Journal einen Meinungsbeitrag zu den Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien. Darin erläutert er, die Bedeutung Saudi-Arabiens für die Stabilisierung des Mittleren Ostens sei groß, kritisiert die Kritik an den Initiativen zur Verbesserung des US-säudischen Verhältnisses durch das Weiße Haus und beschreibt das US-Engagement im Jemen. Dennoch verabschiedete der Senat am 28.11. eine Resolution, die eine Beendigung der US-Unterstützung für die saudisch geführte Militärallianz im Jemen fordert. Obwohl der Präsident im Vorfeld versucht hatte, die Resolution zu stoppen, unterstützten sie auch 14 republikanische Senatoren.

Als Reaktion auf die Bekanntmachung von General Motors, in Nordamerika 15.000 Stellen abbauen zu wollen, kündigte Präsident Trump an, Schutzmaßnahmen für die US-Autoindustrie näher prüfen zu wollen. Der US-

Kurzmeldungen

Weitere Guideline zur US-Steuerreform veröffentlicht

Am 28.11. veröffentlichte das US-Finanzministerium eine über 300-seitige Guideline zur Implementierung der Steuerreform. Sie setzt sich insbesondere mit Steuergutschriften für im Ausland gezahlte Steuern und der im Rahmen der Reform eingeführten *Global Intangible Low-Taxed Income-Steuer* (GILTI) auseinander. (fl)

ENERGIE: Parteiübergreifender Gesetzentwurf zu CO2-Steuer

Eine Gruppe von Abgeordneten im Repräsentantenhaus

Handelsbeauftragte veröffentlichte daraufhin am Mittwochabend ein Statement, das besagt, man prüfe Möglichkeiten der Angleichung von den Autozöllen zwischen den USA und China, da die chinesischen Zölle auf US-Autos mit 40% wesentlich höher seien als die 27,5% US-Zoll auf chinesische PKWs. China hatte seinen WTO-Zoll für ausländische Autos dieses Jahr auf 15% gesenkt, jedoch für US-Autos als Gegenmaßnahme zu neuen US-Zöllen einen Zusatzzoll von 25% verhängt. (fl)

GLOBAL: Trump kritisiert China und EU

US-Präsident Donald Trump hat am Montag im Rahmen eines Telefoninterviews mit dem Wall Street Journal weitere Einblicke in seine handelspolitische Agenda gegeben. Im Vorfeld des am 30.11. in Buenos Aires stattfindenden G20-Gipfels sagte Trump, dass eine Einigung mit China, um weitere Zölle zu vermeiden, unwahrscheinlich sei. Wenn China die Bedenken der USA bzgl. geistigen Eigentums und unlauterer Handelspraktiken nicht adressiere, sei die Administration bereit, die Zölle von bisher 10% auf 25% zu erhöhen und Zölle auf weitere chinesische Produkte im Wert von 267 Mrd. US\$ zu verhängen. Trump betonte auch, die US-Administration nehme durch die neuen Zölle viel Geld ein.

Neben China wurde auch die EU vom Präsidenten kritisiert. Beide verhielten sich gleichmäßig unfair, nur unterschieden sie sich durch die Größe des Schadens. Die EU müsse bessere Marktbedingungen für amerikanische Firmen anbieten, wie z.B. für Autos, Agrarprodukte, und medizinische Geräte, so Trump. Während des G-20 Gipfels wird sich Trump voraussichtlich auch mit EU-Kommissionspräsident Juncker treffen, um handelspolitische Themen zu besprechen. Ebenfalls auf der Agenda stehen laut Weißem Haus Treffen mit dem chinesischen Premier Xi, Bundeskanzlerin Merkel und dem japanischen Premier Abe. (kw)

SPOTLIGHT STEUERN: Neues Gesetzespaket im Repräsentantenhaus

Völlig unerwartet haben die Republikaner im Repräsentantenhaus am Montagabend einen 297-seitigen Steuergesetzesentwurf veröffentlicht. Das Gesetzespaket sieht unter anderem vor, einige auslaufende Steuervorschriften („extenders“) zu erneuern, technische Korrekturen an der jüngsten Steuerreform vorzunehmen, Altersvorsorgepläne zu ändern, neue Steuervergünstigungen für Start-Up-Unternehmen anzubieten, Teile der US-Steuerbehörde (IRS) umzugestalten und Mittel für Katastrophenopfer zur Verfügung zu stellen.

Die aktuelle Sitzungsperiode des Kongresses endet voraussichtlich am 14. Dezember. Da die Republikaner ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus bei den Zwischenwahlen verloren haben, stehen sie jetzt unter Druck, das

Gesetzespaket rasch zu verabschieden. Es bleibt abzuwarten,

inwiefern der anstehende Gesetzesentwurf zu einer CO2-Steuer seit einem Jahrzehnt. Der *Energy Innovation and Carbon Dividend Act (EICDA)* würde eine CO2-Steuer von 15 US\$ pro Tonne ausgestoßenes Kohlendioxid erheben. Danach würde der Preis pro Tonne jedes Jahr um 10 US\$ steigen. Abzüglich der Verwaltungskosten würde das US-Finanzministerium alle Einnahmen an US-Familien verteilen. Den Abgeordneten zufolge würde ihr Plan die US-Treibhausgasemissionen in 12 Jahren um 40% und bis 2050 um 91% reduzieren. (ch)

GLOBAL: US-Wirtschaft gegen Stahl- und Aluminiumzölle für NAFTA-Partner

Am 19.11. forderte eine Gruppe von fast 40 US-Verbänden aus Wirtschaft und Landwirtschaft den US-Handelsbeauftragten, den US-Wirtschaftsminister und den US-Kongress auf, Kanada und Mexiko von den neuen US-Stahl- und Aluminiumzöllen auszunehmen. Die Zölle ständen im Konflikt mit den Zielen des neuen Freihandelsabkommens zwischen den drei Ländern (USMCA), das Ende November unterzeichnet werden soll, so der Brief, zumal USMCA einen regionalen Mindestanteil für Stahl und Aluminium für Autos vorschreibe. Außerdem hätten die Zölle bereits zu

Unterstützung im Senat gewinnen kann. Eine erfolgreiche Verabschiedung würde 60 Stimmen benötigen, aber die Republikaner haben derzeit lediglich 51 Sitze. Die Reaktionen seitens der Demokraten sind bisher gemischt. Laut Senator Ben Cardin (D-MD) könnten einige Vorschriften (wie z.B. die Altersvorsorgepläne, bestimmte „*extenders*“) breite Unterstützung finden. Andere Vorschriften sind jedoch umstritten (z.B. die technischen Korrekturen der jüngsten Steuerreform). (ch)

ernstlichen Schaden für US-Hersteller, Verbraucher und Arbeitnehmer geführt, so die Gruppe weiter. (fl)

US-Administration veröffentlicht das Fourth National Climate Assessment

Am 23.11. hat das Weiße Haus einen vom *US Global Change Research Program* erstellten 1.600-seitigen Bericht zu den zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels in den USA veröffentlicht. Der Bericht *The Fourth National Climate Assessment* umfasst eine Reihe von Studien und Analysen, die die Folgen des Klimawandels in verschiedenen Teilen der US-Gesellschaft und -Wirtschaft analysieren. Das *US Global Change Research Program* ist ein föderaler Ausschuss, der aus 13 Regierungsbehörden besteht und für Umweltforschung zuständig ist. Laut US-Gesetz muss das Weiße Haus alle vier Jahre den Klimabericht des Ausschusses veröffentlichen.

Der Bericht spricht deutlich von Bedrohungen für die US-Wirtschaft durch Klimawandel und seine Folgen. Wetterkatastrophen hätten zum Beispiel seit 2015 rund 400 Mrd. US\$ gekostet. Bis Ende des Jahrhunderts könnten die US mehr als 10% des BIP verlieren, insbesondere durch stärkere Waldbrände, Meeresspiegelanstieg und Hitzewellen. Die Pressesprecherin des Weißen Haus Sarah Huckabee Sanders hat am Mittwoch den Bericht kritisiert: er basiere nicht auf Fakten. Demokraten im Repräsentantenhaus wie z.B. Frank Pallone (D-NJ) und Eddie Bernice Johnson (D-TX) haben allerdings dazu geäußert, dass der Kongress infolge des Berichts Klimaschutz stärker priorisieren soll. Mehr Informationen zum Bericht sind [hier](#) zu finden. (kw)

Befragung zu deutsch-amerikanischen Beziehungen

Einer jüngsten gemeinsamen Studie des *Pew Research Center* und der Körber-Stiftung zufolge bewerten US-Amerikaner und Deutsche die Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern stark unterschiedlich. Während in den USA 70 Prozent der Befragten angaben, die Beziehungen zu Deutschland seien gut, bewerten 73 Prozent der in Deutschland Befragten die Beziehungen zu den USA als schlecht.

Lediglich 9 Prozent der Amerikaner sehen in Deutschland einen ihrer zwei wichtigsten ausländischen Partner. Für 35 Prozent der Deutschen bleiben die USA eines der beiden wichtigsten Partnerländer. Während 72 Prozent der in Deutschland Befragten sich für eine von den USA unabhängige Außenpolitik aussprechen, wollen 65 Prozent der Amerikaner nahe an Europa bleiben.

GLOBAL: Multilaterale Initiativen sollen USA nutzen

In einer Anhörung vor dem Unterausschuss im Senat für *Multilateral Economic Institutions and U.S. Foreign Policy* hat David Malpass, *Under Secretary* im US-Finanzministerium, die Richtung der Administration im Multilateralismus erläutert. Multilaterale Initiativen der USA müssten demnach immer auch die Sicherheit und den wirtschaftlichen Wohlstand der USA zum Ziel haben. Die Rolle der multilateralen Entwicklungsbanken müsse es sein, ihre Unterstützungsleistungen wieder verstärkt auf arme und geschwächte Länder zu fokussieren, um die dortigen Institutionen zu stärken und gute Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft zu schaffen. Das vollständige Statement findet sich [hier](#). (cs)



In beiden Ländern sieht über die Hälfte der Befragten persönliche Vorteile durch Freihandel (68% in den USA, 53% in Deutschland). 51 Prozent der befragten Amerikaner lehnen die von der Trump-Administration eingeführten Zölle auf deutsche und EU-Produkte ab. 78 Prozent der in Deutschland Befragten befürworten die Vergeltungszölle auf US-Produkte als richtige Antwort auf neue US-Zölle. Die Studie findet sich [hier](#). (cs)

US-Markt für Batterien und Akkus tankt Energie

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Der US-Markt für Batterien und Akkumulatoren soll deutlich zulegen. Bei den gefragten Lithium-Ionen-Akkus geben auch in den USA asiatische Hersteller den Ton an. Der US-Markt für (nicht wiederaufladbare) Primärbatterien und Sekundärakkus wird nach Prognosen des Marktforschers Freedonia bis 2022 um jährlich rund 5 Prozent zulegen. Der Absatz erhält Impulse durch die Förderung für Zielbranchen. So wird beim Kauf eines elektrogetriebenen Autos eine Abschreibung von 7.500 US-Dollar (US\$) von der Bundessteuer gewährt, einzelne Bundesstaaten geben eine zusätzliche Förderung hinzu. Regional wird auch die Installation von photovoltaischen Anlagen finanziell unterstützt. Den vollständigen Beitrag können Sie [hier](#) herunterladen. (gtai)



Audi



Lufthansa

Getördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com



Washington News

Nr. 42 vom 6. Dezember 2018

- Diese Woche in Washington
- GLOBAL: US-Einigung mit China wirft Fragen auf
- Haushaltsfinanzierung 2019
- GLOBAL: US- und deutsche Autohersteller zu Gesprächen in Washington
- Spotlight USMCA: Demokraten weiter kritisch
- In den USA entstehen kleine Wasserwerke
- ENERGIE: Bau der Keystone XL-Pipeline verzögert sich weiter
- GLOBAL: Resolution zur Lage im Asowschen Meer
- GLOBAL: Unternehmen verlagern Produktion aus China nach Südostasien
- Webinar zu geberfinanzierten Aufträgen der Weltbank

Diese Woche in Washington

Mit den Feierlichkeiten um die Bestattung des 41. US-Präsidenten George H. W. Bush kam der politische Betrieb in Washington für einen Tag zur Ruhe. Der gestrige Mittwoch wurde zum nationalen Trauertag ausgerufen. Der US-Kongress und öffentliche Einrichtungen hatten geschlossen.

Vor Weihnachten versucht der US-Kongress, unter anderem den seit langem debattierten Gesetzentwurf zu selbstfahrenden Autos zu verabschieden. Nachdem der entsprechende Senatsentwurf zunächst Aussicht auf Erfolg hatte, sprach sich Anfang der Woche die zukünftige Vorsitzende des Ausschusses für Energie und Handel im Repräsentantenhaus, Jan Schakowsky (D-IL) gegen die Vorlage aus. Die Sicherheit der Fahrzeuginsassen, der Datenschutz und die Rechenschaftspflicht seien nicht ausreichend geregelt, so Schakowsky.

In ihrer jüngsten Investitionsumfrage legt die *Organization for International Investment* (OFII) die Einschätzung von *Chief Financial Officers* (CFO) internationaler Unternehmen in den USA dar. Demnach seien nur noch vier Prozent der Befragten davon überzeugt, dass sich das Geschäftsklima in den USA für ausländische Unternehmen verbessert hätte. Die überwiegende Mehrheit kritisiert die durch die Handelspolitik der US-Administration ausgelöste Unsicherheit. Diese erschwere die langfristige Unternehmensplanung. Die auf Stahl und Aluminium eingeführten Zölle seien die derzeit größte Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der USA. Die vollständige OFII-Umfrage findet sich [hier](#).

Ende letzter Woche veröffentlichte die zum US-Wirtschaftsministerium gehörende *National Telecommunications and Information Administration* (NTIA)

Kurzmeldungen

ENERGIE: Bau der Keystone XL-Pipeline verzögert sich weiter

Das US Department of State (DOS) hat angekündigt, eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die geplante *Keystone XL*-Pipeline durchzuführen. Damit wolle man dem Gerichtsbeschluss eines Bezirksgerichts in Montana Folge leisten. Letzteres hatte entschieden, dass sich die UVP des DOS aus dem Jahr 2017 zu sehr auf Umweltdaten aus dem Jahre 2014 stützt. Neuere Informationen zu Treibhausgasemissionen, Ölverschmutzungen, kulturellen Ressourcen und Marktanalysen seien nicht ausreichend in Betracht gezogen worden.

Received by NSD/PAK Registration Unit 02/28/2019 11:46:52 AM
erarbeitete Anti-Botnet-Roadmap, die an dem im Mai 2018 an
Präsident Trump übergebenen Anti-Botnet-Bericht
anknüpft. Der *Council to Secure the Digital Economy* (CSDE)
gab ebenfalls Ergebnisse ihrer Anti-Botnet-Arbeit bekannt,
die in einem International Anti-Botnet-Guide dargestellt
sind. Mit der Anti-Botnet-Arbeit soll die Widerstandsfähigkeit
u.a. von Infrastrukturen, Software, Endgeräten und
Unternehmensnetzwerken gegen automatisierte
Cyberattacken gestärkt werden. (cs)

GLOBAL: US-Einigung mit China wirft Fragen auf

Im Rahmen eines Abendessens beim G20-Gipfel trafen US-Präsident Trump und Chinas Präsident Xi Absprachen zur Deeskalation des aktuellen Handelskonflikts. Laut einer Mitteilung des Weißes Hauses habe man sich unter anderem darauf geeinigt, dass China ab sofort US-Agrarprodukte kaufe, später auch Energie- und Industrieprodukte; außerdem wolle man ab sofort Verhandlungen zu Strukturreformen in China führen. Hierfür gäbe es eine 90-tägige Frist, während der die ursprünglich für Januar geplanten US-Zollerhöhungen auf chinesische Produkte ausgesetzt werden sollen.

Die Statements der chinesischen Seite unterscheiden sich jedoch inhaltlich von der Erklärung der US-Administration, und auch das Weiße Haus machte zunächst unterschiedliche Angaben, ob die 90-Tagefrist ab dem 1. Dezember 2018 oder dem 1. Januar 2019 laufe, ehe man dann den 1.12. als Starttermin bestätigte. Angaben der US-Seite, China habe zugesagt, seine Autozölle für US-Autos zu senken, wurden von chinesischer Seite bisher nicht bestätigt. Doch China gab wiederum bekannt, beide Seiten wollten gemeinsam auf die Abschaffung aller neuen Zölle hinarbeiten und so eine Win-Win-Situation schaffen. Die genauen Inhalte einer möglichen Einigung zwischen den beiden Ländern und deren Umsetzung dürften also voraussichtlich erst im Laufe des 90-tägigen Verhandlungsprozesses klarer werden. (fl)

Haushaltsfinanzierung 2019

Der US-Kongress hat einer weiteren *continuing resolution* zugestimmt, um die Finanzierung der Regierung bis zum 21. Dezember zu sichern. Der Kongress hofft, so genügend Zeit zu gewinnen, um einen Kompromiss mit der Administration zu finden. Zuvor hatte Präsident Trump angedroht, den Haushalt für 2019 nicht zu unterzeichnen, sollte dieser nicht die von seiner Administration beantragten fünf Milliarden US\$ für den Bau einer Mauer entlang der Grenze zu Mexiko enthalten.

Die Demokraten im Kongress argumentieren, dass die fünf Milliarden US\$ genutzt werden sollten, kostengünstigere Grenzzäune zu errichten und in hochtechnologische Überwachungssysteme zu investieren. Der Bau einer Mauer würde mindestens das fünffache kosten und langwierige Rechtsstreite mit Landbesitzern nach sich ziehen, deren Land

Die 11:46:52 AM
Betreiber-gesellschaft
der Pipeline,
TransCanada, hatte
bereits vor über zehn
Jahren entsprechende
Anträge für den Bau
eingereicht. Nach
Fertigstellung soll die
Pipeline Öl aus Kanada
bis an den Golf von
Mexiko transportieren.
(cs)

GLOBAL: Resolution zur Lage im Asowschen Meer

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus Ed Royce (R-CA) und der führende Demokrat des Ausschusses Eliot Engel (D-NY) haben eine gemeinsame Resolution eingebracht, in der sie das Vorgehen Russlands im Konflikt mit der Ukraine im Asowschen Meer verurteilen. Den Abgeordneten zufolge sollte Russland seine Feindseligkeiten gegenüber der Souveränität der Ukraine einstellen. Ohne konkrete Strafmaßnahmen zu nennen, betonen die Abgeordneten, dass sowohl die US-Regierung als auch ihre Partner Russland zur Verantwortung ziehen sollten. US-Präsident Trump hatte sein geplantes Treffen mit dem russischen Präsident Putin während des jüngsten G20-Gipfels aufgrund der Situation im Asowschen Meer abgesagt. Jedoch hat die US-Regierung bislang keine neuen Sanktionen gegen Russland verhängt. (ch)

für den Monats- und Quartalsreiseterminen müssen diese Woche geplantes Treffen zwischen US-Präsident Trump und den führenden Demokraten im US-Kongress Nancy Pelosi und Chuck Schumer musste aufgrund der Begräbnisfeier des ehemaligen US-Präsident George H. W. Bush verschoben werden. (cs)

GLOBAL:
Unternehmen
verlagern Produktion
aus China nach
Südostasien

GLOBAL: US- und deutsche Autohersteller zu Gesprächen in Washington

Eine Woche nach der Ankündigung der Umstrukturierungspläne von General Motors (GM) traf sich die Hauptgeschäftsführerin des Konzerns Mary Barra am Mittwoch und Donnerstag mit Abgeordneten und Senatoren der vom Stellenabbau betroffenen Bundesstaaten Maryland, Michigan und Ohio. Der Abgeordnete Tim Ryan (D-OH) betonte, dass die Entscheidung von GM nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch deren Gemeinden unmittelbar betreffen würde. Senator Sherrod Brown (R-OH) warb in diesem Kontext erneut für seinen Gesetzentwurf, den er im Sommer dieses Jahres eingeführt hatte. Der American Cars, American Jobs Act würde Käufern einen Preisnachlass von 3.500 US\$ gewähren, wenn sie in den USA hergestellte Autos kauften. Der Gesetzentwurf würde zudem Unternehmen bestimmte Steuervorteile streichen, wenn sie Arbeitsplätze ins Ausland verlagern.

Zugleich trafen sich mehrere Vertreter deutscher Autohersteller mit US-Präsident Trump und seiner Administration in Washington. Laut der Sprecherin des Weißen Hauses, Lindsay Walters, informierte Präsident Trump die angereisten Gäste über seine Vision einer wirtschaftsfreundlichen US-Standortpolitik. Im Automobilsektor zielen diese darauf ab, dass zukünftig mehr Fahrzeuge und Teile in den USA produziert werden. Die deutschen Autohersteller hoben laut eigenen Angaben bei dem Treffen ihr bereits bestehendes starkes Engagement in den USA hervor, wie Investitionen und Arbeitsplätze. (ch)

Die Geschäftsführer mehrerer Unternehmen aus verschiedenen Branchen haben in einem Interview mit Reuters ihre Strategie hervorgehoben, ihre Produktion teilweise von China in andere asiatische Länder wie Thailand und Vietnam zu verlagern. Hauptgrund hierfür seien die handelspolitischen Unsicherheiten zwischen den USA und China und insbesondere die US-Zölle auf in China produzierte Güter. Mit der Produktionsverlagerung versuche man, die Zölle zu umgehen. (kw)

Webinar zu
geberfinanzierten
Aufträgen der
Weltbank

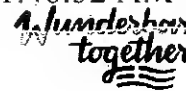
Spotlight USMCA: Demokraten weiter kritisch

Am 30.11. haben die Präsidenten der USA, von Mexiko und Kanada im Rahmen des G-20 Gipfels in Buenos Aires, Argentinien, das USMCA-Handelsabkommen unterschrieben. USMCA soll NAFTA ersetzen und wird nach seiner Ratifizierung durch die Parlamente der drei Länder in Kraft treten. Während die Ratifizierungsprozesse in Mexiko und Kanada auf keinen wesentlichen Widerstand zu stoßen scheinen, werden die Gegenstimmen im US-Kongress derzeit lauter. Mehrere Demokraten im US-Repräsentantenhaus haben bereits geäußert, dass das USMCA-Abkommen in seiner jetzigen Form nicht akzeptabel sei. Sie fordern unter anderem eine stärkere Durchsetzung der Vorschriften für US-amerikanische Arbeiter und den Umweltschutz. Die Senatorin Elizabeth Warren (D-MA) sagte, sie werde dem Abkommen nicht zustimmen, sollten Arbeitnehmer in den USA nicht besser geschützt werden.

Der Representative of German Industry and Trade (RGIT) hat in einem von der GTAI organisierten Webinar zum Thema „Weltbank, EU & Co. – Geberfinanzierte Aufträge in Entwicklungs- und Schwellenländern“ Unternehmen darüber informiert, welche Möglichkeiten bestehen, mit der Weltbank ins Geschäft zu kommen. Das aufgezeichnete Webinar kann kostenfrei hier eingesehen werden. (cs)

Nach der Unterzeichnung in Buenos Aires hat die US-Administration nun eine Frist von 60 Tagen, um den

Kongress über das Abkommen in US-Recht informieren, die durch USMCA notwendig werden. Danach wird der Text dem Kongress vorgelegt, der voraussichtlich nicht vor April über das Abkommen abstimmen wird. Trotz der Kritik der Demokraten gilt die Verabschiedung derzeit als wahrscheinlich. (kw)



Germany
and the U.S.

In den USA entstehen kleine Wasserwerke

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

In den USA soll sich die Zahl kleiner und mittlerer Wasserkraftanlagen graduell erhöhen. Anlagen mit Kapazitäten von 3 bis 52 Megawatt befinden sich auf den Reißbrettern. Dahinter steckt die Idee, Wasserturbinen an die landesweit bestehenden 87.000 Dämme anzudocken. Denn nur 3 Prozent der Dämme werden zur Generierung elektrischen Stroms genutzt. Eine Studie des Department of Energy (DoE) bescheinigt der „kleinen und mittleren“ Hydroenergie ein hohes Wachstumspotenzial bis 2050. Den vollständigen Beitrag können Sie hier kostenfrei herunterladen. (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

Washington News

Nr. 43 vom 13. Dezember 2018

- Diese Woche in Washington
- SPOTLIGHT STEUERN: Republikaner schlagen aktualisierten Gesetzentwurf vor
- GLOBAL: Anhörung zu Verhandlungen USA-Japan
- ENERGIE: US-Widerstand gegen Nord Stream 2
- DIGITAL: Google weist Vorwurf der politischen Voreingenommenheit zurück
- US-Energieversorger investieren in Smart Grids
- EPA schlägt neue Definition für Waters of the United States vor
- Op-Ed zur US-Strategie zur wirtschaftlichen Sicherheit
- SPOTLIGHT USMCA

Diese Woche in Washington

Am 14. Dezember wird der US-Handelsbeauftragte eine ganztägige Anhörung zu den Handelsgesprächen zwischen der EU und den USA veranstalten. Stakeholder wie u.a. Industrie- und Gewerkschaftsvertreter werden ihre Erwartungen an die Verhandlungen darlegen, die im Juli bei einem Treffen von US-Präsident Donald Trump und dem Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker beschlossen wurden. Auf schriftlichem Wege sind bereits über 150 Kommentare eingereicht worden. Der Haushalt 2019 beschäftigte den Kongress und das Weiße Haus weiter. Noch ist unklar, ob ein *government shutdown* nach dem Auslaufen der aktuellen Zwischenfinanzierung am 21. Dezember vermieden werden kann. Bei einem Gespräch zwischen den demokratischen Minderheitenführern aus dem Senat und dem Repräsentantenhaus, Chuck Schumer (D-NY) und Nancy Pelosi (D-CA), und dem US-Präsidenten zeigte sich Trump entschlossen, den Haushalt abzulehnen und die Regierung zu schließen, wenn der Haushalt keine Finanzierung für eine Grenzmauer zu Mexiko beinhaltet.

Am 11. Dezember bestätigte der US-Senat die Nominierung des stellvertretenden Finanzministers Justin Muzinich. Die Stelle war seit Beginn der Trump-Administration vakant. Muzinich war seit Anfang 2017 Berater von Finanzminister Steve Mnuchin gewesen.

Am 13. Dezember stellte der Sicherheitsberater im Weißen Haus, John Bolton, im Rahmen einer Veranstaltung der Washingtoner Denkfabrik *Heritage Foundation* die neue Afrika-Strategie der US-Administration vor. Unter dem Titel „Prosper Africa“ wolle die US-Administration ihre afrikanischen Partner gezielter aussuchen und den aggressiven Investitionsstrategien Chinas und Russlands auf dem Kontinent entgegenwirken, so Bolton. (fl)

Kurzmeldungen

EPA schlägt neue Definition für Waters of the United States vor

Am 11.12. haben die US-Umweltbehörde (EPA) und das dem US-Verteidigungsministerium zugehörige *Department of the Army* eine neue Definition des Begriffs „Waters of the United States“ vorgeschlagen. Der Begriff beschreibt Wasserwege, die unter dem *Clean Waters Act* geschützt werden. Kleinere Wasserwege würden nach der neuen Definition nicht mehr geschützt und könnten somit kommerziell erschlossen werden. Stakeholder können innerhalb einer Frist von 60 Tagen Kommentare zu dem Vorschlag einreichen. (fl)

SPOTLIGHT STEUERN: Republikaner schlagen aktualisierten Gesetzentwurf vor

Seit der Veröffentlichung eines umfassenden Steuergesetzentwurfs vor zwei Wochen hatte der Vorsitzende des Ways and Means-Ausschusses im Repräsentantenhaus, Kevin Brady (R-TX), Feedback von den Republikanern erhalten. Diese Woche hat Brady eine 253-seitige überarbeitete Version vorgelegt. Der aktualisierte Gesetzentwurf würde viele Vorschriften der vorherigen Version behalten, beispielsweise technische Korrekturen an der jüngsten Steuerreform, eine Umgestaltung der US-Steuerbehörde (IRS) und Änderungen an Altersvorsorgeplänen. Jedoch wurden einige Vorschriften wie neue Steuervergünstigungen für Start-Up-Unternehmen und die Erneuerung bestimmter auslaufender Steuervorschriften („extenders“) gestrichen. Stattdessen würden diese Vorschriften durch andere, im Kongress umstrittene Vorschläge ersetzt. Zum Beispiel würde die Umsetzung einiger gesundheitsbezogener Steuervorschriften aus dem *Affordable Care Act* („Obamacare“) verzögert. Brady zufolge sollte der neue Gesetzentwurf vor Ende dieses Jahres im Repräsentantenhaus verabschiedet werden. Jedoch könnte der Gesetzentwurf auf Widerstand im Senat stoßen. Laut des führenden Demokraten im Finanzausschuss des Senats, Ron Wyden (D-OR), signalisiere der republikanische Plan eindeutig, dass die Republikaner die Verhandlungen mit den Demokraten nicht ernst nähmen. (ch)

GLOBAL: Anhörung zu Verhandlungen USA-Japan

Am 10. Dezember hielt der US-Handelsbeauftragte eine ganztägige öffentliche Anhörung zu den Verhandlungszielen für US-Verhandlungen mit Japan ab. 44 Vertreter von Industrieverbänden, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften legten ihre Ziele und Erwartungen dar. Wirtschaftsverbände und Vertreter der Agrarwirtschaft unterstrichen, dass ein Abkommen mit Japan für die amerikanische Wirtschaft notwendig sei, da sie sonst Wettbewerbsnachteile hätten, wenn Anfang 2019 das Transpazifische Partnerschaftsabkommen CPTPP und das EU-Japan-Abkommen in Kraft treten. Die US Chamber of Commerce stellte den Anspruch, das Abkommen müsse einen neuen „gold standard“ für zukünftige US-Freihandelsabkommen definieren und wies auf Elemente im neuen US-Mexiko-Kanada-Abkommen (USMCA) hin, die als Vorlage taugten oder die hinter den Erwartungen ihrer Mitglieder zurückblieben.

Der *American Automotive Policy Council* setzte sich dafür ein, dass die USA ihre Autozölle nur sehr langfristig und abhängig von einer weiteren Marköffnung Japans abbauen sollten. Die Gewerkschaft *United Autoworkers* schlug eine flexible Quote vor, nach der japanische Autobauer nur so viele Fahrzeuge in die USA verkaufen könnten wie US-Unternehmen Autos nach Japan verkaufen. Der Gewerkschaftsverband AFL-CIO zeigte sich skeptisch gegenüber einem Abkommen – man sei sich nicht sicher, ob das die Republikaner wollen. (ch)

Op-Ed zur US-Strategie zur wirtschaftlichen Sicherheit

Peter Navarro, Direktor für Handels- und Industriepolitik im Weißen Haus, hat am 10.12. einen Meinungsbeitrag veröffentlicht, in dem er das neue Ordnungsprinzip der Trump-Administration „wirtschaftliche Sicherheit ist nationale Sicherheit“ lobt und seine Umsetzung in der weiteren US-Wirtschaftspolitik darlegt. Wirtschaftlicher Wohlstand sei Voraussetzung für notwendige Innovationen und Ressourcen, um weiter die führende Militärmacht der Welt zu bleiben. Für ihn seien nicht nur die US-Zollmaßnahmen auf Basis der Sections 232 und 301 Teil dieser Strategie, sondern auch die US-Steuerreform, die Deregulierungsagenda, die Energiepolitik und weitere handelspolitische Maßnahmen. (kw)

SPOTLIGHT USMCA

Der *US Chamber of Commerce* hat am 10.12. Unterstützung für das neu unterzeichnete Handelsabkommen USMCA angekündigt. Sie werde eng mit der US-Administration, dem Kongress und Stakeholdern zusammenarbeiten, um ungeklärte Aspekte anzusprechen und die Verabschiedung durch den Kongress zu

ENERGIE: US-Widerstand gegen Nord Stream 2

Am Dienstag verabschiedete das Repräsentantenhaus eine Resolution gegen die Nord Stream 2-Pipeline sowie eine Resolution gegen das Vorgehen Russlands im derzeitigen Konflikt mit der Ukraine im Asowschen Meer. Beide Resolutionen sind symbolische Maßnahmen, die keine Gesetzeskraft tragen. Laut der Abgeordneten würde Nord Stream 2 sowohl die Energiesicherheit Europas als auch die Interessen der USA gefährden. Sie fordern Europa auf, das Pipeline-Projekt abzulehnen. Ferner befürworteten sie die Verhängung von Sanktionen gemäß Sektion 232 des CAATSA-Gesetzes. Die Debatte im Plenum des Repräsentantenhauses war von scharfer Rhetorik geprägt. Ted Poe (R-TX) bezeichnete Nord Stream 2 als „Energie-Erpressung“. Mike Conaway (R-TX) wies das Argument zurück, dass Nord Stream 2 ein kommerzielles Projekt ohne geopolitische Auswirkungen sei. Er warnte, dass Nord Stream 2 eine Gefahr für den Frieden sei.

In einem Briefing zu den Themen Energiesicherheit Europas und Nord Stream 2 betonte Francis Fannon, Assistant Secretary für Energieressourcen im US-Außenministerium, dass Europa seine Energiequellen, Lieferländer und Transportwege diversifizieren sollte. Er wiederholte die Opposition der Trump-Administration gegen Nord Stream 2 und unterstrich, dass sie alle möglichen Optionen – wie z.B. Sanktionen auf die beteiligten Unternehmen – weiterhin überprüfen. (ch)

1 sicher. Jedoch müssten die US-Zölle auf Stahl und Aluminiumimporte, die Kanada und Mexiko betreffen, sofort abgeschafft werden. Weiterhin bewertete die Chamber die Drohung des US-Präsidenten, NAFTA aufzukündigen, als gefährliche Strategie und forderte die Regierung auf, diese Drohung zurückzunehmen. (kw)



DIGITAL: Google weist Vorwurf der politischen Voreingenommenheit zurück

In einer Anhörung vor dem Justizausschuss im Repräsentantenhaus hat sich der Hauptgeschäftsführer von Google, Sundar Pichai, gegen den Vorwurf gewehrt, die Suchmaschine produziere voreingenommene Ergebnisse. Der Abgeordnete Lamar Smith (R-TX) zitierte eine Studie, wonach 96 Prozent aller Suchergebnisse zu „Donald Trump“ von liberalen Medien stammten. Der Verdacht bestehe, dass Algorithmen dementsprechend programmiert sein müssten, so Smith. Ergebnisse konservativer Medien würden unterschlagen. Das Unternehmen solle daher eine unabhängige Kontrolle durch Dritte zulassen, um den Verdacht der politischen Voreingenommenheit auszuräumen. Pichai unterstrich, dass Google dies bereits getan habe. Die von Smith zitierte Studie müsse als problematisch bezüglich ihrer Quellen eingestuft werden. Studien könnten jedes gewollte Ergebnis hervorbringen, sowohl auf linker als auch auf rechter Seite des politischen Spektrums, so Pichai. Seitens der Demokraten äußerte David Cicilline (D-RI) starke Bedenken, dass Google seine Marktmacht ausnutze, um den Wettbewerb zu verzerren. Konkurrenten und ihre Produkte hätten oftmals keine Chance gegen das Unternehmen. Pichai antwortete, Googles Geschäftsmodell basiere auf Kundenorientierung, nicht aber auf der Verdrängung von Mitbewerbern. (cs)

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die Entwicklung von Smart Grids schreitet in den USA voran. Neben bereits erprobten Formen werden in den USA innovative Modelle entwickelt, getestet und angewendet. Laut Bloomberg geben die Unternehmen zur Stromversorgung, -übertragung und -verteilung zusätzliche 10,6 Milliarden US-Dollar (US\$) pro Jahr für IT-, Mess-, Steuer- und Kontrolltechnik sowie für Planungsleistungen zur Einrichtung von Smart Grids aus. Damit halten die USA in dieser Ausgabenkategorie ein Viertel vom Weltmarkt, dicht gefolgt von China. Den vollständigen Beitrag können Sie [hier](#) kostenfrei herunterladen. (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Freya Lemcke

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

Washington News

Nr. 44 vom 20. Dezember 2018

- Diese Woche in Washington
- GLOBAL: USTR-Anhörung zu EU-US Gesprächen
- Vorschläge zur Verringerung des Haushaltsdefizits
- GLOBAL: USTR bestätigt Frist im Handelsstreit mit China
- US-Bundesrichter erklärt „Obamacare“ für verfassungswidrig
- Stärken und Schwächen der US-Wirtschaft aus Sicht der deutschen Industrie
- Happy Holidays!
- GLOBAL: Änderungen bei Russland-Sanktionen
- US-Landwirte erhalten weitere Unterstützung
- Zukunft der Arbeit

Diese Woche in Washington

Nachdem der Senat am Mittwochabend einer temporären Verlängerung der Finanzierung der Regierung per *continuing resolution* (CR) zugestimmt hat, gilt ein *government shutdown* vor den Feiertagen als unwahrscheinlich. Trotz Gegenstimmen rechtskonservativer republikanischer Abgeordneter wird damit gerechnet, dass auch das Repräsentantenhaus der CR zustimmt. Damit wäre die Finanzierung der Regierung bis zum 8. Februar 2019 gesichert und der Streit zwischen den Demokraten und Präsident Trump um den Mauerbau vertagt.

In einem gemeinsamen Brief an den US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross haben der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat Orrin Hatch (R-UT) und sein demokratischer Kollege Ron Wyden (D-OR) ihren Unmut zum Ausdruck gebracht, dass die Bearbeitung der Anträge, von den 232-Importzöllen auf Stahl und Aluminium ausgenommen zu werden, zu unklar und zu langsam sei. Von den derzeit eingereichten 29.700 Anträgen, seien 11.700 seit über 106 Tagen unerledigt. 4.900 warteten seit mehr als 150 Tagen auf ihre Bearbeitung. Dies entspreche nicht der im *Federal Register* angekündigten maximalen Bearbeitungszeit von 106 Tagen. Die beiden Senatoren kritisieren weiter, dass Ablehnungen aufgrund von Formfehlern nicht ausreichend begründet würden.

Clete Willems, *Deputy Assistant* für internationale Ökonomie im Weißen Haus, hat auf einer Veranstaltung der *Washington International Trade Association* (WITA) unterstrichen, dass sich die USA nicht vom Multilateralismus abgewandt hätten. Das multilaterale System von Welthandelsorganisation (WTO), Weltbank und Internationalem Währungsfonds sei zu wichtig, um seine Schwächen einfach zu ignorieren. Es sei daher ein bedeutender Schritt, dass führende Länder jetzt

Kurzmeldungen

Happy Holidays!

Liebe Leserinnen und Leser,
der Delegierte der Deutschen Wirtschaft, die Redaktion der *Washington News* und das gesamte Team des RGIT wünschen Ihnen frohe Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Wir danken Ihnen für Ihren Zuspruch und Ihre Anregungen und freuen uns, auch im kommenden Jahr für Sie aus Washington zu berichten. Die erste Ausgabe der *Washington News* erscheint im neuen Jahr am 10. Januar.
(cs)

Referent vor dem US-Handelsbeauftragten zu den Vorschlägen der USA nannte er nicht. Hierfür sei der US-Handelsbeauftragte zuständig.

Fast ein Jahr nach der Verabschiedung der jüngsten Steuerreform hat das US-Finanzministerium die Guidelines zur Umsetzung der *Base Erosion and Anti-Abuse Tax* (BEAT) veröffentlicht. Unter anderem wird erläutert, wie der entsprechende Steuerbetrag errechnet wird. Das 193 Seiten umfassende Gesamtdokument findet sich [hier](#). (cs/ch)

GLOBAL: USTR-Anhörung zu EU-US Gesprächen

Am 14. Dezember hielt der US-Handelsbeauftragte (USTR) eine ganztägige Anhörung zu den geplanten EU-US-Handelsgesprächen ab. Über 30 Stakeholder legten ihre Empfehlungen zu Inhalten und Verhandlungszielen dar. Der USTR ist verpflichtet, seine Verhandlungsziele mindestens 30 Tage vor dem Beginn von Verhandlungen zu veröffentlichen, hat allerdings noch keine Angaben gemacht, wann die Ziele für die Gespräche mit der EU zu erwarten sind. Unter den Stakeholdern waren auch zahlreiche Vertreter der US-Landwirtschaft, die unterstrichen, Agrarprodukte müssten Teil der Verhandlungen sein. US-Autobauer rieten, US-Autozölle nur zu senken, wenn auch Zugeständnisse auf EU-Seite gemacht würden, insbesondere im regulatorischen Bereich. Das gemeinsame Statement von US-Präsident Trump und dem Präsidenten der Europäischen Kommission Juncker zu den geplanten Gesprächen hatte von einem Nullzollabkommen für Industriegüter exklusive der Automobilbranche gesprochen. (fl)

Vorschläge zur Verringerung des Haushaltsdefizits

Im Haushaltsjahr 2018 betrug das US-Haushaltsdefizit 779 Milliarden US\$. Dies entspricht 3,8% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die öffentliche Staatsverschuldung stieg auf 78% des BIP, was den höchsten Prozentsatz seit 1950 darstellt. Das *Congressional Budget Office* (CBO) legt regelmäßig ein Kompendium politischer Optionen vor, um den Kongress darüber zu informieren, wie die Staatsausgaben gesenkt oder die Staatseinnahmen erhöht werden können. Der jüngste Bericht enthält 121 Optionen.

Mögliche Einnahmequellen umfassen neue Steuern. Eine Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes um 1 Prozentpunkt von 21 auf 22% könnte in den kommenden zehn Jahren 96 Milliarden US\$ einbringen. Durch die Erhebung einer CO2-Steuer könnten die Staatseinnahmen um 1,1 Billionen US\$ steigen. Drei alternative Varianten einer Umsatzsteuer könnten zwischen 1,9 und 3 Billionen US\$ einbringen. Andere Einsparungen könnten sich durch Änderungen bei den staatlichen Leistungen ergeben. Zum Beispiel identifiziert das CBO beim *Medicaid*-Programm, das Bürgern mit niedrigen Einkommen, Familien mit Kindern und älteren oder behinderten Menschen bei den Gesundheitskosten hilft, potenzielle Einsparungen in Höhe von 805 Milliarden US\$.

GLOBAL: Änderungen bei Russland-Sanktionen

Am Mittwoch verkündete das US-Finanzministerium eine Aufhebung der Sanktionen gegen drei der von dem russischen Oligarchen Oleg Deripaska kontrollierten Firmen – EN+, Rusal und JSC EuroSibEnergo (ESE). Nun hat der US-Kongress 30 Tage Zeit, die zwischen dem Ministerium und den Firmen getroffene Vereinbarung zu überprüfen. Die Verhandlungen zum möglichen Delisting eines anderen Deripaska-Unternehmens – des Autokonzerns GAZ Group – laufen unterdessen weiter. Gleichzeitig hat das US-Finanzministerium mehrere Personen und Unternehmen wegen vermeintlicher Einflussnahme auf die US-Wahlen, dem Hackerangriff auf die Weltdopingagentur WADA, dem Giftanschlag auf die Skripals, der Unterstützung für Deripaska und anderer Aktivitäten Russlands sanktioniert. (ch)

US-Landwirte erhalten weitere Unterstützung

Am Montag gaben Präsident Donald Trump und das US-Landwirtschaftsministerium bekannt, dass US-Landwirte nun die

GLOBAL: USTR bestätigt Frist im Handelsstreit mit China

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) hat den 2. März 2019 als Frist für eine Einigung im Handelsstreit mit China bestätigt. In der Mitteilung des USTR heißt es weiter, dass die für Januar geplante Erhöhung der Section 301-Zölle auf chinesische Waren mit einem Gesamtwert von 200 Milliarden US\$ von derzeit 10% auf 25% bis dahin verschoben wird. Im Rahmen des G20-Gipfels in Buenos Aires hatten die USA und China eine 90-tägige Verhandlungszeit vereinbart, während der keine Zölle erhöht werden. Interessenverbände, wie der Business Roundtable, kritisieren, dass 90 Tage nicht ausreichen, um die strukturellen Probleme der Wirtschaftspolitik Chinas detailliert anzusprechen. Chinas Präsident Xi Jinping hielt am Dienstag eine eineinhalbstündige Rede zum 40. Jubiläum der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik, in der er die Bedeutung der Kommunistischen Partei für den Fortschritt Chinas hervorhob, handelspolitische Themen aber nicht erwähnte. (kw)

US-Bundesrichter erklärt „Obamacare“ für verfassungswidrig

Mit der im vergangenen Jahr verabschiedeten Steuerreform wurde auch der verpflichtende Kauf einer Krankenversicherung aufgehoben (*individual mandate*). Diese Änderung führte zu einer neuen Argumentation unter Juristen: Bislang hatte der Oberste Gerichtshof der USA die Verfassungsmäßigkeit des *Affordable Care Act* (ACA, „Obamacare“) nur aufgrund des *individual mandate* aufrechterhalten. Da diese Vorschrift mit der Steuerreform abgeschafft wurde, sei folglich auch das gesamte Gesundheitsgesetz verfassungswidrig. Am vergangenen Freitag stimmte ein US-Bundesrichter in Texas diesem Argument zu.

Das Urteil hat eine Debatte über die Zukunft des ACA ausgelöst. Obwohl das *individual mandate* unpopulär ist, sind andere Vorschriften unter Obamacare weiterhin beliebt, beispielsweise der Schutz für Menschen mit bestehender Vorerkrankung. Der Generalstaatsanwalt Kaliforniens, Xavier Becerra, hat angekündigt, Berufung gegen das Urteil einzureichen. Laut der Pressesprecherin des Weißen Hauses, Sarah Huckabee Sanders, bleibt ACA während des Berufungsverfahrens in Kraft. (ch)

Stärken und Schwächen der US-Wirtschaft aus Sicht der deutschen Industrie

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die USA bleiben ein hochattraktiver, technologiegetriebener und finanzkräftiger Standort. Steigende Kosten und Protektionismus erschweren aber die Geschäfte. Die vollständige „SWOT-Analyse - USA (November 2018)“ können Sie nach kurzer Registrierung kostenfrei hier herunterladen. (gtai)

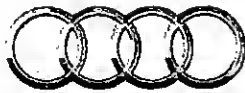
zweite 50-Mrd.-Tranche an Zahlungen aus dem US-Hilfspaket erhalten, das Verluste durch Handelskonflikte ausgleichen soll. Das Paket von 12 Mrd. USD war im Juli bewilligt worden, erste Zahlungen wurden im August durchgeführt. US-Agrarprodukte wie z.B. Sojabohnen, Hirse, Fleischprodukte, aber auch Früchte und Milchprodukte waren von vielen US-Handelspartnern mit Retorsionsmaßnahmen belegt worden, nachdem die USA neue Zölle auf Stahl, Aluminium und verschiedene chinesische Produkte eingeführt hatte. (fl)

Zukunft der Arbeit

Die von der *Information Technology and Innovation Foundation* (ITIF) und der Bertelsmann Stiftung gemeinsam veröffentlichte Publikation *The Future of Work: A Guide for Transatlantic Policymakers* übersetzt die umfangreich vorhandene Forschung zum Thema „Zukunft der Arbeit“ in konkrete Politikrichtlinien. Für eine erfolgreiche Strategie müssten demnach die folgenden vier Bereiche in den Fokus der Politik eines Landes rücken: (1) wirtschaftliche Struktur, (2) Arbeitsmarktbedingungen und Unterstützungsleistungen, (3) soziale Lage und Sicherheit sowie (4) Arbeitnehmerqualifikationen. Die Studie vergleicht Deutschland,

Frankreich, Spanien
und die Vereinigten
Staaten und kommt zu
dem Schluss, dass
Deutschland für die
Zukunft der Arbeit
derzeit am besten
aufgestellt ist. (cs)

*A hundred years
together* | Germany
and the U.S.



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com



REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 1 vom 10. Januar 2019

- Diese Woche in Washington
- Shutdown betrifft handelsrelevante Behörden
- GLOBAL: Handelsagenda 2019
- Neue Ausschussvorsitzende im US-Kongress
- GLOBAL: EU-Handelskommissarin zu Besuch in Washington
- USA vergrößern Einfluss auf die Weltbank
- Kongress überprüft Sanktionsaufhebungen
- GLOBAL: USA und China führen Handelsgespräche weiter
- GLOBAL: Von Section 301 ausgenommene Produkte
- GLOBAL: BDI Grundsatzpapier zu China

Diese Woche in Washington

Der Shutdown der Regierung zieht sich weiter hin. Nachdem Präsident Trump ein Treffen mit den führenden Demokraten im US-Kongress, Nancy Pelosi (D-CA) und Chuck Schumer (D-NY), verlassen hat, scheint eine einvernehmliche Lösung in die Ferne gerückt zu sein. Trump beharrt darauf, dass der Haushalt für 2019 über 5,7 Milliarden US\$ für den Bau einer Beton- oder Stahlmauer an der Grenze zu Mexiko beinhaltet. Dies lehnen die Demokraten kategorisch ab. Präsident Trump ist heute nach Texas gereist, um sich vor Ort ein Bild von der Situation an der südlichen US-Grenze zu machen.

In seiner jährlichen *State of the American Business*-Ansprache hat der Präsident der *US Chamber of Commerce* Tom Donohue mehrere Prioritäten genannt, die für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes ausschlaggebend seien. Hierunter fielen unter anderem ein besseres Bildungssystem, eine geregelte Zuwanderung, massive Investitionen in die Infrastruktur und das Festhalten am Freihandel sowie den damit verbundenen internationalen Organisationen. Die allgemeine wirtschaftliche Lage beschrieb er als optimistisch. Die Arbeitslosigkeit sei gering und eine Rezession nicht in Sicht. Er lobte die jüngste Steuerreform, übte aber Kritik an der Migrationspolitik und der Strategie der Administration im Handelskonflikt mit China.

An seinem letzten Tag als Vorsitzender des *Ways and Means*-Ausschusses im Repräsentantenhaus hat Kevin Brady (R-TX) einen Gesetzentwurf zur Korrektur von Formulierungsfehlern und anderer technischer Probleme im Rahmen der Ende 2017 verabschiedeten Steuerreform vorgelegt. Der Gesetzentwurf würde unter anderem Korrekturen an den Vorschriften zur Besteuerung von Kleinunternehmen, *Real-Estate-Investment-Trusts* (REIT) und

Kurzmeldungen

Kongress überprüft Sanktionsaufhebungen

Am 19. Dezember hatte das US-Finanzministerium eine mögliche Aufhebung der Sanktionen gegen drei von den russischen Oligarchen Oleg Deripaska kontrollierten Unternehmen (EN+, Rusal, JSC EuroSibEnerg) bekannt gegeben. Nun hat der Kongress bis zum 17. Januar Zeit, um diese Entscheidung zu überprüfen. Diese Woche haben die Vorsitzenden von sieben Ausschüssen im Repräsentantenhaus einen Brief an US-Finanzminister Steven Mnuchin gesendet, in dem sie ihre Sorgen äußern. Sie fordern ein Briefing sowie eine

Auch der Senat hat den letzten Tag des 115. Kongresses genutzt, um über 60 Nominierungen für Posten der Administration zu bestätigen. Unter anderem wurden mehr als 20 Botschafter (hierunter der zukünftige US-Botschafter in Australien Arthur Culvahouse Jr.) und Steve Dillingham als neuer Chef des US Census Bureau bestätigt. (cs/ch)

Shutdown betrifft handelsrelevante Behörden

Auch wenn der US-Handelsbeauftragte (USTR) Gespräche zu potenziellen Handelsabkommen derzeit fortsetzt, sind andere handelsrelevante Ministerien und Behörden vom anhaltenden Shutdown der US-Bundesregierung betroffen. Das US-Handelsministerium (DOC) hat die Bearbeitung der Anträge von Unternehmen eingestellt, von den *Section 232*-Zöllen auf Stahl- und Aluminium ausgenommen zu werden. Die auf den 15. März festgelegte Frist für die Einreichung eines Berichts zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des neuen Freihandelsabkommens mit Mexico und Kanada (USMCA) ist voraussichtlich gefährdet, da die Internationale Handelskommission (USITC) geschlossen ist.

Die temporäre Schließung weiter Teile der Regierung erschwert auch die Bemühungen des US-Landwirtschaftsministeriums (USDA), die Unterstützungsanträge von Landwirten und Viehzüchtern zu bearbeiten, die von Vergeltungszöllen auf landwirtschaftliche Produkte betroffen sind. Seit dem „Shutdown“ wurden keine entsprechenden Anträge mehr bearbeitet. Die ursprünglich auf den 15. Januar festgesetzte Bewerbungsfrist wurde verlängert.

Das US-Finanzministerium ist teilweise geschlossen. Die für Sanktionen zuständige Behörde *Office of Foreign Assets Control* (OFAC) arbeitet allerdings mit begrenzten Kapazitäten weiter. OFAC verwaltet weiterhin die bestehenden Sanktionen und kann bei Bedarf neue Sanktionen umsetzen. OFACs Kommunikation mit anderen Ressorts ist eingeschränkt. Personen und Unternehmen müssen dementsprechend mit längeren Wartezeiten auf Antworten bezüglich Lizenzanträgen und anderen Anfragen rechnen. (ch)

GLOBAL: Handelsagenda 2019

Mit der ersten Kabinettsitzung im neuen Jahr hat Präsident Trump unterstrichen, an seiner bisherigen Handelsagenda festzuhalten. Es sei unfair, dass Autos quasi steuerfrei in die USA importiert, US-Autos aber mit hohen Zöllen im Ausland belegt würden. Der Präsident deutete an, weiterhin *Section 232*-Zölle für Autoimporte in Erwägung zu ziehen. Dass die bisherigen *232*-Zölle im Zusammenhang mit dem jüngsten

Aufhebung der Sanktionen. Im Senat hat der Minderheitenführer Chuck Schumer (D-NY) eine Resolution vorgelegt, die die vorgeschlagene Aufhebung der Sanktionen ablehnt. In einem Statement erklärt Schumer, dass die zuständigen Senatsausschüsse die Details noch überprüfen. (ch)

GLOBAL: USA und China führen Handelsgespräche weiter

Unterhändler der USA und China haben die Gespräche zu einer Lösung des Handelskonflikts zwischen beiden Ländern fortgeführt. Seitens des US-Handelsbeauftragten (USTR) heißt es, dass China zugestimmt hat, eine bedeutende Menge von US-Produkten in den Bereichen Agrar, Energie und verarbeitendem Gewerbe zu kaufen. Themen wie geistiges Eigentum, Marktzugang oder Chinas wirtschaftliche Struktur sollen in den Gesprächen nicht diskutiert worden sein. Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer und der chinesische Vizepremier Liu He wollen die Gespräche Ende Januar weiterführen. (kw)

GLOBAL: Von *Section 301* ausgenommene Produkte

Handelsabkommen mit China und anderen Ländern verhandele, so Trump. Er zeigte sich optimistisch, dass die USA und China eine Lösung für ihren gegenwärtigen Handelskonflikt finden.

Unterdessen hat sich der neue Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat, Chuck Grassley (R-IA), offen dafür gezeigt, die Vollmachten des Präsidenten bezüglich Section 232 per Gesetz zu beschneiden. Im Repräsentantenhaus richtet sich derweil das Augenmerk auf die wiedergewählte Sprecherin Nancy Pelosi (D-CA), deren taktische Manöver unter George W. Bush und Barack Obama den Prozess zur Verabschiedung der Handelsabkommen mit Panama, Kolumbien und Süd-Korea sowie das Trans-Pacific Partnership deutlich verzögerten. Beobachter gehen davon aus, dass Pelosi hinsichtlich des Handelsabkommens zwischen den USA, Kanada und Mexiko (USMCA, vormals NAFTA) ähnlich taktieren wird, um einen schnellen Erfolg für die Administration zu verhindern. Der Präsident seinerseits hat bereits den Rückzug aus dem Abkommen angekündigt, sollte es nicht vom Kongress verabschiedet werden. (cs)

Neue Ausschussvorsitzende im US-Kongress

Mit 220 von 435 Stimmen wurde Nancy Pelosi (D-CA) zur Sprecherin des Repräsentantenhauses gewählt. Eine ihrer ersten Handlungen war es, die Abgeordneten des 116. Kongresses zu vereidigen. Im Senat wurde die entsprechende Zeremonie von US-Vize-Präsident Mike Pence durchgeführt.

Mit ihrer Mehrheit im Repräsentantenhaus haben die Demokraten die Vorsitze aller Ausschüsse inne. Der einstimmig gewählte neue Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Eliot Engel (D-NY), hat in einer Mitteilung betont, sein Arbeitsschwerpunkt sei die Stärkung der ausländischen Bündnisse des Landes, insbesondere der NATO. Der neue Vorsitzende des *Ways and Means Committee*, Richard Neal (D-MA), betonte, er wolle in seiner Arbeit sicherstellen, dass Arbeiterfamilien und Kleinunternehmen von einem gerechten Steuersystem profitieren. Die Infrastruktur gelte es zu erneuern. Die Privatisierung staatlicher Versicherungsleistungen lehne er ab. John Yarmuth (D-KY) steht ab sofort dem Haushaltsausschuss vor. Yarmuth hat angekündigt, die Steuereinnahmen zu steigern, unter anderem mit einer Erhöhung des Unternehmenssteuersatzes von 21 auf bis zu 28 Prozent.

Im mehrheitlich republikanisch geführten Senat hat Jim Risch (R-ID) den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses übernommen, nachdem Bob Corker nicht mehr zur Wiederwahl als Senator angetreten war. Von republikanischer Seite kommen die Senatoren Mitt Romney (R-UT), Lindsey Graham (R-SC) und Ted Cruz (R-TX) als neue Mitglieder in den Ausschuss hinzu. Neuer Vorsitzender des Finanzausschusses im Senat ist Chuck Grassley (R-IA). Er löst Orrin Hatch ab. (cs)

Handelsbeauftragten (USTR) hat eine Liste mit 30 Produkten veröffentlicht, die von den 25-prozentigen Zöllen auf chinesische Importe im Wert von 34 Milliarden US\$ ausgenommen werden. Die Liste findet sich im *Federal Register* [hier](#). (cs)

GLOBAL: BDI Grundsatzpapier zu China

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat am 10. Januar in Berlin das Grundsatzpapier „China – Partner und systemischer Wettbewerber - Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um?“ veröffentlicht. In 54 Forderungen werden die Bundesregierung und die EU-Kommission aufgefordert, den wachsenden Herausforderungen mit der staatlich geprägten chinesischen Volkswirtschaft zu begegnen. Die EU müsse im Wettbewerb mit China gestärkt werden. (cs)



GLOBAL: EU-Handelskommissarin zu Besuch in Washington

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat sich am Dienstag mit dem US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer getroffen, um über Möglichkeiten der gegenseitigen Markttöffnung zu sprechen. Die Gespräche konzentrierten sich erneut auf potenzielle Section 232-Zölle der USA auf EU-Automobilimporte sowie den Agrarsektor, insbesondere auf den Kauf von US-Sojabohnen durch die EU. Malmström betonte allerdings, dass der Agrarsektor nicht Verhandlungsgegenstand eines EU-US-Abkommens werden kann. Aus dem US-Kongress werden indes Stimmen lauter, zum Beispiel von US-Senator Chuck Grassley (R-IA), die eine EU-Markttöffnung für landwirtschaftliche Produkte fordern. Malmström und Lighthizer trafen sich zudem mit dem japanischen Wirtschaftsminister Hiroshige Seko, um trilateral die WTO-Reform und die handelspolitischen Praktiken Chinas zu thematisieren.

US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross hat unterdessen bekannt gegeben, dass die Untersuchungen bzgl. der Erhebung von 232-Zöllen auf Autoimporte aus Gründen der nationalen Sicherheit der USA, bis zum 17. Februar abgeschlossen sein sollen. (kw)

USA vergrößern Einfluss auf die Weltbank

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die Kapitalausstattung der Weltbank hängt von den Geberländern ab. Den entwicklungspolitischen Kurs der Weltbank bestimmen 187 Länder, die an ihr Anteile halten. Aus dieser multilateralen Eigentümerstruktur heraus erwachsen jedes Jahr von neuem teilweise kontrovers geführte Diskussionen über künftige Projektarten sowie über Regionen und Länder, mit denen über Finanzierungen zu unterschiedlichen Konditionen verhandelt wird. Größter Anteilshalter und das wichtigste Geberland für Kapitalaufstockungen sind die USA. Das Weiße Haus nutzt das für außenpolitische Ziele. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei hier. (gtai)



Audi



Lufthansa



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com**





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 2 vom 17. Januar 2019

- Diese Woche in Washington
- USTR veröffentlicht Verhandlungsziele für Abkommen mit der EU
- Repräsentantenhaus thematisiert transatlantische Beziehungen
- Abstimmung zur Aufhebung der Russland-Sanktionen
- Negative Auswirkungen des Shutdown auf Luftfahrt
- Deutsche Start-ups in New York können Förderprogramme nutzen
- BDI-Positionspapier zum transatlantischen Handel
- Gesetzentwurf zur Stärkung der handelspolitischen Kompetenzen des Präsidenten
- Verfassungsmäßigkeit des CFPB

Diese Woche in Washington

Der seit 27 Tagen anhaltende *government shutdown* wirkt sich vermehrt negativ auf handelsrelevante Behörden aus. Neben dem Wirtschaftsministerium, der *International Trade Commission* und dem Grenzschutz hat nun auch das Büro des US-Handelsbeauftragten Mitarbeiter beurlaubt.

Die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (D-CA) hat unterdessen Präsident Trump vorgeschlagen, seine auf den 29. Januar festgelegte *State of the Union*-Rede zu verschieben oder schriftlich einzureichen. Die Sicherheit des Präsidenten könne während seines Besuchs im Kongress aufgrund des *shutdowns* möglicherweise nicht ausreichend gewährleistet werden. US-Heimatschutzministerin Kirstjen Nielsen wies diese Vermutung deutlich zurück.

Der Vorsitzende im Finanzausschuss Chuck Grassley (R-IA) hat in einem Gespräch mit Journalisten betont, dass er Zölle grundsätzlich ablehne, sie aber ein geeignetes Mittel zum Zweck sein könnten, um etwa die EU an den Verhandlungstisch zu bekommen. Gleichzeitig versicherte er, dass freier und fairer Handel weiterhin oberste Priorität in seinem Ausschuss habe.

Im Repräsentantenhaus wurde Earl Blumenauer (D-OR) zum Vorsitzenden des *Ways and Means*-Unterausschusses für Handel gewählt. Als wichtigster Republikaner steht ihm Vern Buchanan (R-FL) zur Seite. (cs)

USTR veröffentlicht Verhandlungsziele für Abkommen mit der EU

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer hat am

Kurzmeldungen

BDI-Positionspapier zum transatlantischen Handel

Die EU und die USA führen derzeit Vorgespräche über ein transatlantisches Handelsabkommen. Gleichzeitig drohen nach wie vor Zölle auf US-Automobilimporte. Die deutsche Industrie bedauert, dass mit den USA derzeit keine Verhandlungen über ein umfassendes und ambitioniertes Abkommen möglich sind. Ein Industriegüterabkommen sollte auch den Automobilhandel einschließen. Übergangsphasen sollten – wo nötig – kurz sein. Das vollständige Positionspapier des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU veröffentlicht. Hauptziel des Handelsabkommens für die USA ist es demnach, tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abzubauen, um besser bezahlte Arbeitsplätze im Inland zu schaffen und die heimische Wirtschaft zu stärken. Das 14-seitige Dokument umfasst 25 Bereiche, unter anderem den Marktzugang für US-Agrarprodukte und die Einführung von Ursprungsregeln. Letztere sollen Anreize bieten, um die Produktion in den USA anzukurbeln. Das Handelsbilanzdefizit mit der EU soll verringert werden. Die US-Administration kann nun nach einer Frist von 30 Tagen ab Veröffentlichung der Verhandlungsziele offiziell in Verhandlungen mit der EU treten.

Unterstützung für seinen Vorschlag erhält Lighthizer vermehrt aus dem US-Kongress, zum Beispiel von Senator Chuck Grassley (R-IA), Vorsitzender des Finanzausschusses, der die Öffnung des EU-Agrarmarktes fordert. In diesem Punkt herrscht Uneinigkeit mit der EU. Erst vergangene Woche hatte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström während ihres Besuchs in Washington erneut betont, dass die EU-Mitgliedstaaten kein Verhandlungsmandat für den Agrarsektor erteilt hätten. (kw)

Repräsentantenhaus thematisiert transatlantische Beziehungen

Am 15. Januar haben Gregory Meeks (D-NY) und Joe Wilson (R-SC) den *EU-Caucus* im 116. Kongress offiziell neu gestartet. Während einer Ansprache vor dem *Caucus* bezeichnete EU-Botschafter David O'Sullivan die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der EU als die wichtigsten der Welt. Wilson wies auf die bedeutende Rolle hin, die der Handel in seinem Bundesstaat South Carolina spielt. Ausländische Investitionen hätten hier nicht nur Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch die Exporte aus South Carolina erhöht, insbesondere im Automobilsektor. Auch wenn es Meinungsverschiedenheiten zwischen Demokraten und Republikanern bei vielen anderen Themen gäbe, seien die transatlantischen Beziehungen ein parteiübergreifendes Thema, so Meeks.

Des Weiteren äußerte eine Gruppe von Abgeordneten gegenüber US-Außenminister Mike Pompeo Besorgnis über die Herabstufung des diplomatischen Status der EU-Vertretung in Washington. In ihrem *Brief* fordern die Abgeordneten die Administration auf, ihre Entscheidung zu erklären. (ch)

Abstimmung zur Aufhebung der Russland-Sanktionen

Am 4. Januar hatte der Minderheitsführer im Senat Charles Schumer (D-NY) eine Resolution eingebracht, die die

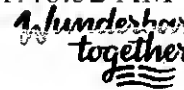
Gesetzentwurf zur Stärkung der handelspolitischen Kompetenzen des Präsidenten

Der Abgeordnete im Repräsentantenhaus Sean Duffy (R-WI) zirkuliert derzeit einen Gesetzentwurf, der dem Präsidenten neue, weitreichende Befugnisse zur Verhängung von Schutzzöllen verleihen würde. Peter Navarro, Wirtschaftsberater im Weißen Haus, unterstützt Duffys Initiative. Eine Verabschiedung des sog. *Reciprocal Trade Act* gilt jedoch als unwahrscheinlich. (kw)

Verfassungsmäßigkeit des CFPB

Der Oberste Gerichtshof der USA hat den Antrag von Interessenvertretern abgelehnt, die Entscheidung eines US-Berufungsgerichts zu überprüfen, nach der das von der Obama-Administration gegründete *Consumer Financial Protection Bureau* (CFPB) verfassungskonform ist. Nach Ansicht der drei Kläger – *State National Bank of Big Spring*, das *Competitive Enterprise Institute* und die *60 Plus Association* – ist die Struktur des CFPB als „unabhängige“ Behörde verfassungswidrig. (cs)

senat. Aufhebung der Sanktionen des Juli von 2017 russischen Oligarchen Oleg Deripaska kontrollierten Unternehmen (EN+, Rusal, JSC EuroSibEnergo) ablehnt. Da die gesetzliche Überprüfungsfrist von 30 Tagen am 17. Januar ausläuft, hat Schumer diese Woche versucht, die Resolution zur Abstimmung zu bringen. In einer Rede im Plenum des Senats betonte er, dass keine Sanktionen aufgehoben werden sollten, solange Russland sein Verhalten nicht ändere.



Germany
and the U.S.

Kurz vor der ersten Abstimmung informierte US-Finanzminister Steven Mnuchin die Republikaner im Senat über die erzielte Vereinbarung zwischen dem Finanzministerium und den drei Unternehmen. Er forderte die Republikaner auf, die Entscheidung der Trump-Administration zu unterstützen und betonte, dass Deripaska selbst weiterhin sanktioniert sei. Dennoch zeigten sich elf Republikaner von diesem Appell unbeeindruckt und stimmten zusammen mit den Demokraten für Schumers Resolution. Allerdings reichten die 57 Gesamtstimmen nicht aus, um die Resolution zur Schlussabstimmung zu bringen. Hierfür wären 60 Stimmen nötig gewesen.

Zwar hat das Repräsentantenhaus heute eine vergleichbare Resolution mit großer Mehrheit angenommen (362-53), da jedoch ein Beschluss aus beiden Kammern nötig ist und die Überprüfungszeit am heutigen Donnerstag ausläuft, kann der Kongress die geplante Lockerung der Sanktionen wahrscheinlich nicht mehr blockieren. Das bedeutet, die drei Unternehmen werden von der Sanktionsliste entfernt. (ch)

Negative Auswirkungen des shutdown auf Luftfahrt

In einem gemeinsamen Brief an US-Präsident Donald Trump, die Sprecherin im Repräsentantenhaus Nancy Pelosi (D-CA) und den Mehrheitsführer im Senat Mitch McConnell (R-KY) fordern 34 Interessengruppen der Luftfahrtbranche eine schnellstmögliche Wiederaufnahme der Regierungsgeschäfte, da der anhaltende *government shutdown* sich negativ auf die Luftfahrtindustrie auswirke. Neue Flugrouten und Flugzeuge könnten nicht wie geplant zugelassen werden, Piloten warteten auf ihre Lizenzen und bauliche Maßnahmen an Flughäfen verzögerten sich.

Die Gewerkschaft der Flutlotsen (NATCA) hat unterdessen die Regierung verklagt, da ihre Mitglieder während des *shutdowns* unbezahlt weiterarbeiten müssen. Dies verstoße gegen den fünften Verfassungszusatz sowie gegen den *Fair Labor Standards Act*. Auch die Angestellten der *Transportation Security Administration* (TSA) arbeiten derzeit unbezahlt. Die Krankmeldungen liegen laut TSA bei gegenwärtig 7,6 Prozent; im selben Zeitraum des Vorjahres seien es 3,2 Prozent gewesen. (cs)

Deutsche Start-ups in New York können Förderprogramme nutzen

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

in New York City befindet sich für Start-ups nicht Geldgeber, sondern auch interessante Kunden. Zu letzteren gehören 8.000 Technologieunternehmen mit zusammen 326.000 Beschäftigten, die sich in der Metropole niedergelassen haben, aber auch zahlreiche Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Für die Anwendungsbereiche Kunst, Lifestyle und Medien ist *Big Apple* sogar der weitaus bedeutendste Standort in den USA. Zudem ist die durchschnittliche Kaufkraft in der Stadt sehr hoch – jährlich fliegen Millionen von Touristen aus der gesamten Welt eigens zum Konsumieren und Einkaufen ein. Für deutsche Start-ups in den USA bietet New York eine geeignete Plattform. Neben der dortigen Auslandshandelskammer (AHK) und dem *German Accelerator* unterstützen auch US-Behörden. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 3 vom 24. Januar 2019

- Diese Woche in Washington
- Agrar- und Unternehmensverbände beklagen US-Zölle auf Stahl und Aluminium
- SPOTLIGHT STEUERN: Neue Richtlinien zur Steuerreform
- ENERGIE: US-Verteidigungsministerium warnt vor Auswirkungen des Klimawandels
- DIGITAL: Strategische Ziele der Nachrichtendienste
- Weltbankprojekte generieren viele Aufträge im Transport- und Wassersektor
- Abteilungsleiter für Europapolitik im Außenministerium tritt zurück
- Positionspapier der US Chamber zu China
- AICGS Konferenz zu China

Diese Woche in Washington

Der *Government Shutdown* dauert jetzt seit über einem Monat an. Der Senat wird voraussichtlich am 24. Januar über zwei verschiedene Gesetzentwürfe zur Aufhebung der Haushaltssperre abstimmen. Einer dieser Vorschläge sieht die Finanzierung für die Mauer an der mexikanischen Grenze vor, der zweite nicht. Eine Verabschiedung gilt jedoch als unwahrscheinlich.

Unterdessen warnt Kevin Hassett, der Vorsitzende des *Council of Economic Advisers* (CEA) im Weißen Haus, dass die US-Wirtschaft als Folge des Shutdowns im ersten Quartal 2019 wenig oder gar kein Wachstum verzeichnen könnte. Noch rechnet CEA mit einem Wachstum des BIP von 1,7%, aber jede Woche des Shutdowns könnte diese Zahl um 0,1 Prozentpunkte reduzieren.

Wegen des Regierungsstillstands konnte außerdem keine US-Delegation am *World Economic Forum* in Davos teilnehmen. US-Außenminister Mike Pompeo hielt allerdings eine Rede per Video-Übertragung aus Washington, in der er internationale Organisationen kritisierte – Nationalstaaten könnten ihre Bürger besser vertreten, so Pompeo. Er betonte, dass wirtschaftliche Sicherheit für die nationale Sicherheit eines Landes essentiell sei.

Mit großer Mehrheit (357-22) verabschiedete das Repräsentantenhaus eine Resolution zur Unterstützung der NATO. Die Abgeordneten lehnen einen möglichen Austritt aus dem NATO-Abkommens ab. Allerdings fordern sie die NATO-Mitgliedstaaten auf, ihre Beiträge für die Militärausgaben zu erhöhen. (ch)

Kurzmeldungen

Abteilungsleiter für Europapolitik im Außenministerium tritt zurück

Am 22. Januar bestätigte ein Pressesprecher des US-Außenministeriums den baldigen Rücktritt von A. Wess Mitchell, Abteilungsleiter des Büros für europäische und eurasische Angelegenheiten im US-Außenministerium. Mitchell betonte, dass sein Rücktritt nicht auf die Außenpolitik der Trump-Administration zurückzuführen sei. Stattdessen wolle er mehr Zeit mit seiner Familie verbringen. US-Außenminister Mike Pompeo lobte Mitchells großartige Arbeit. Mitchell leitete die Abteilung seit Oktober 2017. Ab 15. Februar übernimmt seine bisherige

Mehrere US-Agrar- und Unternehmensverbände haben in einem am Mittwoch veröffentlichten Brief die Section 232-Zölle auf Stahl und Aluminium stark kritisiert. Der Brief an den US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer und den US-Handelsminister Wilbur Ross, richtet sich gegen die von der US-Administration verhängten Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus Kanada und Mexiko. Mehr als 30 Verbände haben den Brief unterzeichnet, darunter der *American Chemistry Council*, der *National Pork Producers Council*, der *US Dry Bean Council*, und die *US Chamber of Commerce*.

Die Verfasser des Briefs argumentieren, dass der Schaden der US-Zölle und der von Mexiko und Kanada verhängten Vergeltungszölle die möglichen positiven Effekte des neu unterzeichneten USMCA-Abkommens aufheben würden. US-Unternehmen müssen jetzt höhere Preise für Stahl und Aluminium zahlen und spüren auch die Auswirkungen der Vergeltungszölle. Die Verbände fordern die US-Administration deswegen auf, die Stahl- und Aluminiumzölle gegen Kanada und Mexiko unverzüglich auszusetzen. (kw)

SPOTLIGHT STEUERN: Neue Richtlinien zur Steuerreform

Das US-Finanzministerium hat Richtlinien zur Umsetzung eines Steuerabzugs für sogenannte *Pass-Through*-Unternehmen (z.B. Einzelunternehmen, Partnerschaftsgesellschaften) veröffentlicht. Unternehmen werden als *Pass-Through* bezeichnet, wenn ihre Geschäftseinkommen in der Einkommenssteuererklärung des Geschäftsinhabers angegeben werden und daher nicht mit dem Körperschaftsteuersatz, sondern mit dem individuellen Einkommensteuersatz besteuert werden. Laut dem *Think Tank Tax Foundation* sind mehr als 90% der Unternehmen in den USA als *Pass-Through* eingestuft.

Die US-Steuerreform hat eine Steuererleichterung von 20% für diese Unternehmen geschaffen, weil der Körperschaftsteuersatz bei 21% und der höchste Einzelsteuersatz bei 37% liegen. Deswegen könnte dieser Abzug die *Pass-Through*-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen.

Der Zeitraum für die Einreichung der Steuererklärungen für das Jahr 2018 beginnt am 28. Januar. Jedoch sind das Finanzministerium und die Steuerbehörde (IRS) aufgrund des anhaltenden *Shutdowns* teilweise geschlossen. Der Vorsitzende des *Ways and Means*-Ausschusses im Repräsentantenhaus, Richard Neal (D-MA), hat Finanzminister Steven Mnuchin eingeladen, an einer Anhörung über die Auswirkungen des *Shutdowns* auf die IRS und die Steuerzahler teilzunehmen. Mehr als 45.000 Mitarbeiter der IRS werden ohne Bezahlung arbeiten, falls der *Shutdown* nicht gelöst wird. Mnuchin lehnte die Einladung ab.

Received by NSD/FARA Registration Unit 02/28/2019 14:46:52 AM
Elisabeth Millard die
Position. (ch)

Positionspapier der US Chamber zu China

Ein 143-seitiges Positionspapier der *US Chamber of Commerce* und der *American Chamber of Commerce in China* empfiehlt der US-Administration, bei den andauernden Verhandlungen mit China auf einen strukturellen Wandel, insbesondere bzgl. geistigen Eigentums und Technologietransfer, zu drängen. Konkret schlagen die Verbände eine zweistufige Strategie vor. Demnach sollte China zunächst dazu gezwungen werden, problematische Politikmaßnahmen und Gesetze zu verändern. In einem zweiten Schritt sollten neue langfristige Rahmenbedingungen für Chinas wirtschaftliche und handelspolitische Praktiken geschaffen werden, die durch die WTO durchgesetzt werden könnten. (kw)

AICGS Konferenz zu China

Das American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) veranstaltete am 22.01. eine Konferenz zum Thema „Transatlantic Responses to a Global China“. Dr. Stefan Mair, Mitglied des Vorstands des BDI stellte die wichtigsten Ergebnisse des BDI-Grundsatzpapiers zu China vor. Dr. Mair

ENERGIE: US-Verteidigungsministerium warnt vor Auswirkungen des Klimawandels

Das US-Verteidigungsministerium (*Pentagon*) legte dem Kongress am 18. Januar einen Bericht über die Auswirkungen des Klimawandels auf die US-Streitkräfte und die nationale Sicherheit vor. In der 22-seitigen Analyse stellt das Pentagon fest, dass von 79 untersuchten Militär-, Luftwaffen- und Navy-Stützpunkten 53 durch Überschwemmungen, 43 durch Dürren und 36 durch Waldbrände bedroht sind. Das Pentagon bezeichnete den Klimawandel als ein Problem für die nationale Sicherheit mit potenziellen Auswirkungen auf Verteidigungsmissionen, Einsatzpläne und Militärbasen. Diese Einschätzung steht im Widerspruch zu der offiziellen nationalen Sicherheitsstrategie des Weißen Hauses, in welcher der Klimawandel nicht in der Liste der nationalen Sicherheitsbedrohungen genannt wird. Es ist unklar, inwieweit das Weiße Haus an der Erstellung des Pentagon-Berichts beteiligt war.

Senator Jack Reed (D-RI), der führende Demokrat im *Armed Services*-Ausschuss des Senats, beschrieb den neuen Bericht als unzureichend. Adam Smith (D-WA), der Vorsitzende des *Armed Services*-Ausschusses im Repräsentantenhaus, kritisierte das Pentagon, weil der Bericht keinen Plan zur Behebung der Sicherheitsrisiken enthalte. (ch)

DIGITAL: Strategische Ziele der Nachrichtendienste

Dan Coats, der Direktor der nationalen Nachrichtendienste (DNI), veröffentlichte die National Intelligence Strategy (NIS). Der alle vier Jahren erstellte Bericht stellt die strategischen Ziele der 17 US-Nachrichtendienste dar. Die USA würden in den nächsten Jahren damit konfrontiert, dass andere Nationen die internationale Ordnung schwächen, die Dominanz westlicher demokratischer Ideale unterminieren sowie die zunehmenden isolationistischen Tendenzen im Westen ausnutzen würden. Genannt werden Russland, China, Nordkorea und Iran sowie einige nichtstaatliche Akteure und terroristische Bedrohungen.

Viele der strategischen Ziele sind nicht neu, aber der Bericht stellt dar, wie die US-Nachrichtendienste auf die Bedrohungen in den Bereichen Weltraum, Cyberspace, digitale Infrastruktur und andere neue Technologien reagieren sollten: Demnach könnten Anti-Satelliten-Waffen die militärische Stärke der USA im Weltraum beeinträchtigen und Cyberbedrohungen das Vertrauen in globale Institutionen, Governance-Systeme und Normen untergraben. Künstliche Intelligenz, Automatisierung und Hochleistungscomputer führten nicht nur zu wirtschaftlichen Vorteilen, sondern könnten auch Streitkräften und Nachrichtendiensten anderer Länder Vorteile gegenüber den USA verschaffen. Der Bericht enthält erstmals auch ein Kapitel zum Thema Transparenz, in dem die Nachrichtendienste aufgefordert werden, vermehrt bestimmte Informationen mit der Öffentlichkeit zu teilen. (ch)

1. erklärte die Position des BDI gegenüber China und betonte, dass die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken müsse, um mit China unter einheitlichen Wettbewerbsbedingungen konkurrieren zu können. Im Anschluss an die Veranstaltung nahm Dr. Mair verschiedene Termine mit Wirtschafts- und Regierungsvertretern wahr. (kw)



Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Ob bei der branchenspezifischen Anpassung der Vergaberegeln oder bei der Entwicklung innovativer Vorhaben im Bereich Digitalisierung: Die Weltbank setzt vermehrt auf Dialog mit Firmen.

Die klassischen nationalen Entwicklungsvorhaben machen weiterhin den mit Abstand größten Anteil des Weltbank-Portfolios aus. Im Geschäftsjahr 2018, von Juli 2017 bis Juni 2018, sagte die Bank (International Bank for Reconstruction and Development und International Development Association) insgesamt 47 Milliarden US\$ zu. Die Schwerpunktsektoren waren öffentliche Verwaltung und Energie, mit jeweils 7 Milliarden US\$. Indien, Äthiopien und Bangladesch erhielten in der Summe die höchsten Zusagen für neue Projekte. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Caitlin Hickey

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com





REPRESENTATIVE
of German Industry + Trade



Washington News

Nr. 4 vom 31. Januar 2019

- Diese Woche in Washington
- Regierung wieder geöffnet
- Handelsgespräche zwischen USA und China
- Gesetzentwurf für stärkere Mitbestimmung des Kongresses bei 232-Maßnahmen
- Parteiübergreifende Unterstützung für Reform der Arzneimittelpreise
- USA beziehen 2019 wohl mehr Maschinen aus Deutschland
- Aufhebung bestimmter Russland-Sanktionen
- US-Sanktionen gegen den venezolanischen Ölsektor
- Liste mit notwendigen Gesetzesänderungen wegen USMCA veröffentlicht

Diese Woche in Washington

Mehrere Mitglieder des Unterausschusses für Handel des *Ways and Means Committee* im Repräsentantenhaus haben geäußert, dass eine Abstimmung über das USMCA-Abkommen vor Juni unwahrscheinlich sei. Abgeordnete beider Parteien fordern unter anderem, die *Section 232*-Restriktionen gegen Mexiko und Kanada vor einer Verabschiedung aufzuheben. Bill Pascrell (D-NJ) betonte, man sei von einem Ergebnis diesbezüglich weit entfernt.

Interessenvertreter des verarbeitenden Gewerbes, der Landwirtschaft, des Einzelhandels und des Technologiesektors haben in einem gemeinsamen Brief an den Kongress dessen überparteiliche Bemühung begrüßt, die Autorität der Regierung bei der Verhängung von *Section 232*-Massnahmen zu beschneiden. In dem unter anderem von der *US Chamber of Commerce* mitunterzeichneten Brief heißt es, die Administration nutze *Section 232* unangemessen, was verheerende Auswirkungen auf viele Bereiche der Wirtschaft nach sich zöge. Der US-Kongress müsse daher seine ihm qua Verfassung zugesicherte Autorität im Handelsbereich geltend machen.

Das *Congressional Budget Office* (CBO) warnt davor, dass das derzeit hohe Defizit des Landes angesichts der starken Konjunktur ungewöhnlich sei. CBO-Direktor Keith Hall betonte, die Prognose für das Haushaltsdefizit über die nächsten zehn Jahre gäbe Anlass zur Sorge, insbesondere vor dem Hintergrund der gegenwärtig niedrigen Arbeitslosenzahlen und anderer positiver Wirtschaftsfaktoren. Ein wirtschaftlicher Abwärtstrend könnte das Defizit in die Höhe schießen lassen. Laut CBO wird die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben dieses Jahr 900 Milliarden US\$ erreichen, dies entspricht 4,2 Prozent des BIP. Bis 2029 soll es auf 4,7 Prozent des BIP ansteigen. (cs)

Kurzmeldungen

Aufhebung bestimmter Russland-Sanktionen

Das US-Finanzministerium hat die Sanktionen gegen drei russische Unternehmen – EN+, Rusal und JSC EuroSibEnerg (ESE) – am 27. Januar offiziell aufgehoben. Die drei Unternehmen wurden im April 2018 auf die US-Sanktionsliste gesetzt, da sie zum Konglomerat des russischen Oligarchen Oleg Deripaska gehören. Nach Aufforderung durch das US-Finanzministerium hat Deripaska seine direkten und indirekten Anteile an den entsprechenden Unternehmen reduziert und effektiv seine Kontrolle aufgegeben. Die Sanktionen gegen Deripaska selbst

Regierung wieder geöffnet

Nach 35 Tagen ist der bislang längste *Shutdown* der US-Regierung beendet. Präsident Donald Trump hat ein entsprechendes Finanzierungsgesetz unterzeichnet, das die Regierungsgeschäfte übergangsweise bis zum 15. Februar sichert. Die Zwischenfinanzierung enthält kein Budget für den Bau einer Mauer entlang der südlichen US-Grenze. Im US-Kongress sind nun beide Parteien darum bemüht, einen Kompromiss zu finden, um eine erneute Schließung der Regierung zu verhindern. Am Mittwoch tagte der für die Kompromissfindung einberufene kammerübergreifende Ausschuss das erste Mal. Die Demokraten lehnen den Mauerbau weiterhin ab, zeigen sich aber grundsätzlich offen für Mehrausgaben zur Sicherung der Grenze. Auch die Republikaner, von denen mehrere zum Ende des *Shutdowns* den Kurs des Präsidenten nicht mehr mittrugen, zeigen sich kompromissbereiter.

Aus dem Weißen Haus heißt es allerdings, dass der Präsident bereit sei, einen erneuten *Shutdown* hinzunehmen, sollte die Grenze nicht ausreichend gesichert werden. Weder der Stabschef Mick Mulvaney noch die Sprecherin des Weißen Hauses Sarah Huckabee Sanders erwähnten jedoch explizit die Forderung nach dem Bau einer Mauer. Der Vorsitzende des rechtskonservativen *Freedom Caucus* im Repräsentantenhaus Mark Meadows (R-NC) spricht sich unterdessen für die Option einer *executive action* aus, also dem Ausruf des nationalen Notstands. Dies würde dem Präsidenten ohne die Zustimmung des Kongresses die Möglichkeit geben, Mittel für den Bau einer Mauer freizulegen. Um einen weiteren *Shutdown* zu verhindern, unterstützen auch einige republikanische Senatoren diesen Weg.

Das *Congressional Budget Office* hat errechnet, dass der *Shutdown* über elf Milliarden US\$ gekostet hat. Insbesondere viele private Vertragspartner der Regierung könnten nicht mehr damit rechnen, verlorene Gewinne wieder einzuholen. (cs)



Handelsgespräche zwischen USA und China

Am Mittwoch empfing der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer den chinesischen Vizepremier Liu He zu einem zweitägigen Treffen in Washington, um an der Beilegung des Handelsstreits weiter zu arbeiten. US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross und Peter Navarro, Direktor

Die drei Unternehmen müssen weiterhin umfangreiche Prüfungs-, Zertifizierungs- und Berichtspflichten erfüllen. Ein Verstoß gegen die Vereinbarung könnte zur Neuauflage der Sanktionen führen. Republikaner und Demokraten in beiden Kammern des US-Kongresses kritisieren das Delisting der Unternehmen. In einem Brief an Finanzminister Steven Mnuchin fordern führende Demokraten Einsicht in alle Unterlagen bezüglich des Delistingverfahrens. (ch)

US-Sanktionen gegen den venezolanischen Ölsektor

Nachdem die Trump-Administration Nicolás Maduro nicht mehr als legitimen Präsidenten Venezuelas anerkennt, hat das US-Finanzministerium Sanktionen gegen den staatlichen Ölkonzern Petroleos de Venezuela, S.A. (PdVSA) verhängt. PdVSA ist eine der Haupteinnahmequellen der Regierung. Das US-Finanzministerium erklärte, dass die Sanktionen gelockert werden könnten, wenn Schritte zur Unterstützung der demokratischen Ordnung und zur Bekämpfung der Korruption in Venezuela unternommen werden. Die USA unterstützen

den National Trade Council Realtime-Talks an den Gesprächen teil. Am Donnerstagnachmittag empfängt auch Präsident Trump Liu He im Oval Office. Derweil äußerte sich der US-Präsident positiv über den Verhandlungsverlauf, verkündete aber, dass eine endgültige Einigung nicht vor einem erneuten Treffen zwischen ihm und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping erzielt werden könne. Das Weiße Haus kündigte eine Erklärung über die erzielten Fortschritte im Nachgang an die Verhandlungsrunde an.

Die US-Administration drängt China insbesondere zu Reformen beim Schutz geistigen Eigentums von in China agierenden US-Firmen. Die Zugeständnisse der chinesischen Seite beschränken sich allerdings bis jetzt auf die erhöhte Abnahme amerikanischer Agrar- und Energieprodukte. Sollten die USA und China vor dem 1. März keine Einigung finden, beabsichtigt die US-Administration die 10-prozentigen Zölle auf chinesische Waren auf 25% zu erhöhen. Unterdessen warnte der Chef der US-Notenbank Jerome Powell davor, dass eine weitere Fortführung der Verhandlungen ohne greifbare Ergebnisse die Unsicherheit bei Investoren weiter vergrößern würde.

Die eingeleiteten US-Gerichtsverfahren gegen die chinesische Telekommunikationsfirma Huawei könnten die Gespräche komplizieren. US-Finanzminister Steven Mnuchin unterstrich indes, dass die Verfahren unabhängig von den laufenden Handelsgesprächen seien. (kw)

Gesetzentwurf für stärkere Mitbestimmung des Kongresses bei 232-Maßnahmen

Die Senatoren Pat Toomey (R-PA) und Mark Warner (D-VA) planen gemeinsam mit den Abgeordneten des Repräsentantenhauses Mike Gallagher (R-WI) und Ron Kind (D-WI) in den kommenden Tagen den überparteilichen *Bicameral Congressional Trade Authority Act of 2019* einzubringen. Der Entwurf sieht vor, dem Kongress bei anstehenden Section 232-Maßnahmen durch die Administration eine 60-tägige Frist zur Zustimmung der geplanten Maßnahme zu geben. Sollte der Kongress innerhalb dieses Zeitfensters keine sogenannte *approval resolution* verabschieden, müsste die Administration ihre Pläne aufgeben.

Der Entwurf sieht ferner vor, dass die in den vergangenen vier Jahren eingeführten 232-Restriktionen überprüft und Erleichterungen nachträglich gewährt werden können. Untersuchungen, ob Importe die nationale Sicherheit gefährden, sollen künftig vom Verteidigungs- und nicht mehr vom Wirtschaftsministerium durchgeführt werden. Zudem sollen nur noch Güter überprüft werden, die die Bereiche militärische Ausrüstung, Energieressourcen und kritische Infrastruktur betreffen. Der Entwurf ähnelt in weiten Teilen dem *Trade Security Act* von Senator Rob Portman (R-OH), der im August vergangenen Jahres eingebracht wurde und Anfang Februar erneut eingebracht werden soll.

Unterdessen hat das *Congressional Budget Office* (CBO) eine Schätzung veröffentlicht, wonach die von der Trump-Administration im vergangenen Jahr eingeführten Handelsrestriktionen das reale Wirtschaftswachstum der USA

den Oppositionsführer Juan Guaidó als Interimspräsidenten Venezuelas. (ch)

Liste mit notwendigen Gesetzesänderungen wegen USMCA veröffentlicht

Das Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) hat am Dienstag dem US-Kongress eine Liste von notwendigen gesetzlichen Änderungen vorgelegt, die mit einer Ratifizierung des USMCA einhergehen müssten. Die Liste wurde fristgerecht innerhalb von 60 Tagen nach der Unterzeichnung des Abkommens am 30. November 2018 eingereicht. Bei den genannten Änderungen handelt es sich hauptsächlich um Ursprungsregeln, die Anwendung von Präferenzzöllen sowie Verfahren bei Anti-Dumping und Ausgleichszöllen.

Die Veröffentlichung des Berichts zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des USMCA durch die *International Trade Commission* wird sich voraussichtlich wegen des Shutdowns um 35 Tage bis Mitte April verschieben. (kw)

bis 2029 um 10 Prozent angehoben werden. Zölle von 2019 mit einer Verkaufssteuer vergleichbar, die die Preise für importierte Güter erhöhe. Dies müsse von Konsumenten und Unternehmen getragen werden, heißt es im Bericht des CBO. (cs)

Parteiübergreifende Unterstützung für Reform der Arzneimittelpreise

Laut Daten des Centers for Medicare and Medicaid stiegen die Ausgaben für Arzneimittel in den USA auf 333,4 Milliarden US\$ im Jahr 2017. Dem entgegenzuwirken ist für Republikaner und Demokraten eine der obersten Prioritäten im neuen Kongress. Das Vorhaben genießt die Unterstützung der Trump-Administration. In einem Meinungsbeitrag kritisiert der US-Gesundheitsminister Alex Azar die jüngsten Preiserhöhungen für Medikamente und fordert die Pharmaunternehmen auf, die Preisen zu senken.

Diese Woche fanden die ersten Anhörungen im Senat und im Repräsentantenhaus zu dem Thema statt. Viele der Senatoren und Abgeordneten konzentrierten sich dabei auf Fragen zur Transparenz der Arzneimittelpreise. Ein Vorschlag würde die Pharmaunternehmen dazu verpflichten, den Listenpreis eines Arzneimittels in ihrer Werbung zu veröffentlichen. Der führende Demokrat im Finanzausschuss des Senats, Ron Wyden (D-OR), drängt auf mehr Transparenz in Bezug auf die Zwischenhändler zwischen Pharma- und Versicherungsunternehmen, die sogenannten *Pharmaceutical Benefit Managers* (PBMs). Ein weiterer Vorschlag würde es dem US-Gesundheitsministerium (HHS) ermöglichen, direkt mit Pharmaherstellern Preise zu verhandeln, was derzeit bei *Medicare*-Versicherten nicht möglich ist. (ch)

USA beziehen 2019 wohl mehr Maschinen aus Deutschland

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die USA sind der wichtigste Absatzmarkt für Maschinen und Anlagen aus Deutschland, und das dürfte auch 2019 so bleiben: Die *Manufacturers Alliance for Productivity and Innovation*, kurz MAPI, hat für das neue bereits laufende Jahr für die USA ein Industriewachstum von 3,9 Prozent vorausgesagt. Für die US-Wirtschaft, die 2019 um etwa 2,5 Prozent zulegen soll, bleibt die Industrie damit ein Wachstumstreiber. Davon profitieren Maschinenbauer in Deutschland, die wie die Konkurrenz aus Japan zu den wichtigsten Lieferanten von Maschinen und Anlagen in die USA gehören. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei hier. (gtai)



Audi





Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Caitlin Hickey

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com



German American

TRADE

QUARTERLY

1st Quarter 2019

Vol.30 No.1 \$7.50

Full throttle:

How the US Celebrated
70 Years of Porsche Sports Cars

**US and Germany Auto
Market Both Set For Major
Sustainability Changes**

GO WEST!
with the new GACC office



WASHINGTON
★ UPDATE ★

NEWS FROM INSIDE THE BELTWAY

US Midterm Elections: Changes Are Coming to Washington

By Caitlin Hickey, Director of Government Relations & Legal Affairs, RGIT

Millions of Americans took to the polls on November 6, 2018 to cast their votes in the 2018 midterm elections. In total, all 435 seats in the House of Representatives, 35 out of 100 seats in the Senate, 36 governorships, and various state- and local-level positions and initiatives were on ballots across the country. Heading into election day, speculation swirled around whether the outcome would produce a so-called "blue wave" or "red tide" in reference to each party's color. Since almost all races are now final, the general conclusion is that both parties can find something about which to be happy.

Looking at the congressional results, the Republicans expanded their majority in the Senate while the Democrats gained enough seats to clinch control of the House of Representatives. With the lame duck period winding down and a new Congress ready to begin work in January 2019, many questions surround how - or if - Washington will change.

Effect of the Election Results on the Administration

More likely than not, it will be business as usual for the executive branch. Although the composition of Congress will change, many areas of foreign policy, trade, immigration, and deregulation are

within the purview of the President. There may be opportunities here and there for congressional oversight and of course Congress controls the financial strings, but otherwise the President can primarily progress his agenda in these areas without much interference from Congress.

However, there are a couple times when a President needs help from the Senate and so it is advantageous that the Republican party retained control there. As cabinet officials and other political appointees come and go, the President will still be confident that his selected replacements can be confirmed and installed in their roles. But perhaps most



RGIT REPRESENTATIVE of German Industry + Trade

20
YEARS

notably, the Senate can continue advancing one of the President's signature achievements over the past two years: reshaping the federal judiciary for decades to come by placing conservative jurists on the courts.

Legislative Priorities in the New Congress

With the House and Senate being in different hands, it underscores the need for compromise, without which there will be two years of obstruction and gridlock. It might seem preposterous to expect any sort of bipartisanship in a Washington often characterized by deeply divided rancor. Yet behind the scenes, there are enough dealmakers and common ground for Congress to forge ahead on a few policy issues. Furthermore, neither party has a broad majority in the House or Senate, so they do not need to win over many votes from the opposing party.

Policy ideas that are ripe for collaboration include financing for a major nationwide infrastructure overhaul, additional economic sanctions targeting Russia, pharmaceutical drug pricing reform, and addressing the skills gap through workforce development and vocational training. Even the proposed tax reform 2.0 that sailed quickly through the House before the midterms might garner enough interest from some Democrats on

the Senate side if they concentrate on attractive parts of the legislative package such as guaranteeing permanence for the individual tax cuts from the first tax reform or making it easier for families to save for retirement.

Nevertheless, the moments of unity and harmony within Congress might be few and far between. Controversial issues like funding for the wall along the Mexican border or repeal of the Affordable Care Act (colloquially known as "Obamacare") might be raised from time to time to keep these issues on the minds of the electorate base as the 2020 elections near. Yet they have little chance of passing because no piece of legislation can be enacted solely along party lines.

In addition, regaining the majority in the House means the Democrats will chair the committees that have oversight over the President and his agencies. They will not only decide which topics are featured during committee hearings, but certain committees also have investigative authority. If the Democrats so choose, they can guarantee that uncomfortable topics remain in the spotlight for endless news cycles.

Looking Ahead to 2020

The dust has hardly settled on this year's midterm elections, but interest has already shifted to the next one

About the Author



Caitlin Hickey,
Director, Government Relations
and Legal Affairs

>> chickey@rgit-usa.com
>> www.rgit-usa.com

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and The Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

in November 2020. Over the coming months, both parties will reflect on what went right and wrong for them during this cycle. But perhaps the most obvious conclusion is that the slim majorities held by both parties in the House and Senate shows that the American people remain just as divided as before. Thus, there was no blue wave or red tide, but rather the landscape looks vaguely purple. □

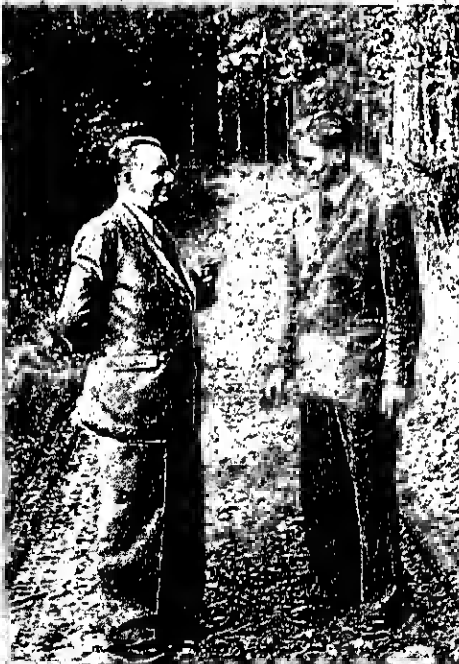
German American

TRADE

QUARTERLY

3rd Quarter 2018

Vol.29 No.3 \$7.50

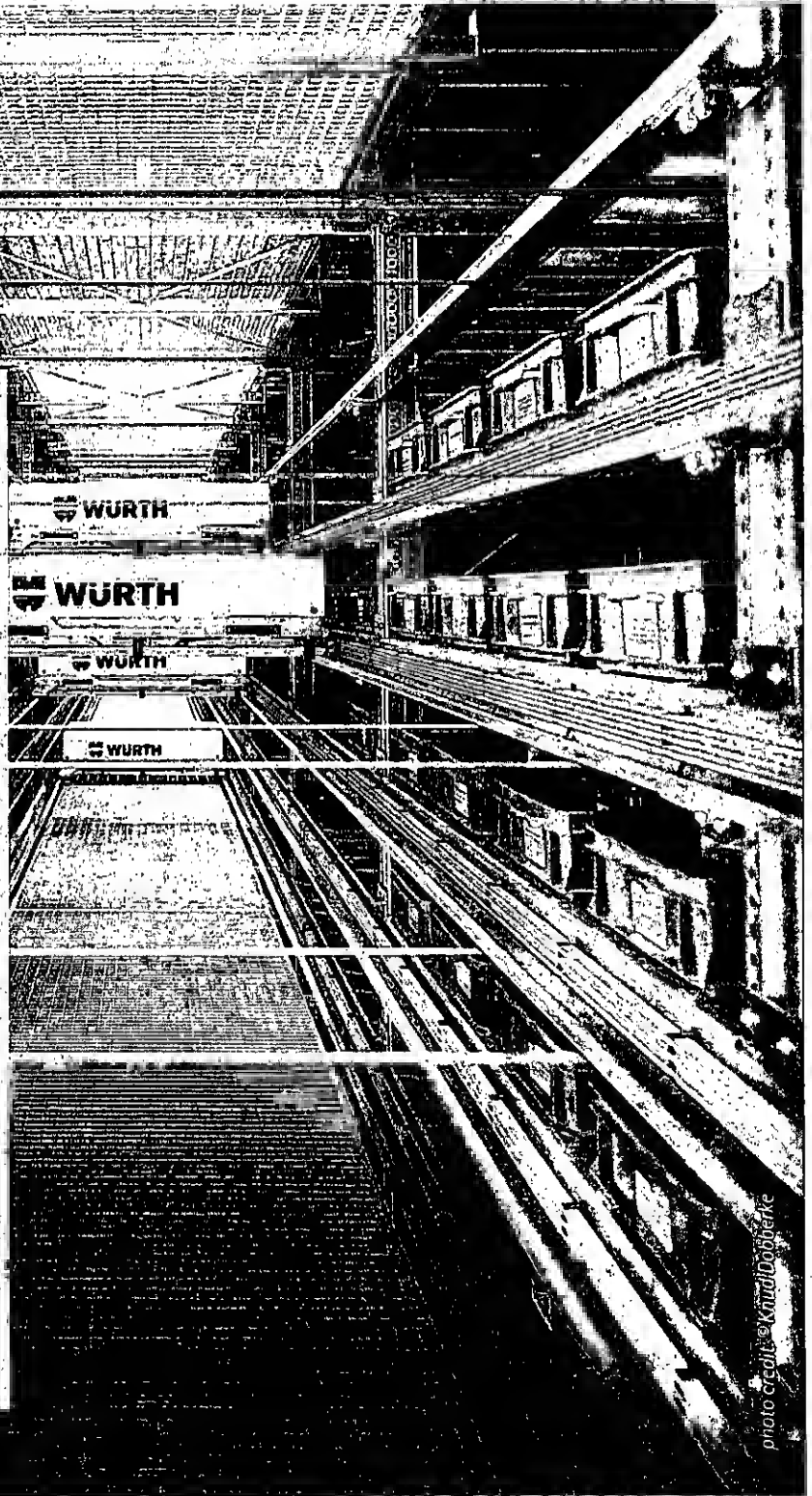


Würth Group:

Providing Those Essential Basics
to Get the Job Done Right

**Wunderbar Together –
Strong Economic Ties
between Germany and the US**

Renewable Energy Picks Up



WASHINGTON
★ UPDATE ★

NEWS FROM INSIDE THE BELTWAY

Wunderbar Together

Strong Economic Ties between Germany and the United States

by Dr. Christoph Schemioneck, RGIT

Germany and the United States are connected through a centuries-long common history, personal friendships, business relations and economic ties. German immigrants have helped to shape the development of the United States and the successful rebuilding of post-war Germany is inextricably linked to US engagement.

Starting October 3, Germany will celebrate a year of friendship with and within the United States. The slogan of "Wunderbar Together" will showcase how closely our two countries are linked by heritage, common values, and shared interests. Numerous projects and events across the United States aim to intensify transatlantic dialogue and convey a multifaceted, modern image of Germany in the US. Topics range from business and industry, politics, education, culture and science to civil society and sports.

The transatlantic market-place – A strong partnership

For many in both Germany and the US, the close relationship between our two countries is probably best exemplified by the strong economic ties of the transatlantic market. Today, US-German trade totals \$171 billion. Both nations have become important markets for each other, tied by supply chains and investments that have grown over the years. In 2017, exports from the US to Germany grew from \$49 billion to \$53 billion. Germany is America's 6th largest export market. At the same time, exports from Germany to the US grew from \$114 billion to \$118 billion, making the United States the number one export market for Germany.

With an investment of US\$ 373 billion, Germany is the fourth-largest foreign direct investor in the United

States. 5,300 German-owned affiliates create jobs in all regions: from California to Virginia and from Michigan to Texas. They are a vital part of the daily life of American employees and their families. In total, 674,000 people in the US are employed by German subsidiaries, almost half of them in the manufacturing sector.

The Future of Work – German Apprenticeships Meet American College Campuses

German companies in the US invest in their workforce and an increasing number of these companies offer cutting-edge German-style apprenticeships, especially in manufacturing. The earn-while-you-learn approach offers apprentices a thorough professional education without accumulating student debt and results in a specialized, highly-skilled workforce that helps the US economy embrace technical innovation, keep pace with market developments, and seize growth opportunities.

To promote and grow these German-style apprenticeship models further, the German American Chambers of Commerce (GACC) will participate in the Wunderbar Together initiative with the project "German-American Cooperation in Apprenticeship Programs."

*Wunderbar
together*

RGIT REPRESENTATIVE of German Industry + Trade 30 YEARS

This will further strengthen structures that support sustainable apprenticeship models across the US.

The GACCs will also support food, agribusiness and local events during the Wunderbar Together initiative.

US Businesses in Germany – Important Job Creators

Trade and Investment between Germany and the US play a major role in both economies. With 81 million residents and leading role in Europe's economy, Germany is an attractive location for US companies to invest. By the end of 2017, US investment in Germany reached a total of \$136 billion (without indirect involvement of third countries). Therefore, the US was the largest non-European investor in Germany. The most significant US investments are in manufacturing, as well as in holding companies, insurance, and finance. US companies are of considerable importance for the German labor market. They have created over 677,000 jobs in Germany and invest billions each year in research and development.

Open Markets – The Main Ingredient for Success

On both sides of the Atlantic, companies' success is based on a skilled workforce and international

supply chains. To manufacture high-value goods, modern industries rely on sources and primary products from multiple locations around the world. The ease of moving these primary products in and out of markets is a key factor for successful local and national manufacturing.

The economies and overall well-being of Germany, Europe, the United States, and the transatlantic marketplace can only be secured when goods and investments flow easily, when markets stay open, locals are hired by foreign-owned affiliates, and when foreign-owned affiliates can be run by local CEOs. That's what we call "Wunderbar Together".

Wunderbar Together

The initiative Wunderbar Together is funded by Germany's Federal Foreign Office, implemented by Germany's worldwide cultural institute, the Goethe Institut, and supported by the Federation of German Industries (BDI). From October 2018 throughout 2019 this initiative aims to intensify the transatlantic dialogue and convey a multifaceted, modern image of Germany in the US. □

Find out more at:

>> www.wunderbartogether.org

About the Author



Dr. Christoph Schemionek,
Director, Regional Economic Policy
and World Bank Liaison at the
Representative of German Industry
and Trade (RGIT)

>> cschemionek@rgit-usa.com
>> www.rgit-usa.com

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and The Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.